



Altlandsberg, Alt Tucheband, Bad Freienwalde (Oder), Bad Saarow, Beeskow, Beiersdorf-Freudenberg, Berkenbrück, Bleyen-Genschmar, Bliedorf, Briesen (Mark), Brieskow-Finkenheerd, Buckow (Märkische Schweiz), Diensdorf-Radow, Eisenhüttenstadt, Erkner, Falkenberg, Falkenhagen (Mark), Fichtenhöhe, Frankfurt (Oder), Fredersdorf-Vogelsdorf, Friedland, Fürstenwalde/Spree, Garzau-Garzin, Golzow, Gosen-Neu Zittau, Grunow-Dammendorf, Groß Lindow, Grünheide (Mark), Gusow-Platkow, Heckelberg-Brunow, Höhenland, Hoppegarten, Jacobsdorf, Küstriner Vorland, Langewahl, Lawitz, Lebus, Letschin, Lindendorf, Lietzen, Märkische-Höhe, Mixdorf, Müllrose, Müncheberg, Neißemünde, Neuenhagen bei Berlin, Neuhardenberg, Neulewin, Neutrebbin, Neuzelle, Oberbarnim, Oderaue, Petershagen/Eggersdorf, Podelzig, Prötzel, Ragow-Merz, Rauen, Reitwein, Rietz-Neuendorf, Rehfelde, Reichenow-Möglin, Reichenwalde, Rüdersdorf bei Berlin, Schlaubetal, Schöneiche bei Berlin, Seelow, Siehdichum, Spreenhagen, Steinhöfel, Storkow (Mark), Strausberg, Tauche, Treplin, Vierlinden, Vogelsang, Waldsiefersdorf, Wendisch Rietz, Wiesenau, Woltersdorf, Wriezen, Zechin, Zeschdorf, Ziltendorf

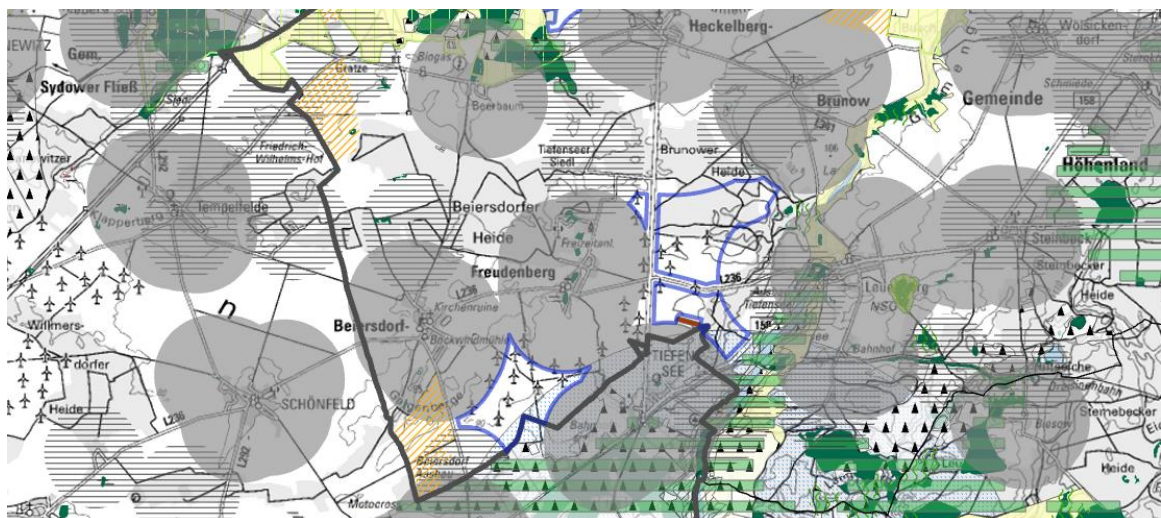
Regionalplan Oderland-Spree

Sachlicher Teilregionalplan

„Erneuerbare Energien“

2. Entwurf

Bestätigt durch die 2. Sitzung / 8. Amtszeit der Regionalversammlung der
Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree am 02.Juni 2025
(Beschluss-Nr. 25/02/10)



Inhaltsverzeichnis

Seite

| | | |
|-----|---|-----|
| 1. | Anlass der Planung und bisherige Verfahrensschritte | 4 |
| 2. | Raumordnerische Grundlagen..... | 7 |
| 2.1 | Rechtliche Grundlagen..... | 7 |
| 2.2 | Definitionen und Bindungswirkung der Festlegungen..... | 9 |
| 3 | Festlegungen zur Solar- und Windenergienutzung | 11 |
| 3.1 | Ziele und Grundsätze..... | 11 |
| 3.2 | Festlegungskarte | 12 |
| 4. | Begründung zum Ziel Z 1 | 13 |
| 4.1 | Planungsmethodik | 13 |
| 4.2 | Planungskriterien..... | 18 |
| 4.3 | Erläuterungen zu den Planungskriterien..... | 20 |
| 4.4 | Dokumentation der Abgrenzung der Vorranggebietskulisse | 47 |
| 5 | Begründung zum Grundsatz G 1 | 108 |
| 6 | Feststellung zum regionalen Teilflächenziel gemäß Artikel I BbgFzG | 112 |
| 7. | Tabellen- und Abbildungsverzeichnis | 114 |
| 8. | Abkürzungsverzeichnis | 115 |
| 9 | Quellenverzeichnis | 119 |

Herausgeber

Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree
Regionale Planungsstelle
Eisenbahnstraße 140
15517 Fürstenwalde/Spree
Tel.: 03361/598 02 42
E-Mail: post@rpg-oderland-spree.de

www.rpg-oderland-spree.de

Titelbild: Beispielhafte Darstellung der Kriterien im Gebietspass

1. Anlass der Planung und bisherige Verfahrensschritte

Die Regionale Planungsgemeinschaft (RPG) Oderland-Spree, deren Mitglieder die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) sowie die Landkreise Märkisch-Oderland und Oder-Spree sind, hat gemäß § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung des Landes Brandenburg (RegBkPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBl. I Nr. 20), die Pflichtaufgabe, Regionalpläne für die Planungsregion Oderland-Spree aufzustellen, fortzuschreiben, zu ändern und zu ergänzen. Die Planungsregion umfasst die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) sowie die Landkreise Märkisch-Oderland und Oder-Spree.

Planungsgrundlagen sind in erster Linie das Raumordnungsgesetz (ROG), das Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung des Landes Brandenburg (RegBkPIG), der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR), der Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS), das Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) und die Richtlinie für Regionalpläne im Land Brandenburg.

Mit dem Inkrafttreten des LEP HR am 01. Juli 2019 gelten für die Regionalplanung neue, höherstufige Vorgaben der Raumordnung für die Aufstellung von Integrierten Regionalplänen und Sachlichen Teilregionalplänen. Der LEP HR enthält auch Festlegungen zu Erneuerbaren Energien. Mit dem vorliegenden Sachlichen Teilregionalplan setzt die RPG Oderland-Spree einen direkten Planungsauftrag aus dem LEP HR (Ziel 8.2) zur Festlegung von Windenergiegebieten um. Die Richtlinie für Regionalpläne gibt darüber hinaus Anwendungshinweise für die Befassung mit raumbedeutsamen Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) in Regionalplänen. Die Regionale Planungsgemeinschaft sieht vor dem Hintergrund der energiepolitischen Ausbauziele zu Photovoltaik das Erfordernis, gemäß § 2 Absatz 2 Nr. 4 ROG den räumlichen Voraussetzungen entsprechend, auf eine zugleich ausgewogene und raumverträgliche Entwicklung PV-FFA auf Freiflächen hinzuwirken. Die Abwägungs- und Ermessensentscheidung und bauplanungsrechtliche Festlegung PV-FFA erfolgen indes auf kommunaler Ebene.

Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree beschloss am 13. Juni 2022 in Folge der am 11. Januar 2022 eingetretenen Unwirksamkeit des Sachlichen Teilregionalplanes „Windenergienutzung“) die Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans „Erneuerbare Energien“ (ABl. Nr. 28 vom 20. Juli 2022, S.622), der Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Steuerung der Planung und Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen und der Grundsätze der Raumordnung für die Planung und Errichtung solartechnischer Anlagen auf Freiflächen enthält.

Im Verlauf der Jahre 2022 und 2023 wurden durch den Bundestag und den Landtag neue Gesetze erlassen und Gesetzänderungen zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien vorgenommen. Gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 2, liegt die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Des Weiteren haben das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus der Windenergieanlagen an Land (Wind-an-Land-Gesetz), die Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), im Baugesetzbuch (BauGB) und im Raumordnungsgesetz sowie das Brandenburgische Flächenzielgesetz (BbgFzG) den Rechtsrahmen für die Steuerung der Windenergienutzung erheblich verändert.

Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree beschloss mit Änderungsbeschluss vom 28. November 2022 mit Blick auf die erste Änderung der Richtlinie für Regionalpläne vom 14. Dezember 2022 (ABl. Nr. 51, S. 1.015) einen Wechsel von der Ausschlussplanung mit Eignungsgebieten mit Ausschlusswirkung zu einer Angebotsplanung

mit Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB (ABl. Nr. 19 vom 14. Dezember 2022, S. 978).

Das am 1. Februar 2023 in Kraft getretene Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes (WindBG) gibt für das Land Brandenburg die Ausweisung von mindestens 1,8 Prozent der Landesfläche bis Ende 2027 und von mindestens 2,2 Prozent bis Ende 2032 vor. Im Brandenburgischen Flächenzielgesetz (BbgFzG) wurden diese Ziele als regionale Teilflächenziele übernommen und die Regionalen Planungsgemeinschaften mit der Umsetzung beauftragt.

Artikel 1 BbgFzG hat folgenden Wortlaut: „Zum Erreichen der Flächenbeitragswerte für das Land Brandenburg nach Anlage 1 Spalte 1 und Spalte 2 zu § 3 Absatz 1 WindBG vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist, sind in jeder der in § 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung bestimmten Regionen bis zum 31. Dezember 2027 mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche und bis zum 31. Dezember 2032 mindestens 2,2 Prozent der Regionsfläche für die Windenergienutzung auszuweisen (regionale Teilflächenziele). Die Regionalen Planungsgemeinschaften sind verpflichtet, mindestens die zum Erreichen der regionalen Teilflächenziele notwendigen Flächen spätestens bis zu den in Satz 1 genannten Stichtagen in ihren Regionalplänen wirksam festzulegen.“

Die Regionalversammlung Oderland-Spree beschloss am 28. November 2022, als Zwischenziel mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche als Vorranggebiete Windenergienutzung (VR WEN) im Sachlichen Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree (im Folgenden: TRP EE) auszuweisen.

Auch im Bereich der Solarenergienutzung hat sich die Gesetzeslage geändert. So sieht das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) einen kontinuierlichen Anstieg der PV-Leistung vor. Es sollen bundesweit 88 Gigawatt im Jahr 2024, 172 Gigawatt im Jahr 2028 und 400 Gigawatt im Jahr 2040 ausgebaut und erhalten werden (§ 4 EEG). Durch den massiven Ausbau sind auch Veränderungen in der Landschaft zu erwarten. Folglich ist bei raumbedeutsamen Vorhaben der Solarenergienutzung im Freiraum eine regionalplanerische Steuerung der PV-FFA notwendig. In der Region Oderland-Spree ist diese durch Beschluss der Regionalversammlung am 28. November 2022 vorgesehen.

Die am 8. November 2022 durch die Landesregierung Brandenburg über die Energiestrategie 2040 (ES 2040) beschlossenen energie- und klimapolitischen Zielsetzungen sollen in dem TRP EE durch die Neuausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung umgesetzt werden. Im Bereich der Solarenergienutzung soll in dem TRP EE durch die Erstellung eines gesamträumlich einheitlichen Kriteriengerüsts für PV-FFA eine raumverträgliche Entwicklung von Photovoltaik-Freiflächenlagen vorangetrieben werden.

Auf Grundlage der beiden Beschlüsse der Regionalversammlung wurden die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Absatz 1 S. 2 und 3 ROG aufgefordert, über von Ihnen beabsichtigten oder bereits eingeleiteten Planungen und Maßnahmen sowie deren zeitliche Abwicklung zu informieren, welche für die Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplanes „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree bedeutsam sein könnten.

Nachfolgend wurden im Februar 2023 die öffentlichen Stellen, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich von den Umweltauswirkungen des Sachlichen Teilregionalplanes „Erneuerbare Energien“ berührt werden kann, beteiligt und dazu aufgefordert, sich zu dem im Scoping-Papier formulierten Untersuchungsrahmen einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades des Umweltberichts für die durchzuführende Strategische Umweltprüfung (SUP) zu äußern (vgl. § 8 Absatz 1 ROG i. V. mit § 2a Absatz 1 RegBkPIG).

Die Regionalversammlung Oderland-Spree beschloss am 29. Januar 2024 die öffentliche Auslegung des Entwurfs Sachlicher Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree mit Begründung und Umweltbericht (Beschluss-Nr. 24/01/47). Die öffentliche Bekanntmachung über die förmliche Beteiligung zum Planentwurf erfolgte im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 8 vom 28. Februar 2024. Im Zeitraum vom 11. März 2024 bis 17. Mai 2024 wurden die Planunterlagen im Internet veröffentlicht und öffentlich ausgelegt. Es wurden 371 Stellungnahmen mit 3.467 Anregungen und Bedenken eingereicht.

Die Bearbeitung der Hinweise aus der öffentlichen Auslegung des 1. Entwurfs führte zu Änderungen der Kriteriengerüste für die Windenergienutzung und Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie zu einer Änderung der Gebietskulisse der Windvorranggebiete.

Die Regionalversammlung hat auf ihrer 2. Sitzung/8. Amtszeit am 02.06.2025 den Abwägungsvorschlägen zugestimmt (Beschluss-Nr.25/02/09), den 2. Entwurf mit Umweltbericht gebilligt (Beschluss-Nr.25/02/10) und mehrheitlich die öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs Sachlicher Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ mit Begründung und Umweltbericht beschlossen (Beschluss-Nr.25/02/11).

2. Raumordnerische Grundlagen

2.1 Rechtliche Grundlagen

Die Regionalpläne sind im Land Brandenburg aus dem Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg (LEPro) 2007 sowie aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) zu entwickeln.

Folgende rechtliche Grundlagen sind für den Sachlichen Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree ausschlaggebend:

- Raumordnungsgesetz (ROG, 2023) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88)
- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394)
- Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (Reg-BkPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBl. I Nr. 20)
- Verordnung über den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29. April 2019 (GVBl. II, 2019, Nr. 35) in Kraft getreten am 1. Juli 2019
- Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist
- Gesetz zur Festlegung regionaler Teilflächenziele des Landes Brandenburg (BbgFzG, 2023) vom 2. März 2023 (GVBl. I/23, Nr. 3)
- Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg (BbgWEAAbG) vom 20. Mai 2022 (GVBl. I/22, [Nr. 9], zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. März 2023 (GVBl. I/23, [Nr. 3])).

Darüber hinaus gelten für die Aufstellung von Regionalplänen die Anwendungshinweise und Planzeichenvorgaben der Richtlinie für Regionalpläne der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg vom 21. November 2019 (ABl. Nr. 49, S. 1351) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2022 (ABl. Nr. 51, S. 1015).

Bei der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplanes „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree ist von der Regionalen Planungsgemeinschaft eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen des Regionalplans auf

- Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit,
- Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Natura 2000 und Artenschutz,
- Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima,
- Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie
- die Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern

zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten sind (§ 8 Absatz 1 Satz 1 ROG).

Gemäß § 27 Absatz 1 Satz 1 ROG werden Verfahren zur Aufstellung von Raumordnungsplänen nach § 13 ROG, die in der bis zum 27. September 2023 geltenden Fassung förmlich

eingeleitet wurden, nach den bis zum 27. September 2023 geltenden Raumordnungsgesetzen von Bund und Ländern abgeschlossen. Ist mit gesetzlich vorgeschriebenen einzelnen Verfahrensschritten noch nicht begonnen worden, können diese nach § 27 Absatz 1 Satz 2 ROG auch nach den Vorschriften des seit dem 28. September 2023 geltenden Raumordnungsgesetzes durchgeführt werden. Die Regionale Planungsgemeinschaft macht von dieser Möglichkeit Gebrauch und wird die Beteiligung sowie die weiteren Verfahrensschritte nach den Vorschriften des ROG in der Fassung vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) durchführen.

Im § 1 ROG ist festgelegt, dass der Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland und seine Teilräume durch Raumordnungspläne, zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern sind. § 7 Absatz 1 ROG erlaubt die Aufstellung von sachlichen und räumlichen Teilplänen. Die Aufstellung liegt dabei im Ermessen des Planungsträgers und bedarf eines Steuerungserfordernisses, welches nicht im Widerspruch zu den Zielen der Landesplanung steht und die gesamträumliche Entwicklung der Region nicht beeinträchtigt. Dies ist im vorliegenden Sachlichen Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree der Fall.

Im Rahmen des Gegenstromprinzips sind in regionalen Planungsprozessen entsprechend § 1 Absatz 3 ROG die lokalen Erfordernisse der Teilräume sowie die Rahmensetzungen des Gesamttraumes zu berücksichtigen. Dementsprechend sind auf Ebene des Teilregionalplanes sowohl die höherrangigen raumordnerischen Ziele des Landes und des Bundes zu beachten als auch kommunale Bauleitpläne zu berücksichtigen und in die Abwägung mit einzubeziehen.

Die Anforderungen zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergienutzung sind in der ersten Änderung der Richtlinie für Regionalpläne formuliert. Die Festlegung der Windenergiegebiete ist inhaltlich konkret bestimmt und selbstständig von anderen Planinhalten abgrenzbar. Konflikte mit weiteren Festlegungen aus dem zukünftigen Integrierten Regionalplan Oderland-Spree sind nicht zu erwarten.

Aufgrund der zunehmenden Raumnutzungskonflikte im Zuge des dynamischen Ausbaus von großflächigen raumbedeutsamen PV-FFA auf landwirtschaftlichen Flächen hat die Regionale Planungsgemeinschaft am 28. November 2022 beschlossen über ein gesamträumlich einheitliches Kriteriengerüst zur Unterstützung der Kommunen auf eine raumverträgliche Entwicklung hinzuwirken, da eine ausgewogene und raumverträgliche Entwicklung von raumbedeutsamen PV-FFA auf Freiflächen gemäß § 2 Absatz 2 Nr. 4 ROG zu gewährleisten ist. Die aktuelle Rechtsgrundlage hat den Ausbau von PV-FFA noch weiter beschleunigt. Das Bundesziel gemäß EEG ist, den Anteil der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bis 2030 auf 80 Prozent zu erhöhen (EEG § 1 Absatz 2). Zur Erreichung dieses Ziels sieht das Erneuerbare-Energien-Gesetz 215 Gigawatt installierte Photovoltaik (PV)-Kapazität im Jahr 2030 in Deutschland vor (§ 4 Nr. 3d EEG). Seitens der Landesregierung wurden Leistungsziele für den Energiesektor in Brandenburg definiert, um das Ziel eines klimaneutralen Energiesystems bis 2045 zu gewährleisten (Energiestrategie 2040). Hier wird basierend auf der Berechnungsmethode des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) zugrunde gelegt, dass PV-FFA für 1 MW installierte Leistung einen Flächenbedarf von etwa 1 ha aufweisen (Energiestrategie 2040, S. 49). Gemäß der Photovoltaik-Strategie des Bundes, herausgegeben durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, ist das Ziel, die Hälfte des PV-Ausbaus auf den Dächern und die andere Hälfte auf der Freifläche zu realisieren (Photovoltaik-Strategie, S. 9).

Für die Erstellung des Kriteriengerüsts sind neben den oben genannte Rechtlichen Grundlagen auch folgende rechtliche und fachliche Grundlagen angewendet worden. Im Jahr 2023 haben das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) und das MWAE die Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen - Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg (GA PV-FFA), veröffentlicht. Darüber hinaus wurde die von Czetztritz, H. v., Serna, S. d. I., Schuler, J., Zander, P. (2023) verfasste Wissenschaftliche Kurzstudie zur Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für die Landwirtschaft im Integrierten Regionalplan Oderland-Spree im Kriteriengerüst PV-FFA berücksichtigt.

2.2 Definitionen und Bindungswirkung der Festlegungen

In einer Region ist die Regionalplanung die übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung (§ 1 RegBkPIG). Der Regionalplan gibt den überörtlichen Rahmen sowie die Ziele und Grundsätze der Raumordnung vor und dient der Sicherung und Entwicklung der natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen.

Ziele der Raumordnung

Gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 2 ROG sind Ziele der Raumordnung verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Grundsätze der Raumordnung

Gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 3 ROG sind Grundsätze der Raumordnung allgemeine Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen.

Dem Regionalplan ist eine Begründung zugeordnet, in der die Festlegungen (Ziele und Grundsätze) fachlich hergeleitet werden.

Definition Vorranggebiete

Mit dem Sachlichen Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree werden Vorranggebiete Windenergienutzung (VR WEN) als Ziele der Raumordnung festgelegt. Gemäß § 7 Absatz 3 Nr. 1 ROG sind Vorranggebiete Gebiete, die für raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.

Vorranggebiete für die Windenergienutzung sind gemäß § 2 Nr. 1 a) WindBG Windenergiegebiete für raumbedeutsame Windenergieanlagen an Land im Sinne des § 2 Nr. 3 WindBG vorgesehen. Die raumbedeutsame Windenergienutzung setzt sich in diesen Gebieten gegenüber anderen raumbedeutsamen Nutzungen, auch konkurrierenden Nutzungen, durch. Vorranggebiete besitzen keine außergebietliche Ausschlusswirkung im Sinne des § 35 Absatz 3 Nr. 3 BauGB.

3 Festlegungen zur Solar- und Windenergienutzung

3.1 Ziele und Grundsätze

Ziele der Raumordnung (Z)

Z 1 (1) Vorranggebiete Windenergienutzung (VR WEN) in der Region Oderland-Spree, die in der Festlegungskarte zeichnerisch dargestellt werden, sind:

| Name | Nr. | Name | Nr. |
|--------------------------|-----|-------------------------|-----|
| Altlandsberg | 01 | Wulkow-Booßen | 28 |
| Beeskow „Neuendorf“ | 03 | Günthersdorf | 29 |
| Beeskow „Am Hufenfeld“ | 04 | Seelow-Vierlinden | 30 |
| Beiersdorf | 05 | BAB Dreieck Spreeau | 33 |
| Freudenberg | 06 | Beerfelde-Buchholz | 35 |
| Bliesdorf-Thöringswerder | 07 | Biegen Ost | 37 |
| Buckow Süd b. Beeskow | 08 | Diehlo-Fünfeichen | 38 |
| Carzig | 10 | Friedersdorf West | 39 |
| Glienicke | 12 | Ullersdorf-Groß Muckrow | 42 |
| Heckelberg | 13 | Müncheberg-Mittelheide | 51 |
| Herzfelde | 14 | Hangelsberg | 52 |
| Jacobsdorf-Sieversdorf | 17 | BAB12-Kersdorf | 53 |
| Lebus-Mallnow-Podelzig | 19 | Madlitz | 55 |
| Wriezener Höhe | 22 | Möbiskrüge-Kobbeln | 58 |
| Müncheberg | 23 | Heinersdorf Ost | 60 |
| Prötzel-Herzhorn | 24 | Wulkow-Trebnitz | 63 |
| Werder-Zinndorf | 26 | Sembten Nord | 67 |
| Wölsickendorf-Wollenberg | 27 | | |

Tabelle 1: Vorranggebiete Windenergienutzung (VR WEN) in der Region Oderland-Spree

(2) In den Vorranggebieten Windenergienutzung nach Absatz 1 sind andere raumbedeutsame Funktionen und Nutzungen ausgeschlossen, soweit diese nicht mit der Windenergienutzung vereinbar sind.

Grundsätze der Raumordnung (G)

G 1 Die Träger der Bauleitplanung sollen durch Berücksichtigung des Kriteriengerüsts (Anlage Kriteriengerüst Photovoltaik-Freiflächenanlagen) zu einer raumverträglichen Entwicklung von raumbedeutsamen Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) beitragen.

3.2 Festlegungskarte

Die Festlegungskarte im Maßstab 1:100.000 basiert auf der von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung festgelegten Grundlagenkarte: der DTK100 der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg. Die textlich als Ziel der Raumordnung festgelegten Vorranggebiete für die Windenergienutzung (Z 1) werden in der Festlegungskarte zeichnerisch dargestellt. Die Festlegungskarte ist Bestandteil des Sachlichen Teilregionalplanes „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree.

Bei Geodaten, die zu Informationszwecken im Rahmen des Beteiligungsverfahrens durch den Planungsträger veröffentlicht werden, handelt es sich um eine Umweltinformation im Sinne des Umweltinformationsgesetzes (UIG), jedoch aufgrund der groben Maßstäblichkeit der Festlegungskarte des Regionalplans nicht um eine Planunterlage als Bestandteil des Regionalplans mit einem eigenständigen Unterrichtungswert. Es erfolgt keine parzellenscharfe Festlegung oder Abgrenzung der Vorranggebiete im Regionalplan.

4. Begründung zum Ziel Z 1

4.1 Planungsmethodik

Zielsetzungen

Die raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung in der Planungsregion Oderland-Spree erfolgt durch die Festlegung von **Vorranggebieten Windenergienutzung (VR WEN)**.

VR WEN besitzen keine außergebietliche Ausschlusswirkung im Sinne des § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB. Ihre planerische Wirkung ist ausschließlich nach innen gerichtet, d. h. andere raumbedeutsame Planungen und Vorhaben, die mit dem Bau und Betrieb von Windenergieanlagen (WEA) nicht vereinbar sind, sind innerhalb der festgelegten Windenergiegebiete ausgeschlossen.

Mit Festlegung der VR WEN soll das für die Region Oderland-Spree nach Artikel 1 BbgFzG maßgebliche **regionale Teilflächenziel** von mindestens 1,8 % bis spätestens 31. Dezember 2027 erreicht werden. Wird das Erreichen des regionalen Teilflächenziels durch die zuständige Landesplanungsbehörde festgestellt, tritt die gesetzliche Rechtsfolge entsprechend § 249 Absatz 2 BauGB in der gesamten Planungsregion ein. Demnach richtet sich im Gebiet der Region die Zulässigkeit von Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nr. 5 BauGB, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, außerhalb der Windenergiegebiete gemäß § 2 Nr. 1 WindBG grundsätzlich nach § 35 Absatz 2 BauGB. Kommunale Planungen außerhalb der VR WEN bleiben auch nach Feststellung der Flächenzielerreichung zulässig.

Der Regionalplan leistet in Umsetzung der bundes- und landespolitischen Zielsetzungen einen wesentlichen Beitrag zum Interessenausgleich zwischen den Belangen der Energieversorgung und des Klimaschutzes sowie der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Bewahrung der Artenvielfalt. Bei Nichterfüllung der Flächenziele würde der Außenbereich der Privilegierung nach § 35 Absatz 1 Nr. 5 BauGB unterliegen. Die Ausschlusswirkung bestehender Bauleitpläne nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB würde nicht mehr gelten. Es könnte damit ein planerisch ungesteuerter Ausbau der WEA erfolgen.

Für Flächennutzungspläne im Gebiet der Region entfällt die nach § 245e Absatz 1 Satz 1 BauGB zunächst fortgeltende Wirkung bestehender Konzentrationspläne nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB ausweislich § 245e Absatz 1 Satz 2 BauGB bei Feststellung des Erreichens des regionalen Teilflächenziels, spätestens aber mit Ablauf des 31. Dezember 2027. Die betreffenden Flächennutzungspläne gelten im Übrigen fort, wenn nicht im Einzelfall die Grundzüge der Planung berührt werden (vgl. § 245e Absatz 1 BauGB). Die Gemeinden haben ihre Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen (§ 1 Absatz 4 BauGB).

Dem Ersatz von Bestandsanlagen durch moderne und leistungsfähigere Anlagen (**Repowering**) kommt in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle zu. Zum Stichtag 31. März 2025 sind 485 WEA in der Planungsregion im Betrieb. Durch die Änderung des BauGB im Rahmen des Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land wird bis Ende 2030 die planungsrechtliche Repowering-Fähigkeit von Anlagen außerhalb der ausgewiesenen Vorranggebiete ermöglicht. Eine Entprivilegierung kann hier nicht entgegengehalten werden (§ 249 Absatz 3 BauGB). WEA sind demnach auch außerhalb der Windenergiegebiete gemäß § 2 Nr. 1 WindBG bis zum 31. Dezember 2030 privilegiert zulässig, sofern der Mindestabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden in Bereichen nach § 30 und § 34 BauGB (BbgWEAAbG) beachtet wird.

Adressaten und Wirkung

Die raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung bezieht sich nur auf raumbedeutsame WEA. Die Raumbedeutsamkeit von WEA richtet sich nach der Betrachtung von Art und Maß der WEA sowie der Lage des Standortbereichs im konkreten Einzelfall.

Im Rahmen der Erarbeitung des Regionalplans wurden sämtliche errichteten, genehmigten und im Genehmigungsverfahren befindlichen WEA zum Stichtag 31.03.2025 in den Planungsprozess eingestellt. Bereits vorhandene bau- und immissionsschutzrechtliche Genehmigungen für die Errichtung und den Betrieb von WEA werden durch die regionalplanerischen Festlegungen nicht berührt. Der Ersatz von Anlagen bzw. Anlagenteilen im Rahmen der jeweils erteilten Genehmigung wird gleichfalls nicht berührt.

Die RPG Oderland-Spree hat ihren planerischen Gestaltungsspielraum genutzt, um im Rahmen der regionsweit einheitlichen Methodik zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung einen Großteil der realisierten und genehmigten WEA in Vorranggebiete Windenergienutzung zu integrieren (396 von 570 Anlagen, 69,4 % des Anlagenbestands). Dies führt zu einem sparsamen Flächenverbrauch bei der Umsetzung der energiepolitischen Zielsetzungen der Energiestrategie 2040 des Landes Brandenburg.

Durch den Sachlichen Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree werden Flächen in einem Umfang von 9.854 Hektar für die Windenergie an Land gemäß § 4 Absatz 1 in Verbindung mit § 3 Absatz 1 WindBG und Artikel 1 BbgFzG als Windenergiegebiet gemäß § 2 Nr. 1a WindBG festgelegt. Dies erfolgt durch die Festlegung als Vorranggebiet.

Laut § 1 Absatz 3 ROG sind im Planungsprozess gemäß Gegenstromprinzip sowohl die Erfordernisse des Gesamttraumes als auch die Erfordernisse der Teilräume zu berücksichtigen. Daher werden auf Ebene der Regionalplanung sowohl die Raumordnungspläne des Landes und Bundes beachtet bzw. berücksichtigt als auch die kommunalen Bauleitpläne und sonstigen städtebaulichen Planungen der Gemeinden bei der Planerarbeitung berücksichtigt. Sonstige öffentliche und private Belange sind berücksichtigt, soweit sie auf regionaler Ebene erkennbar und von Bedeutung sind.

Die Kommunen der Planungsregion Oderland-Spree haben die Möglichkeit gemäß § 249 Absatz 4 BauGB, zusätzlich zu den im Sachlichen Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree festgelegten Windenergiegebieten weitere Windenergiegebiete im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung darzustellen bzw. festzusetzen.

Rotor-Out-Planung

Der Abwägung liegt die Annahme zugrunde, dass die Rotorblätter von WEA auch außerhalb der festgelegten Windenergiegebiete liegen können (sog. Rotor-Out-Regelung). Eine vollumfängliche Anrechenbarkeit der Windenergiegebiete auf den Flächenbeitragswert setzt nach § 4 Absatz 3 WindBG voraus, dass die ausgewiesenen Windenergiegebiete planerisch so ausgestaltet sind, dass die Rotorblätter der WEA über die Flächengrenzen der Gebiete hinausragen können. Der Mastfuß der WEA muss innerhalb des Windenergiegebietes liegen. Die Beurteilung erfolgt anhand der zeichnerischen Festlegungen im Maßstab 1:100.000.

Höhenbeschränkung in kommunalen Bauleitplänen

Die im Regionalplan ausgewiesenen Flächen für die Windenergienutzung dienen der Erreichung der Flächenziele des WindBG bzw. des BbgFzG.

Flächen, die in Bauleitplänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher WEA enthalten, können nicht auf das regionale Teilflächenziel angerechnet werden (siehe § 4 Absatz 1 S. 5 WindBG). Bauleitpläne mit Höhenbeschränkung für WEA stellen keine zulässige Konkretisierung der Vorranggebiete dar. Bauleitpläne, die solche Bestimmungen enthalten, widersprechen daher dem Ziel 1 des Regionalplans und sind somit entsprechend § 1 Absatz 4 BauGB anzupassen.

Um den o. g. gesetzgeberischen Anforderungen gerecht zu werden, werden für die Festlegung der Windenergiegebiete in der Region Oderland-Spree keine Flächen berücksichtigt, für die nach dem 1. Februar 2023 wirksam gewordenen Bauleitpläne mit Bestimmungen zur Höhe von WEA vorliegen. Im Rahmen der Erarbeitung des Regionalplans wurde festgestellt, dass nach dem o. g. Stichtag im Bereich der geplanten VR WEN kein Bauleitplan Rechtskraft erlangt hat, der Bestimmungen zur Höhe von WEA trifft.

Alle im TRP EE festgelegten Windenergiegebiete können daher nach § 4 Absatz 3 Satz 1 WindBG vollständig auf das regionale Teilflächenziel angerechnet werden. Sollten bis zum Inkrafttreten des Regionalplans Bauleitpläne mit Höhenbegrenzungen wirksam werden (z.B. BP „Windpark Biegen“ der Gemeinde Briesen), so werden diese gemäß der gesetzlichen Grundlage nicht auf den Flächenbeitragswert angerechnet. Flächen anderer Planungsebenen werden, soweit sie sich auf gleiche Flächen beziehen, gemäß § 4 Absatz 1 Satz 2 WindBG nicht zusätzlich in die Berechnung des regionalen Teilflächenziels einbezogen.

Methodik

Im Zuge der regionalplanerischen Festlegung von Windenergiegebieten (Vorranggebiete) legt der Planungsträger beachtenspflichtige Ziele der Raumordnung mit einer innergebietlichen Wirkung fest. § 249 Absatz 1 BauGB schließt die bisherige Konzentrationsflächenplanung nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB für die Windenergienutzung aus. Gemäß den bundesrechtlichen Vorgaben wird nun eine **Positivplanung** zur Festlegung der gesetzlich vorgegebenen Flächenbeitragswerte durchgeführt (vgl. § 249 Absatz 1 BauGB).

Für die Planrechtfertigung bedeutet dies, dass nur die Festlegung der Windenergiegebiete begründet werden muss. Für die Rechtswirksamkeit des Regionalplans ist es unbeachtlich, ob und welche sonstigen Flächen im Planungsraum für die Ausweisung von Windenergiegebieten geeignet sind.

Zum Erreichen der Flächenziele erfolgt eine Flächenermittlung über **Positiv-, Negativ- und einzelfallbezogene Kriterien** für die Bewertung der in den ersten beiden Arbeitsschritten ermittelten Potenzialflächen.

Als **Ausgangsgröße** für die Festlegung der Vorranggebiete Windenergienutzung dient die gesamte **Fläche der Planungsregion** (456.326 ha). Unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der Technik und der durchschnittlichen Anlagenhöhe weist die gesamte Planungsregion ein ausreichend hohes **Windpotential** für eine effektive Nutzung der Windenergie auf.

Windpotenzial

Für die Festlegung von VR WEN ist es erforderlich festzustellen, dass sich alle ausgewiesenen Windenergiegebiete aufgrund der Windverhältnisse grundsätzlich für die Windenergienutzung eignen. Die Beurteilung, ob die regionalen Windverhältnisse den Betrieb von WEA grundsätzlich ermöglichen, wurde auf Grundlage der Daten des Jahresmittels der Windgeschwindigkeiten vorgenommen. Es wird davon ausgegangen, dass WEA an allen Standorten betrieben werden können, an denen die zu erwartende mittlere jährliche Windgeschwindigkeit mindestens der Anlaufgeschwindigkeit der marktüblichen WEA entspricht. Nach den Parametern der Referenzanlage ist eine Anlaufgeschwindigkeit von 3 m/s maßgeblich.

Auf Grundlage der vom DWD zur Verfügung gestellten Daten des Projektes „Quantitative Windklimatologie für Windenergieapplikationen in Höhen über 10 m (QuWind100)“ kann festgestellt werden, dass die mittlere jährliche Windgeschwindigkeit in Höhen über 100 m über Grund im gesamten Gebiet der Region Oderland-Spree den Wert von 3 m/s erreicht oder für einen effektiven Betrieb jahreszeitlich sogar deutlich übersteigt.

Arbeitsschritte

Bei allen Arbeitsschritten soll der raumordnerischen Intention des Planungsträgers, raumbedeutsame WEA in wenigen großen Windenergiegebieten zu konzentrieren, entsprochen werden. Durch eine räumliche Bündelung der Anlagenstandorte sollen negative Wirkungen, die vom Betrieb von WEA auf den Menschen, die Natur und die Umwelt ausgehen, gesamtträumlich so weit wie möglich minimiert werden.

In **den Arbeitsschritten 1.1 und 1.2** werden Gebiete identifiziert, die sich aufgrund ihrer Konfliktarmut und landschaftsräumlichen Vorbelastung als Standorte für raumbedeutsame WEA besonders eignen. Prüfgebiete im **Arbeitsschritt 1.1** sind daher Flächen mit bereits bestehenden oder immissionsschutzrechtlich genehmigten WEA und im nachfolgenden **Arbeitsschritt 1.2** rechtskräftigen kommunalen Bebauungsplänen zur Errichtung von WEA (Positivkriterien). Bei den Prüfgebieten werden angrenzend windenergetisch genutzte bzw. geplante Standorte gleichermaßen betrachtet (vgl. Begründung zu Positivkriterium (PK) 3).

Diese bereits vorhandenen Windenergieanlagenstandorte (vgl. Positivkriterien) werden als Potenzialflächen zunächst anhand der Negativkriterien erneut auf ihre Eignung überprüft. Bei Flächen, auf denen Negativkriterien wirken, handelt es sich um Flächen, auf denen eine Errichtung und Betrieb von WEA aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen ausgeschlossen ist oder um Flächen, die weitere erhebliche Raumnutzungskonflikte aufweisen, d. h. im Ergebnis der Strategischen Umweltprüfung mit einer hohen Bewertung der Umweltrisikoaanalyse einhergehen.

Auf den verbleibenden Potenzialflächen, die nach dem Abzug der Negativkriterien für die Festlegung von Windenergiegebieten in Betracht kommen, sind nachfolgend die mit der Windenergienutzung konkurrierenden Nutzungen (Einzelfallbezogene Kriterien) in Beziehung zu setzen. Dies bedeutet, dass die öffentlichen und privaten Belange, die gegen die Festlegung als VR WEN sprechen, mit ihrer Privilegierung nach § 35 Absatz 1 Nr. 5 BauGB gegeneinander abzuwägen sind. Somit vollzieht sich die Abwägung zwischen den konkurrierenden Belangen der Einzelfallkriterien und der Windenergienutzung am jeweiligen Einzelfall.

Im Ergebnis der **Arbeitsschritte 1.1 und 1.2** wird festgestellt, dass eine **Potenzialfläche** von 7.895 ha und damit ein Anteil von 1,73 % der Planungsregion, als Windenergiegebiete zur Verfügung steht. In Folge müssen weitere Flächen identifiziert werden, um das regionale Teilflächenziel zu erfüllen.

Im **Arbeitsschritt 2.1** (Abb. 1) erfolgt die Überprüfung von Gebieten, in denen sich zum Stichtag 31.03.2025 WEA in einem Genehmigungsverfahren gemäß § 10 BImSchG befinden. Prüfgebiete im **Arbeitsschritt 2.2** sind zudem die in Aufstellung befindlichen kommunalen Bebauungspläne zur Errichtung von WEA. Zu den Prüfgebieten als Positivkriterium zählen zudem angrenzend angrenzende Arrondierungsflächen zu beantragten WEA gemäß § 10 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) (vgl. Begründung zu PK 03). Die im zweiten Arbeitsschritt ermittelten Potenzialflächen werden anhand der Kriterien analog der im ersten Arbeitsschritt erläuterten Abfolge von Planungsschritten auf ihre Eignung überprüft.

Im **Ergebnis der Arbeitsschritte 2.1 und 2.2** (Abb. 1) wird festgestellt, dass eine **Potenzialfläche** von 1.958 ha, und damit ein Anteil von 0,43 % der Planungsregion als weitere Windenergiegebiete zur Verfügung steht.

In der Summe der ersten beiden Arbeitsschritte wird ein Anteil von 2,16 % des Regionsgebiets als Vorranggebiete für die Windenergienutzung erreicht und erfüllt damit das nach Artikel I BbgFzG zum Stichtag 31.12.2027 maßgebliche **regionale Flächenziel**. Somit ist kein weiterer Arbeitsschritt erforderlich. Nach dem Gesetzeswortlaut des § 249 Absatz 6 Satz 2 BauGB ist unbeachtlich, ob und welche sonstigen Flächen im Planungsraum für die Ausweisung von Windenergiegebieten geeignet sind. Es kann festgestellt werden, dass durch die Planung, positiv definiert, auf welchen Windvorrangflächen im **Ergebnis der Arbeitsschritte 1.1-2.2** (Abb. 1) Windenergievorhaben privilegiert verwirklicht werden können, zum Erreichen der Flächenbeitragswerte nach WindBG und BbgFzG führt.

Der **Geltungsbereich der Planung** und somit auch die Auseinandersetzung mit der Abgrenzung der ausgewiesenen Windvorrangflächen beschränkt sich gemäß WindBG ausschließlich auf die für Vorhaben voraussichtlich geeigneten Windenergiegebiete. Somit kann auf den **optionalen Arbeitsschritt** (Abb. 1) und folglich auf Gebiete, auf denen bis dato keine windenergetische Nutzung oder Planung erfolgte, sowie auf Gebiete, die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Festlegung als VR WEN neu vorgeschlagen wurden und auf Standorte außerhalb der VR WEN, für die ein Genehmigungsvorbescheid nach § 9 BImSchG vorliegt, verzichtet werden und der Einfluss negativer Wirkungen von WEA minimiert werden.

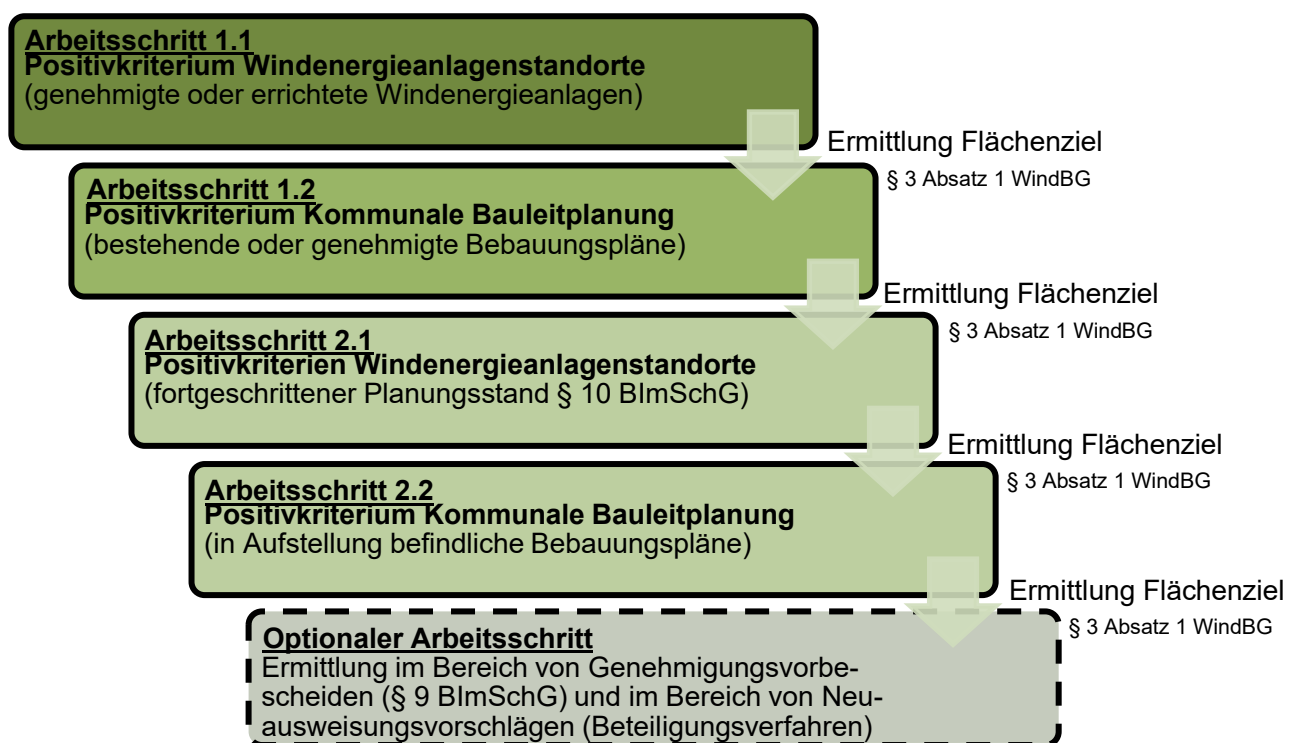


Abbildung 1: Methodik – Arbeitsschritte 1.1-2.2 und optionaler Arbeitsschritt

Referenzanlage

Zur Ermittlung einiger abwägungsrelevanter Werte ist es nötig, eine Referenzanlage zu Grunde zu legen. Hierbei ist eine marktübliche Anlage zu betrachten, welche in der Region im Planungszeitraum in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren häufig beantragt wurde und wirtschaftlich betrieben wird (Stand 31.03.2025: 58 in Genehmigungsverfahren und 42 in Vorbescheidsverfahren beantragte Referenzanlagen vom Typ WEA Vestas V 172 in der Planungsregion). Es muss hierbei jedoch weder ein Worst-Case-Szenario, also das Minimum des wirtschaftlich Darstellbaren, noch die größtmögliche Anlage angenommen werden. Die Parameter der Referenzanlage haben keinen normativen Charakter, sondern dienen ausschließlich als Grundlage zur Herleitung und Begründung der Kriterien zu Siedlungsabständen bei der Entwicklung des Planungskonzeptes.

Die zu Grunde liegende **Referenzanlage** weist folgende Parameter auf:

| | |
|-----------------------------|----------|
| Nennleistung: | 7,2 MW |
| Rotordurchmesser (RD): | 172 m |
| Nabenhöhe (NH): | 175 m |
| Gesamthöhe | 261 m |
| Schallleistungspegel (max): | 106,9 dB |
| Anlaufgeschwindigkeit: | 3 m/s |

4.2 Planungskriterien

Definition und Übersicht der angewandten Kriterien

Positivkriterien (PK)

Die genannten Positivkriterien wurden in der Folge der Arbeitsschritte für die Ermittlung von Vorranggebieten herangezogen. Es handelt sich um Gegebenheiten und Belange, die als Indizien für eine Eignung der betreffenden Gebiete als Vorranggebiete sprechen. Die Planungssystematik, die Umstellung auf eine Positivplanung, bei Anwendung der Positivkriterien fokussiert sich auf besonders geeignete Flächen, auf denen bereits die Windenergienutzung stattfindet oder geplant ist. Nach der Planungsmethodik der Positivplanung muss jedes ausgewiesenes VR WEN mindestens ein positives Kriterium aufweisen.

Negativkriterien (NK)

Die in Folge der ersten beiden Arbeitsschritte ermittelten Potentialflächen wurden auf ihre generelle Eignung für die Windenergienutzung anhand aller Negativkriterien überprüft. Es handelt sich um entgegenstehende Belange, die entweder in entgegenstehenden rechtlichen Sachverhalten begründet sind oder die durch den Planungsträger als Negativkriterien ausgewählt und begründet wurden. Die entsprechenden Flächen werden für die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung i.d.R. nicht weiter betrachtet.

Einzelfallbezogene Kriterien (EK)

Zur abschließenden Feststellung der Eignung eines Vorranggebietes wurde anhand der einzelfallbezogenen Kriterien geprüft, ob sich die Windenergie gegenüber konkurrierenden Nutzungen oder einschränkenden Sachverhalten in hinreichendem Maß durchsetzen kann.

Positivkriterien (PK)

- PK 01 Kommunale Bauleitplanung
- PK 02 Planungsabsichten der Kommunen
- PK 03 Realisierte / genehmigte Windenergieanlagen
- PK 04 Beantragte Windenergieanlagen nach BImSchG

Negativkriterien (NK)

- NK 01 Siedlungsbestand und rechtskräftige Bebauungspläne (Wohnbauflächen und gemischte Bauflächen, Gewerbliche Bauflächen und Sonderbauflächen Kur- und Klinikgebiete)
 - NK 02 Erweiterter Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden in Bereichen nach § 30 und § 34 BauGB
 - NK 03 Erweiterter Vorsorgeabstand von 800 m zu Wohngebäuden in Bereichen nach § 30 und § 34 BauGB bei kommunalen Bauleitplänen mit Windenergiegebieten
 - NK 04 Erweiterter Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich
 - NK 05 Erweiterter Vorsorgeabstand von 1.500 m zu Sonderbauflächen Kur- und Klinikgebiete
 - NK 06 Gestaltungsraum Siedlung des LEP HR
 - NK 07 Freiraumverbund des LEP HR
 - NK 08 Rechtsverbindlich festgesetzte und im Verfahren befindliche Naturschutzgebiete (NSG)
 - NK 09 Gesetzlich geschützte Biotop ab 5 ha
 - NK 10 Europäische Vogelschutzgebiete (SPA)
 - NK 11 Fauna-Flora-Habitat Gebiete (FFH)
 - NK 12 Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin
 - NK 13 Geschützte Waldgebiete (§ 12 LWaldG)
 - NK 14 Festgesetzte Überschwemmungsgebiete (§ 76 WHG) und HQ₁₀₀-Gebiete außerhalb von festgesetzten Überschwemmungsgebieten
 - NK 15 Oberflächengewässer ab 5 ha
 - NK 16 Trinkwasserschutzzonen I und II
 - NK 17 Bauschutzbereich und Bauhöhenbeschränkung des Flughafens BER
 - NK 18 Betriebsflächen von Flugplätzen und festgesetzte Platzrunden
 - NK 19 Linienförmige Infrastruktur mit Anbauverbotszone
 - NK 20 Militärische Liegenschaften der Bundeswehr, deren Betreten verboten ist
 - NK 21 Photovoltaik-Freiflächenanlagen mit Bebauungsplänen ohne Aussagen zur Windenergienutzung
 - NK 22 Bau-, Gartendenkmale und Denkmalbereiche ab 5 ha
 - NK 23 Flächen der aktiven Rohstoffgewinnung mit Rahmen-, Haupt- und Abschlussbetriebsplänen
-

Einzelfallbezogene Kriterien (EK)

| | |
|-------|--|
| EK 01 | Naturparke |
| EK 02 | Landschaftsschutzgebiete |
| EK 03 | Artenschutzrechtliche Belange |
| EK 04 | Biotopverbundkonzept/ Kernflächen gemäß LaPro und LRP |
| EK 05 | Gebiete mit hochwertigem Landschaftsbild gemäß LaPro |
| EK 06 | Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gemäß LaPro ab 5 ha |
| EK 07 | Geschützte Landschaftsbestandteile (GLB) ab 5 ha |
| EK 08 | Wälder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen ab 5 ha |
| EK 09 | Trinkwasserschutzzonen III, III A und III B |
| EK 10 | HQ _{extrem} Gebiete |
| EK 11 | Prüfbereich um Wetterradarstationen des Deutschen Wetterdienstes |
| EK 12 | Interessensgebiete von Luftverteidigungsradaranlagen und Flugbeschränkungsgebiete |
| EK 13 | Bauschutzbereiche und Hindernisbegrenzungsflächen von Flugplätzen |
| EK 14 | Anlagenschutzbereiche von Flugsicherungseinrichtungen und Beeinflussungsbereiche von Telekommunikationsanlagen |
| EK 15 | Wirkungsräume von Denkmälern mit besonderem Raumbezug |
| EK 16 | Bodendenkmale ab 5 ha |
| EK 17 | Europäisches Kulturerbe |
| EK 18 | Rohstoffpotenzialflächen mit Bewilligung |
| EK 19 | Mindestgröße von Vorranggebieten Windenergienutzung (32 ha) |
| EK 20 | Kompaktheit von Vorranggebieten Windenergienutzung |
| EK 21 | Vermeidung der Umfassung von Ortslagen |

4.3 Erläuterungen zu den Planungskriterien**Positivkriterien****PK 01 Kommunale Bauleitplanung**

Flächennutzungspläne mit außergebietlicher Ausschlusswirkung nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB, die bis zum 1. Februar 2024 wirksam geworden sind, und rechtsverbindliche Bebauungspläne für die Windenergienutzung werden als Positivkriterium in die Planung eingestellt. Um kommunale Belange im Sinne des Gegenstromprinzips möglichst frühzeitig in die Planerarbeitung einzubeziehen, wurden alle Kommunen gemäß § 9 Absatz 1 ROG aufgefordert, ihre kommunalen Bauleitplanungen mitzuteilen. Die der RPG zugesandten kommunalen Bauleitplanungen wurden in nachfolgenden Kommunalgesprächen hinsichtlich ihrer Aktualität erneut geprüft und in die Planerarbeitung einbezogen, sofern sie mit den Negativkriterien vereinbar sind und geringe Raumnutzungskonflikte aufweisen (einzelfallbezogene Kriterien).

Nicht erfasst als Positivkriterium sind hingegen Bebauungspläne, die nach dem 1. Februar 2024 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten. Gemäß § 4 Absatz 1 WindBG sind diese Bebauungsplanflächen nicht anrechenbar auf das regionale Teilflächenziel zur Feststellung der Zielerreichung gemäß § 5 Absatz 1 WindBG.

PK 02 Planungsabsichten der Kommunen

Die in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne für die Steuerung der Windenergienutzung werden als Positivkriterium in die Planung eingestellt. Entsprechend dem raumordnerischen Gegenstromprinzip wurden die der RPG zugesandten in Aufstellung befindlichen kommunalen Bauleitpläne in nachfolgenden Kommunalgesprächen hinsichtlich ihrer Aktualität erneut geprüft und in die Planerarbeitung einbezogen, sofern sie mit den Negativkriterien vereinbar sind und geringe Raumnutzungskonflikte aufweisen (einzelfallbezogene Kriterien).

PK 03 Realisierte / genehmigte Windenergieanlagen

Als grundsätzlich geeignete Standorte aufgrund der landschaftsräumlichen Vorbelastung und bereits vorhandenen technischen Erschließung werden bereits errichtete und genehmigte WEA als Positivkriterium zur Abgrenzung der Windenergiegebiete eingeordnet. Dabei kommt dem Ersatz von älteren Bestandsanlagen durch moderne und leistungsfähige Windenergieanlagen im räumlichen Zusammenhang (§ 16b BImSchG Repowering) eine zentrale Bedeutung zu.

Die Beurteilung der Zuordnung von Arrondierungsflächen erfolgt anhand der erforderlichen Abstände zwischen zwei Referenzanlagen (notwendiger Abstandsbereich = vier Rotordurchmesser einer Referenzanlage). Bei dieser Bewertung wird davon ausgegangen, dass zwischen benachbarten WEA regelmäßig ein Abstand von drei bis fünf Rotordurchmessern einzuhalten ist. Die Berücksichtigung von Arrondierungsflächen zu beantragten WEA unterstützt eine ressourcensparende Windenergieplanung.

PK 04 Beantragte Windenergieanlagen nach BImSchG

Beantragte Windenergieanlagen, für die die Voraussetzungen der Durchführung eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens vorliegen und folglich das Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eingeleitet wurde, werden aufgrund der hinreichend konkretisierten Entwicklungsinteressen durch den Planungsträger als Positivkriterium in die Abwägung eingestellt und in die Planerarbeitung einbezogen, sofern sie mit den Negativkriterien vereinbar sind und geringe Raumnutzungskonflikte aufweisen (einzelfallbezogene Kriterien).

Negativkriterien**NK 01 Siedlungsbestand und rechtskräftige Bebauungspläne: (Wohnbauflächen und gemischte Bauflächen, Gewerbliche Bauflächen und Sonderbauflächen Kur- und Klinikgebiete)**

Der tatsächliche Siedlungsbestand sowie die in rechtskräftigen Bebauungsplänen festgesetzten Wohnbauflächen stehen der Errichtung von Windenergieanlagen entgegen.

Der tatsächliche Siedlungsbestand mit Gebäuden zur Wohnnutzung im Innen- und Außenbereich (ALKIS-Daten), Wohn- und Mischbauflächen, gewerblichen Bauflächen gemäß §§ 2-9 BauNVO und Sonderbauflächen Kur- und Klinikgebiete (§ 11 BauNVO) in rechtskräftigen Bebauungsplänen stehen der Errichtung von Windenergieanlagen entgegen.

Insgesamt stellen diese Flächen eine der Windenergienutzung entgegenstehende Nutzung dar und werden aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen durch den Planungsträger als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt. Sonstige Sondergebiete, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, stehen hingegen der Windenergie zur Verfügung (Positivkriterium PK 01).

NK 02 Erweiterter Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden in Bereichen nach § 30 und § 34 BauGB

Im Außenbereich handelt es sich bei der Errichtung von WEA um privilegierte Vorhaben (§ 35 Absatz 1 Nr. 5 BauGB). Die Errichtung von WEA mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 m erfordert eine Genehmigung nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz. Zum Schutz des Menschen und der menschlichen Gesundheit müssen Windenergieanlagen die Einhaltung der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) gewährleisten, die eine Basis für das Genehmigungsverfahren bildet.

Werden die Immissionsrichtwerte der TA Lärm nicht eingehalten, kann keine Genehmigung erteilt werden. Die TA Lärm differenziert zwischen sieben unterschiedlichen Baugebiets-typen und weist diesen Beurteilungspegel für Lärmimmissionen zu (siehe Tabelle 2).

| Immissionsrichtwerte nach Baugebietstypen der TA Lärm | Tag (dB) | Nacht (dB) |
|--|-----------------|-------------------|
| Industriegebiete | 70 | 70 |
| Gewerbegebiete | 70 | 70 |
| Urbane Gebiete | 63 | 45 |
| Kerngebiete, Dorf- und Mischgebiete | 60 | 45 |
| Allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete | 55 | 40 |
| Reine Wohngebiete | 50 | 35 |
| Kurgebiete, Krankenhäuser | 45 | 35 |

Tabelle 2: Immissionsrichtwerte nach Baugebietstypen, Abschnitt 6.1 der TA Lärm

Siedlungsbestand und rechtskräftige Bebauungspläne mit der Ausweisung von Wohn- und Mischgebieten sowie Kur- und Klinikgebiete, die einen Schutz der menschlichen Gesundheit erfordern, werden aus diesem Grund gesamträumlich mit einem Mindestabstand versehen (vgl. NK 02 bis NK 05).

Wird durch eine Schallimmissionsprognose festgestellt, dass die Immissionsrichtwerte nach der TA Lärm eingehalten sind (siehe Tabelle 3) und andere Belange und Vorschriften nicht entgegenstehen, besteht ein Anspruch auf die Genehmigung der Errichtung und des Betriebs einer oder mehrerer WEA (§ 6 Absatz 1 BImSchG). Die Bewertung, ob die Immissionsrichtwerte eingehalten werden, hat in der vorhabenbezogenen Einzelfallprüfung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durch die zuständige Genehmigungsbehörde, dem Landesamt für Umwelt, zu erfolgen.

Der zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte erforderliche Abstand ist von verschiedenen Rahmenbedingungen abhängig, die bei der Aufstellung des Regionalplans noch nicht bekannt sind. Neben den meteorologischen Bedingungen und der physischen Beschaffenheit des Schallausbreitungsraums haben insbesondere die Anzahl sowie die Leistungs- und Konstruktionsmerkmale der WEA Einfluss auf den immissionsschutzrechtlich gebotenen Abstand.

Während in der Praxis die Genehmigung einer WEA eine Einzelfallentscheidung ist, sind im Rahmen der Regionalplanung vereinfachende Annahmen zur Ermittlung der Mindestabstände erforderlich. Es liegt im Ermessen des Planungsträgers eigene Erwägungen darüber anzustellen, welche Mindestabstände zwischen den VR WEN und immissionsgefährdeten Gebieten eingehalten werden sollen. Das überschlägige Prognoseverfahren gemäß der TA Lärm ist eine vereinfachte Methode zur Schätzung der Lärmimmissionen einer Referenzanlage, die in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren in der Planungsregion häufig beantragt wird (vgl. Kap. 4.1 Referenzanlage).

Für die Beurteilung der aus immissionsschutzrechtlichen Gründen voraussichtlich zwingend erforderlichen Mindestabstände zwischen WEA und Siedlungsgebieten hat der Planungsträger die Akustik Bureau Dresden GmbH beauftragt unter Anwendung der Parameter der Referenzanlage modellhafte Schallausbreitungsberechnungen auszuführen. Bei diesen Berechnungen wurden die geltenden Vorschriften zum Schallimmissionsschutz im Land Brandenburg berücksichtigt.

Den Berechnungen wurden die Immissionsrichtwerte für die Nacht bei Berücksichtigung des Schallminderungspotenzials zugrunde gelegt. Für WEA ist somit grundsätzlich ein Dauerbetrieb möglich. Bei einer Entscheidung des Landesamts für Umwelt (LfU) über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von WEA stellen die Nachtwerte den maßgeblichen Bewertungsmaßstab dar. Auf dieser Grundlage wurden die aus Gründen des gesetzlichen Immissionsschutzes zu Siedlungsgebieten einzuhaltenden Mindestabstandsradien differenziert nach Baunutzungsarten ermittelt.

Maßstab der Bewertung ist die Immissionsprognose für eine Gruppe von drei WEA. Diese Festlegung entspricht der Entscheidung des BVerwG, dass Vorranggebiete für die Windenergienutzung mindestens drei WEA Raum bieten sollen. Die Abwägungsentscheidungen des Planungsträgers müssen nicht an besonderen nachteiligen Konstellationen ausgerichtet sein, so dass eine Gruppe von drei WEA als geeigneter Maßstab für die Ermittlung der nach Ermessen des Planungsträgers minimal einzuhaltenden Abstände zu bewohnten Gebieten angesehen werden kann. Der Planungsträger folgt zugleich der Bewertungs- und Berechnungsgrundlage des LfU, Abt. Technischer Immissionsschutz, zur Ermittlung der empfohlenen Mindestabstände von WEA zu Wohngebäuden.

Nach den zugrunde gelegten modellhaften Schallausbreitungsberechnungen kann festgestellt werden, dass bei Unterschreitung der angegebenen Abstandswerte die Erteilung einer Genehmigung für die Errichtung einer WEA mit den benannten Konstruktionsmerkmalen der Referenzanlage voraussichtlich unzulässig ist, da die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 Absatz 1 Ziffer 1 BImSchG nicht vorliegen.

Für die Festlegung und Begründung von Mindestabständen zu Wohngebäuden folgt der Planungsträger den nachfolgenden Erwägungen und Bewertungen:

- Zugrunde gelegt wird der Schallausbreitungsweg von WEA mit einem maximalen Schallleistungspegel von 106,9 dB (siehe Kap. 4.1 Referenzanlage).
- Maßstab der Bewertung ist eine Schallimmissionsprognose für eine Gruppe von drei WEA der Referenz-WEA vom 11. November 2024 im Tagesbetrieb sowie im nächtlichen schallreduzierten Betrieb (OVG Lüneburg, Urteil 25. November 2018 – 12 LB 118/16 und OVG Bln.-Bbg., 13. November 2020 2 A 1.19).
- Untersuchungsergebnisse des LfU, Abteilung Technischer Umweltschutz vom 11. Juni 2024 nach dem Interimsverfahren für die Referenzanlage.

In der nachfolgenden Tabelle ist das Berechnungsergebnis für eine Gruppe von drei WEA dargestellt. Aufgrund der Gruppenkonstellation kann für jeden Immissionsrichtwert (IRW) ein unterer und ein oberer Abstandswert ohne bzw. mit Berücksichtigung des Schallminderungspotenzials ermittelt werden, bei dem der Richtwert der TA Lärm eingehalten wird.

Ausgehend von der gewählten Referenzanlage lassen sich die Vorgaben TA Lärm im Tages- und schallreduzierten Nachtbetrieb bei drei WEA bei nachfolgend genannten Abständen mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 % einhalten. Unterhalb dieser Abstände kann die Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Vorgaben nicht mehr gewährleistet werden.

| Nutzungsart | IRW nachts in dB (A) | Unterer Ab- standswert in m (OS) | Oberer Ab- standswert in m (OS) | Unterer Ab- standswert in m (MS) | Oberer Ab- standswert in m (MS) |
|---|-------------------------|--|---------------------------------------|--|---------------------------------------|
| Industriegebiet | 70 | 10 | 10 | 10 | 10 |
| Gewerbe-, Indu- striegebiet | 50 | 350 | 390 | 10 | 10 |
| Kern-, Dorf- und Mischgebiet | 45 | 690 | 770 | 120 | 160 |
| Allgem. Wohn- gebiet u. Klein- siedlungsgebiet | 40 | 1.230 | 1.310 | 340 | 430 |
| Kurgebiet, Kran- kenhäuser, rei- nes Wohngebiet | 35 | 2.040 | 2.130 | 660 | 840 |

OS = Mindestabstände der Gesamtbelastung ohne Berücksichtigung Schallminderungspotenzial

MS = Mindestabstände der Gesamtbelastung mit Berücksichtigung Schallminderungspotenzial

Tabelle 3: Beurteilungspegel der Zusatz- und Gesamtbelastung nachts für eine Gruppe von drei Windenergieanlagen

Quelle: Schallimmissionsprognose – Akustik Bureau Dresden GmbH 2024

Die vorgegebenen Mindestabstände (u. a. erweiterter Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden in Bereichen nach § 30 und § 34 BauGB) sichern die Einhaltung der Nacht-Immissionsrichtwerte in der im Schallimmissionsgutachten geprüften Anlagenkonfiguration zu, wenn das Schallminderungspotenzial der Referenzanlage (vgl. Tabelle 3) zu Grunde gelegt wird. Bezogen auf die Referenzanlage, die häufig aktuelle immissionsschutzrechtliche Verfahren in der Planungsregion abbildet, können die Vorgaben der TA Lärm (Tagzeitraum und Nachtzeitraum bei Berücksichtigung des Schallminderungspotenzials) bei einem Windpark mit drei WEA für die in den Negativkriterien NK 02 bis NK 05 angegebenen Abstände mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 % eingehalten werden. Bei geringeren Abständen ist davon auszugehen, dass die Richtwerte der TA Lärm nicht eingehalten werden.

Über das Brandenburgische Windenergieanlagenabstandsgesetz (BbgWEAAbG) wird die Privilegierung eingeschränkt. Die Geltung der Abstandsregelung beschränkt sich nach § 1 Absatz 1 S. 3 BbgWEAAbG auf Flächen außerhalb ausgewiesener Windenergiegebiete gemäß § 2 Nr. 1 WindBG. Privilegierte Windenergieanlagen müssen demnach 1.000 m Abstand zu zulässigerweise errichteten Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 BauGB) oder innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 BauGB) einhalten (§ 1 Absatz 1 BbgWEAAbG). Der Abstand bemisst sich von der Mitte des Mastfußes bis zur nächstgelegenen Gebäudekante der Hauptanlage eines Wohngebäudes (§ 1 Absatz 2 BbgWEAAbG). Innerhalb des Abstandes von 1.000 m können die Gemeinden selbstständig entscheiden, ob sie die Windenergienutzung über einen Bebauungsplan ermöglichen.

Der 1.000 m Vorsorgeabstand wird auf Grundlage der o. g. Ergebnisse der Schallimmissionsprognose zu einer Referenzanlage im Kriteriengerüst (NK 02) durch den Planungsträger übernommen. In Anlehnung an dem zugrundeliegenden Vorsorge- und Schutzgedanken des Landesgesetzgebers und aus Gründen des vorsorgenden Immissionsschutzes findet bei der Festlegung von VR WEN über die gemäß TA Lärm zwingend einzuhaltenden Abstände hinaus ein regelhafter Abstand von 1.000 m zu dauerhaften Wohnnutzungen in Bereichen nach § 30 BauGB oder § 34 BauGB Anwendung, sofern noch keine kommunale Bauleitpläne mit Windenergiegebieten innerhalb dieses Vorsorgeabstandes bestehen oder

sich in Aufstellung befinden. Der Planungsträger folgt damit weitestgehend der Empfehlung des Landesamtes für Umwelt, Abt. Technischer Immissionsschutz, den Mindestabstand zur Wohnbebauung in Bereichen nach § 30 und § 34 auch bei bereits existierenden WEA auf 1.000 m festzulegen.

Es ist grundsätzlich zu bedenken, dass die Festlegung von immissionsschützenden Mindestabständen zu anderen Nutzungen nach Ermessen des Planungsträgers nicht das Ziel verfolgen kann, alle denkbaren Immissionssituationen im Regionalplan zu berücksichtigen. Maßstab der durch den Planungsträger zu treffenden Abwägungsentscheidung ist die angemessene Bewertung einer typischerweise erwartbaren Konfliktlage.

Die vorgenommene Ermittlung der Abstandszonen beruht auf begründeten Annahmen und nachvollziehbaren Erwägungen, die an den immissionsschutzrechtlichen Vorschriften orientiert sind. Der Planungsträger hat sich insbesondere dafür entschieden, das Wohnen in dörflichen Mischgebieten den allgemeinen Wohngebieten gleichzustellen zugunsten vergleichbarer erweiterter Vorsorgeabstände in Bereichen nach § 30 BauGB oder § 34 BauGB im Rahmen der Maßstäblichkeit des Regionalplans.

Bei Anwendung der TA Lärm wäre für reine Wohngebiete der Mindestabstandswert vergleichbar mit Kur- und Klinikeinrichtungen (vgl. Tabelle 3). Reine Wohngebiete konnten im Umfeld der VR WEN jedoch nicht ermittelt werden und wurden auch im Beteiligungsverfahren sowie in den Kommunalgesprächen nicht mitgeteilt.

Für Sonderbauflächen (nicht Kur- und Klinikeinrichtungen) werden keine pauschalen Abstandswerte festgelegt, da sich das jeweilige Schutzbedürfnis vorhabenbezogen nur aus der konkret festgelegten oder beabsichtigten Nutzung ableiten lässt.

Im konkreten Einzelfall können sich diese Abstandswerte jedoch als nicht ausreichend erweisen. Durch geeignete Nebenbestimmungen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, wie beispielsweise die Anordnung eines modifizierten Nachtbetriebs, kann sichergestellt werden, dass die Immissionsrichtwerte eingehalten werden.

Die räumliche Immissionssituation variiert bei gewerblich-industriell genutzten Standorten, sodass die Anwendung pauschalisierter Sicherheitsstandards auch nach der Schallimmissionsprognose keine Grundlage hat und die Wohnnutzung in Industrie- und Gewerbegebieten nur ausnahmsweise zulässig ist. Der Planungsträger hält es daher nicht für erforderlich, eigene Maßstäbe für den Immissionsschutz in Gewerbe- und Industriegebieten anzulegen und dafür pauschale Mindestabstände festzulegen. In diesen Fällen kann die Beurteilung der Einzelfallbewertung dem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren überlassen bleiben.

NK 03 Erweiterter Vorsorgeabstand von 800 m zu Wohngebäuden in Bereichen nach § 30 und § 34 BauGB bei kommunalen Bauleitplänen zur Windenergienutzung

Gemäß Artikel 2 Nr. 2 BbgFzG ist der Planungsträger berechtigt, abweichend vom § 1 BbgWEAAbG, einen geringeren Mindestabstand als 1.000 m zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 BauGB) oder innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 BauGB) anzuwenden.

Der in § 1 BbgWEAAbG, vorgesehene Mindestabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 BauGB) oder innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 BauGB) gilt nicht für Vorhaben auf Flächen in Windenergiegebieten i. S. des § 2 Nr. 1 WindBG (§ 1 Absatz 1 S. 3 BbgWEAAbG, angefügt durch Artikel 2. Nr. 2 BbgFzG).

Demnach können auch Flächen innerhalb des landesspezifischen Mindestabstandes in die Betrachtung als Potenzialfläche einbezogen werden.

Sofern rechtskräftige oder sich in Aufstellung befindliche Bauleitpläne, welche die Errichtung von WEA in einem Abstand zur Wohnbebauung von weniger als 1.000 m vorsehen, vorliegen, werden bei Berücksichtigung der Ergebnisse der Schallimmissionsprognose (vgl. Tabelle 3) die kommunale Belange im Sinne des Gegenstromprinzips wie folgt berücksichtigt: Um gleichzeitig den Schutz der betroffenen Bewohner vor einer optischen bedrängenden Wirkung zu gewährleisten, werden i. S. des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots gemäß § 249 Absatz 10 BauGB kommunale Bauleitpläne ab einem Vorsorgeabstand von mindestens 800 m für die Planung von VR WEN als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt. Der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung steht demnach einem Windenergievorhaben in der Regel nicht entgegen, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der WEA bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Gesamthöhe der WEA entspricht.

NK 04 Erweiterter Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich

Im § 249 Absatz 3 BauGB wird eine befristete Privilegierung von Repoweringvorhaben im Sinne des § 16b BImSchG bis zum 31.12.2030 festgestellt. Diese Sonderregelung ermöglicht es den Vorhabenträgern ein Repowering von leistungsschwächeren Altwindenergieanlagen außerhalb von kommunalen und regionalen Windenergiegebieten nach Maßgabe des BImSchG durchzuführen. Daher ist davon auszugehen, dass zukünftig zahlreiche WEA unterhalb von 1.000 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich repowert werden.

Die Festlegung eines erweiterten Vorsorgeabstandes von 800 m als Negativkriterium entspricht den in der Schallimmissionsprognose der Referenzanlage ermittelten immissionschutzrechtlich erforderlichen Mindestabständen zur Wohnbebauung. Auf diese Weise können die bereits mit WEA bebauten Flächen gesichert und an anderer Stelle bisher unbebaute Landschaftsräume freigehalten werden. Um gleichzeitig den Schutz der betroffenen Bewohner vor einer optischen bedrängenden Wirkung zu gewährleisten, werden unter Berücksichtigung auch der laut § 249 Absatz 10 BauGB zugrundeliegenden Wertung Bestandsanlagen sowie bereits genehmigte Windenergieanlagen erst ab einem Vorsorgeabstand von mindestens 800 m zu Splittersiedlungen und Einzelgebäuden in die VR WEN-Gebietskulisse integriert. Bei einer Anlagenhöhe von 261 m als Bemessungsgrundlage wird den Anforderungen zum Schutz vor einer optisch bedrängenden Wirkung durch einen Vorsorgeabstand von 800 m entsprochen.

Der Planungsträger folgt zugleich der Empfehlung des LfU, Abt. Technischer Immissionschutz, den Mindestabstand bei Splittersiedlungen und Einzelgehöften auch bei bereits existierenden WEA auf 800 m festzulegen.

Der Ausgleich zwischen dem Zielkonflikt ausreichender Schutzabstände und der Erreichung des regionalen Teilflächenziels erfolgt in Bezug auf – auch vom BbgWEAAbG nicht erfasste – Splittersiedlungen und Wohngebäude im Außenbereich mittels reduzierter Mindestabstände. Der Planungsträger kommt damit dem rechtlichen Erfordernis nach, ausreichend Flächen für die Windenergienutzung auszuweisen und trägt dem im Vergleich zu Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 BauGB) sowie im Zusammenhang bebauten Ortsteilen (§ 34 BauGB) verminderten Schutzanspruch eines Wohnens im Außenbereich Rechnung. Ein Vorsorgeabstand von 800 m wird als angemessen eingeschätzt auch für die Bereiche, in denen noch keine WEA errichtet oder genehmigt wurden und wird daher durch den Planungsträger als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt.

Für Wohngebäude außerhalb von Ortschaften wird der Immissionsrichtwert für Mischgebiete zugrunde gelegt. Der Schutzanspruch von Wohngebäuden im unbeplanten Außenbereich kann regelmäßig nicht über die für Kern-, Dorf- und Mischgebiete anzusetzenden Richtwerte hinausgehen (vgl. Erläuterung zu NK 02).

NK 05 Erweiterter Vorsorgeabstand von 1.500 m zu Sonderbauflächen Kur- und Klinikgebiete

Der vorsorgende Immissionsschutz zu Kur- und Klinikgebieten basiert auf den Ergebnissen der Schallimmissionsprognose der Referenzanlage mit 7,2 MW Maximalleistung und einer Gesamthöhe von 261 m. Bezogen auf diese Referenzanlage können die Vorgaben der TA Lärm (Tagzeitraum und Nachtzeitraum bei Berücksichtigung des Schallminderungspotenzials) bei einem Windpark mit drei WEA für die nachfolgend angegebenen Abstände mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 % eingehalten werden.

Da für Kur- und Klinikgebiete die höchsten immissionsschutzrechtlichen Anforderungen gelten und sie eine besondere Sensibilität gegenüber Störungen aufweisen, werden diese mit einem erhöhten Vorsorgeabstand von 1.500 m (vgl. Tabelle 3) für die Planung von VR WEN als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt.

Der Planungsträger folgt der Empfehlung des Landesamtes für Umwelt, Abt. technischer Immissionsschutz, den Mindestabstand bei Kur- und Klinikeinrichtungen auf mindestens 1.500 m festzulegen. Im Übrigen wird auf die Ausführungen zur Herleitung des Negativkriterium NK 02 verwiesen.

Die räumliche Immissionssituation bei Klinikstandorten, die sich innerhalb von Gewerbe- und Industriegebieten befinden, ist hingegen anders zu beurteilen. Hier ist die Anwendung der nach TA-Lärm verbindlichen Richtwerte für Kur- und Klinikgebiete gemäß Schallimmissionsprognose (vgl. Tabelle 3) aufgrund der Immissionen, die in Gewerbe- und Industriegebieten zulässig sind, nicht angemessen. Daher erfolgt eine einzelfallbezogene Standortprüfung.

NK 06 Gestaltungsraum Siedlung des LEP HR

Der Gestaltungsraum Siedlung ist gemäß Z 5.6 Absatz 1 LEP HR der Schwerpunkt für die Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen in Berlin und im Berliner Umland. Die Planung neuer Wohnsiedlungsflächen wird hier quantitativ nicht begrenzt. Der Gestaltungsraum Siedlung besitzt eine gute Eignung für die Wohnsiedlungsentwicklung, ist als hochrangiges landesplanerisches Ziel nicht mit der Windenergienutzung vereinbar und wird daher durch den Planungsträger als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt.

NK 07 Freiraumverbund des LEP HR

Der im Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) festgelegte Freiraumverbund umfasst Freiräume mit besonders hochwertigen Funktionen, die gesichert und in ihrer Funktionsfähigkeit entwickelt werden sollen. Gemäß Z 6.2 LEP HR ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutende Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind regelmäßig ausgeschlossen. WEA gehören zu den beeinträchtigenden raumbedeutsamen Inanspruchnahmen des Freiraumverbundes.

Die GL hat alle im Regionalplanentwurf festgelegten VR WEN auf einer Maßstabsebene von 1:300.000 geprüft und keinen Verstoß gegen das Ziel der Raumordnung gemäß LEP HR Z 6.2 festgestellt.

NK 08 Rechtsverbindlich festgesetzte und im Verfahren befindliche Naturschutzgebiete (§ 23 BNatSchG)

Gemäß § 23 Absatz 1 BNatSchG sind rechtsverbindlich festgesetzte Naturschutzgebiete (NSG) „Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder einzelnen Teilen erforderlich ist“. Die Windenergienutzung innerhalb von NSG ist in der Regel nicht mit den Schutzziele für NSG vereinbar. Eine Prüfung der Schutzgebietsverordnungen zu NSG in der Planungsregion hat ergeben, dass der jeweilige Schutzzweck regelmäßig die Errichtung baulicher Anlagen ausschließt. Hierzu gehören insbesondere WEA, die dem jeweiligen Schutzzweck mehr als erheblich zuwiderlaufen.

Aufgrund der planerischen Anwendung der Rotor-Out-Regelung wird zur Sicherung der Artenvielfalt in Naturschutzgebieten ein Abstand des Rotorradius (vgl. NK 19) eingehalten.

NK 09 Gesetzlich geschützte Biotop ab 5 ha (§ 30 BNatSchG, § 18 BbgNatSchAG)

Gesetzlich geschützte Biotop sind rechtsverbindlich festgesetzte Teile von Natur und Landschaft, in denen Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser geschützten Bereiche führen können, verboten sind. Die Errichtung von WEA steht diesem Schutzzweck in der Regel entgegen. Für die Maßstabsebene der Regionalplanung relevante geschützte Biotop (aufgrund der Maßstäblichkeit des Regionalplanes größer als 5 ha) stehen der Windenergienutzung regelmäßig entgegen. Kleinere gesetzlich geschützte Biotop können maßstabsbedingt in Windenergiegebiete integriert werden. Der Schutzstatus der gesetzlich geschützten Biotop wird hierdurch nicht aufgehoben.

Aufgrund der planerischen Anwendung der Rotor-Out-Regelung wird zur Sicherung der Artenvielfalt in gesetzlich geschützten Biotop der Rotorradius wird ein Abstand des Rotorradius (vgl. NK 19) eingehalten.

NK 10 Europäische Vogelschutzgebiete (SPA-Gebiete)

Im Anhang I der Vogelschutzrichtlinie 79/409/EWG werden die im europäischen Maßstab bedeutendsten Brut-, Rast- und Zuggebiete der wildlebenden Vogelarten in Form von Special Protected Areas (SPA-Gebiete) unter besonderen Schutz gestellt. In diesen Gebieten sind gemäß § 33 BNatSchG alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung in ihren für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können, verboten. Zum Schutz der wichtigsten Lebensräume und Verbreitungsgebiete der wildlebenden Vogelarten sollen die SPA-Gebiete von WEA freigehalten werden.

Für die SPA-Gebiete der Region Oderland-Spree (Schorfheide-Chorin, Märkische Schweiz, Mittlere Oderniederung und im Bereich der Groß Schauener Seen, das SPA Spreewald und Lieberoser Endmoräne) ist anhand der Erhaltungsziele und des jeweiligen Schutzzwecks (Standarddaten der Lebensraumtypen) eine Verträglichkeit mit raumbedeutsamen WEA in der Regel ausgeschlossen, da eine erhebliche Beeinträchtigung für den Schutzzweck des jeweiligen Gebietes zu erwarten ist (vgl. AGW-Erlass). Da die Europäi-

schen Vogelschutzgebiete wegen ihrer Erhaltungs- und Schutzziele für die Windenergienutzung nicht geeignet sind, werden sie durch den Planungsträger als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt.

Aufgrund der planerischen Anwendung der Rotor-Out-Regelung wird zwischen den festgelegten Windenergiegebieten und den Außengrenzen der SPA-Gebiete ein Abstand des Rotorradius (vgl. NK 19) eingehalten.

NK 11 Fauna-Flora-Habitat Gebiete (FFH-Gebiete)

Entsprechend der Richtlinie 92/43/EWG werden Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) zur Sicherung der Artenvielfalt der im europäischen Maßstab bedeutendsten natürlichen Lebensräume, wildlebenden Tiere und Pflanzen unter besonderen Schutz gestellt. Das daraus abzuleitende Verschlechterungsverbot ist in Artikel 6 Absatz 2 FFH-Richtlinie festgehalten. In diesen Gebieten sind gemäß § 33 BNatSchG alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung in ihren für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können, verboten. FFH-Gebiete sollen zum Schutz der natürlichen Lebensräume und wildlebenden Tier- und Pflanzenarten und der zu erwartenden Konflikte von WEA freigehalten werden (vgl. Beachtung der Verbotsstatbestände laut AGW-Erlass mit Artikel 12 Absatz 4 FFH-RL) und werden daher in ihrer Gesamtheit durch den Planungsträger als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt.

Aufgrund der planerischen Anwendung der Rotor-Out-Regelung wird zwischen den festgelegten Windenergiegebieten und den Außengrenzen der FFH-Gebiete ein Abstand des Rotorradius (vgl. NK 19) eingehalten.

NK 12 Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin

Gemäß § 25 BNatSchG gehört die Erhaltung, die Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch Arten- und Biotopvielfalt, Eigenart und Schönheit geprägten großräumigen Landschaft zu den wesentlichen Schutzzwecken von Biosphärenreservaten. Dieses Großschutzgebiet ist in wesentlichen Teilen als Natur- oder Landschaftsschutzgebiet geschützt.

Die naturräumlichen Potenziale des durch Wald- und Wasserreichtum gekennzeichneten Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin eignen sich für die Erholungsnutzung und den Tourismus. Um die komplexen Schutz- und Entwicklungsziele sicherzustellen, wird das im Jahr 1990 ausgewiesene und durch die UNESCO anerkannte Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin in seiner Gesamtheit durch den Planungsträger von Windenergieanlagen freigehalten. Der Teil des Biosphärenreservates, der sich innerhalb der Gebietskulisse der RPG Oderland-Spree befindet, wird vollständig mit den Schutzkategorien Natur- bzw. Landschaftsschutzgebiet abgebildet. Das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin entspricht räumlich dem gleichnamigen Europäischen Vogelschutzgebiet. Hier sind in den Standarddatenbögen die Lebensraumtypen einer Vielzahl von bedrohten, besonders störungssensiblen sowie laut AGW-Erlass schlaggefährdeten Vogelarten genannt. Aus diesen Gründen wird das Biosphärenreservat in seiner Gesamtheit durch den Planungsträger als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt.

NK 13 Geschützte Waldgebiete (§ 12 Landeswaldgesetz)

Gemäß § 12 Landeswaldgesetz ist in durch Rechtsverordnung zu Schutz- oder Erholungswald erklärten Waldgebieten die Windenergienutzung mit den besonderen Schutzfunktionen nicht vereinbar. Nach den in den Rechtsverordnungen enthaltenen Regelungen über

Ausnahmen und Befreiungen in der Planungsregion ist die Errichtung von baulichen Anlagen, insbesondere WEA, die dem jeweiligen Schutzzweck erheblich zuwiderlaufen, aus rechtlichen Gründen nicht zulässig.

NK 14 Festgesetzte Überschwemmungsgebiete und HQ₁₀₀-Gebiete außerhalb von festgesetzten Überschwemmungsgebieten

Die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten ist in § 76 Absatz 2 WHG (Wasserhaushaltsgesetz) und in § 100 BbgWG (Brandenburgisches Wassergesetz) geregelt. Im Land Brandenburg werden an bestimmten, durch Rechtsverordnung festgelegten Gewässern und Gewässerabschnitten unter anderem diejenigen Gebiete, die bei einem 100-jährlichen Hochwasserereignis überschwemmt oder durchflossen werden, als Überschwemmungsgebiet festgesetzt. Nach § 78 Absatz 4 WHG ist die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach den §§ 30, 33, 34 und 35 BauGB in festgesetzten Überschwemmungsgebieten untersagt.

Davon abweichend kann die zuständige Behörde nach § 78 Absatz 5 WHG die Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage im Einzelfall genehmigen.

In der Planungsregion Oderland-Spree wurden die Überschwemmungsgebiete der Mittleren Spree, der Unteren Spree und der Unteren Oder gemäß § 76 Absatz 2 WHG i. V. mit § 100 Absatz 2 BbgWG festgesetzt. Die durch das Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MLEUV) geplante Festsetzung der Überschwemmungsgebiete des Oderbruchs und der Mittleren Oder befindet sich zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Sachlichen Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree im Verfahren.

Die bereits festgesetzten Überschwemmungsgebiete, sowie die außerhalb von festgesetzten Überschwemmungsgebieten liegenden und von einem 100-jährlichen Hochwasser (HQ₁₀₀) betroffenen Gebiete werden aufgrund hoher Schadensrisiken (Risikogebiete gemäß § 73 WHG), spezifischer Schutzanforderungen (Schutzvorschriften gemäß §§ 78, 78a WHG und § 101 BbgWG) und im Hinblick auf den Länder-übergreifenden Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH) durch den Planungsträger als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt.

NK 15 Oberflächengewässer ab 5 ha

Oberflächengewässer sind entstandene oder künstlich geschaffene Gewässer, die keine oder eine sehr geringe Fließgeschwindigkeit aufweisen. Im Speziellen handelt es sich hierbei um Seen und Teiche. Gemäß § 61 Absatz 1 BNatSchG sind Gewässer ab einer Größe von 1 ha grundsätzlich von Bebauung freizuhalten. Im Einzelfall sind nach § 61 Absatz 3 BNatSchG Ausnahmen zulässig. Seen und Teiche besitzen vielfältige Funktionen für die Landschaft und den Wasserhaushalt. Sie erhöhen die Strukturvielfalt, bieten Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, können als Trittsteine im Biotopverbund dienen oder als Wasser- und Stoffspeicher wirken. Aus diesem Grund sollen sie von der Windenergienutzung freigehalten werden und werden durch den Planungsträger als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt. Aufgrund der planerischen Anwendung der Rotor-Out-Regelung i. V. mit § 61 BNatSchG wird ein Abstand des Rotorradius (vgl. NK 19) eingehalten.

NK 16 Trinkwasserschutzzonen I und II

Gemäß §§ 51, 52 WHG i. V. mit § 15 BbgWG gelten in der festgesetzten Trinkwasserschutzzone I (TWSZ) ein Verbot und in der Zone II eine wesentliche Beschränkung für die

Errichtung und Erweiterung von baulichen Anlagen. Die Windenergienutzung ist in diesen Gebieten daher mit den Schutzziele nicht vereinbar.

NK 17 Bauschutzbereich und Bauhöhenbeschränkung des Flughafens BER

Die Zulässigkeit von Bauvorhaben innerhalb der fachrechtlich festgelegten Bauschutzbereiche des internationalen Flughafens Berlin-Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) in Schönefeld richtet sich nach § 12 Absatz 2 und 3 LuftVG. Der Bauschutzbereich des Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg hat über die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg (22. Jahrgang, Nr. 21, 01.06.2011) Rechtskraft erlangt. Er ragt im Bereich der Gemeinde Gosen-Neu Zittau in das Planungsgebiet hinein. Die Genehmigung von Bauvorhaben steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Oberen Luftfahrtbehörde.

Die Region Oderland-Spree befindet sich im Randbereich der festgelegten Bauhöhenbeschränkung des Flughafens BER. Der betroffene Raum ist aufgrund der Sicherheit des Flugverkehrs von der Bebauung mit WEA freizuhalten. Die Errichtung von raumbedeutsamen WEA ist im Bauschutzbereich und der Planungszone Bauhöhenbeschränkung des Flughafens BER nicht erlaubt. Darüber hinaus können Baubeschränkungen bei Bauschutzbereiche und Anlagenschutzbereiche von Flugplätzen nach §§ 12 – 18a LuftVG Restriktionen ergeben, die bei der Festsetzung der VR WEN zu beachten sind.

NK 18 Betriebsflächen von Flugplätzen und festgesetzte Platzrunden

Durch die Errichtung von WEA in räumlicher Nähe zu Flugplätzen darf die Funktion Letzterer nicht beeinträchtigt werden. Gemäß § 6 LuftVG (Luftverkehrsgesetz) stehen die Betriebsflächen von Flugplätzen (Flughäfen, Landeplätze und Segelfluggelände) für die Windenergienutzung aus rechtlichen Gründen nicht zur Verfügung.

Festgesetzte Platzrunden stehen aus rechtlichen Gründen der Errichtung von WEA ebenfalls entgegen (VGH Mannheim, Urteil vom 13.10.2020, 3 S 526/20). Bei Flugplätzen im Sichtflugbetrieb ist die Sicherung und Fliegbarkeit festgelegter Platzrunden durch Hindernisse nicht zu gefährden. Gemäß § 21 LuftVG i. V. mit NfL (Nachrichten für Luftfahrer) I 92/13 („Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb“) sind die Bereiche innerhalb von Platzrunden von WEA freizuhalten. Um eine Gefährdung auszuschließen, ist ein Mindestabstand von 400 m zum Gegenanflug und von 850 m zu den anderen Teilen von Platzrunden (inkl. Kurventeilen) einzuhalten.

Aufgrund der planerischen Anwendung der Rotor-Out-Regelung wird zur Sicherheit des Luftverkehrs ein Abstand des Rotorradius (vgl. NK 19) zur Platzrunde bei Verkehrs- und Sonderlandeplätzen eingehalten.

Eine konkrete Prüfung zur tatsächlichen Zulässigkeit von WEA erfolgt im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durch die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) und der Deutschen Flugsicherung (DFS)

NK 19 Linienförmige Infrastruktur mit Anbauverbotszone

Die Planungsregion wird von Straßen, Bahnstrecken, Freileitungen, Ferngasleitungen und anderen raumbedeutsamen Infrastrukturen durchzogen. Aus tatsächlichen Gründen können auf diesen Infrastrukturen keine WEA errichtet werden.

Unmittelbar angrenzend an Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen müssen gemäß § 9 Absatz 1 FStrG (Bundesfernstraßengesetz) und § 24 Absatz 1 BbgStrG (Brandenburgisches Straßengesetz) Anbauverbote eingehalten werden. Abstände zu Freileitungen müssen nach DIN EN VDE eingehalten werden. Weiterhin sind alle Planungen und Maßnahmen zur Errichtung und zum Betrieb von WEA auf die Belange des Eisenbahnverkehrs

abzustimmen. Bei der Planung und Genehmigung von WEA sind ebenso die gesetzlichen Belange des Bundeswasserstraßengesetzes (WaStrG) zu berücksichtigen.

Die in der Praxis aufgeführten Anbauverbotszonen sind jeweils von der äußeren Rotorblattspitze zu betrachten. Hierbei wird der Rotor auf Basis der aktuellen Genehmigungen (Stand 2023/2024) angenommen. Darüber hinaus leitet sich dieser Wert auch aus den Rotor-Out-Regelungen des WindBG ab. Zur Ermittlung des Gesamtkorridors werden zur Anbauverbotszone die pauschale Eigenbreite der linienhaften Infrastrukturen und der Rotorradius hinzugerechnet.

| Infrastruktur-trasse | Pauschale Eigenbreite | Anbauverbotszone beidseitig | Gesamtkorridor |
|--------------------------|-----------------------|--|----------------|
| Bundesautobahn | 30 m | 40 m | 260 m |
| Bundesstraßen | 10 m | 20 m | 200 m |
| Landesstraße | 10 m | 20 m | 200 m |
| Kreisstraßen | 10 m | 20 m | 200 m |
| Leitungstrassen > 110 kV | 30 m | 30 m | 240 m |
| Leitungstrassen 110 kV | 20 m | 0 m | 170 m |
| Gasleitungen | | abhängig vom Druck und Durchmesser der Leitung | |
| Bahntrassen | 10 m | 0 m | 160 m |
| Bundeswasserstraßen | 20 m | 0 m | 170 m |

Tabelle 4: Korridore von Infrastrukturtrassen

In der Praxis kann in Einzelfällen auch ein geringerer Abstand möglich oder ein größerer Abstand nötig sein, insbesondere da die Breite der jeweiligen Trasse pauschal angenommen wird. Jedoch sind diese Unterschiede im Maßstab 1:100.000 nicht relevant.

Aufgrund der planerischen Anwendung der Rotor-Out-Regelung wird zur Sicherheit des Bahnverkehrs und der Gleisanlagen zwischen den festgelegten Windenergiegebieten und Regionalbahnstrecken ein Abstand des Rotorradius eingehalten.

Falls ein Abstand von 500 m zur Bundeswasserstraße unterschritten wird, bedarf es gemäß § 31 WaStrG einer Einzelfallprüfung durch das zuständige WSA, um störende bzw. gefährdende Beeinträchtigungen des für die Schifffahrt erforderlichen Zustands der Bundeswasserstraßen und der Sicherheit des Verkehrs auszuschließen.

Eine gesetzliche Vorgabe von Mindestabständen zu 110-kV-Kabelanlagen gibt es nicht. Im vorhabenbezogenen Genehmigungsverfahren wird in der Regel ein Schutzbereich von 10 m Breite als eingetragene Dienstbarkeit gesichert.

Auf einen pauschalen Puffer zu Gasleitungen wird verzichtet, da dieser je nach Durchmesser, Leitungsdruck und Bauart sehr variabel ist. Zudem sind hier im Einzelfall Maßnahmen möglich, welche geringere Abstände zulassen und erst im Genehmigungsverfahren bei Vorliegen der konkreten Anlagenplanung geklärt werden können.

NK 20 Militärische Liegenschaften der Bundeswehr, deren Betreten verboten ist

Militärische Liegenschaften dienen grundsätzlich der militärischen Nutzung und dürfen nicht überplant werden (§ 2 Abs. 2 Nr. 7 ROG). Die Erklärung von Gebieten zu militärischen Schutzbereichen erfolgt per Anordnung durch die Bundeswehr. Die gesetzliche Grundlage

hierfür bildet das Schutzbereichsgesetz (SchBerG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 54-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 13. Mai 2015 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist. In der Region Oderland-Spree befinden sich der Standortübungsplatz Storkow (Mark) mit einem Interessenbereich sowie zwei angeordnete Schutzbereiche: Funkstelle Limsdorf und Munitionsdepot Schneeberg.

NK 21 Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) mit Bebauungsplänen ohne Aussagen zur Windenergienutzung

Rechtskräftige und genehmigte Bebauungspläne für PV-FFA, deren Festlegung die Errichtung von WEA ausschließen und baurechtlich privilegierte und genehmigte PV-FFA Vorhaben gemäß § 35 Absatz 1 BauGB stehen für die Windenergienutzung aufgrund der entgegenstehenden Baugenehmigung nicht zur Verfügung.

Entsprechend dem raumordnerischen Gegenstromprinzip wurden die in Aufstellung befindlichen kommunalen Bauleitpläne für PV-FFA in nachfolgenden Kommunalgesprächen hinsichtlich ihrer Aktualität erneut geprüft und durch den Planungsträger als Negativkriterium berücksichtigt. Flächen, die zu diesem Zweck als Gewerbegebiet (Solarparks) gemäß § 8 BauNVO oder als Sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO in rechtskräftigen Bebauungsplänen festgesetzt sind, werden daher durch den Planungsträger als Negativkriterium in die Abwägung eingestellt.

Bei Sonderbauflächen „Erneuerbare Energien“, die sich im VR WEN befinden, ist der gleichzeitige Betrieb von Windenergie- und Photovoltaikanlagen nur zulässig, sofern der Vorrang der Windenergienutzung (einschließlich Repowering) durch Festsetzungen im Rahmen des aus dem FNP entwickelten Bebauungsplanes wirksam gesichert wird.

Die Voraussetzungen für eine Vereinbarkeit der beiden Nutzungen zur Gewinnung erneuerbarer Energien (Vorrecht des Repowering der WEA; Festsetzungen zum Rückbau der PV-FFA) sind dann durch entsprechende textliche Formulierungen im verbindlichen Bauleitplan zu schaffen. Eine Anrechenbarkeit auf das regionale Teilflächenziel i. S. WindBG ist dann in vollem Umfang gegeben, wenn der Windkraft im betreffenden Gebiet uneingeschränkter Vorrang eingeräumt wird und die PV-FFA nur in untergeordneter Weise errichtet werden; z. B. an solchen Stellen, die aufgrund technisch notwendiger Mindestabstände oder topografischer Gegebenheiten nicht für die Ansiedlung von WEA in Anspruch genommen werden können.

NK 22 Bau-, Gartendenkmale und Denkmalbereiche ab 5 ha

Gemäß § 1 BbgDSchG (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz) sind Denkmale Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg. Die durch Satzung bzw. durch Verordnung unter Schutz gestellten Gartendenkmale und Denkmalbereiche sind gemäß § 2 Absatz 2 Punkt 2 BbgDSchG i. V. mit den Überleitungsbestimmungen gemäß § 28 und § 4 BbgDSchG als Zeugnisse der Siedlungs- und Produktionsgeschichte, des Städtebaus und der Garten- und Landschaftsgestaltung von besonderer Bedeutung. Die Windenergienutzung ist in diesen Bereichen im Sinne des Erhaltungsgebotes gemäß § 7 Absatz 1 BbgDSchG ausgeschlossen, da WEA die gestalterische Gesamtkomposition von Bau-, Garten- und Technikdenkmälern empfindlich stören und somit ihren Denkmalwert mindern würden. Eine regionalplanerische Bedeutung für die Abgrenzung von VR WEN weisen Bau- und Bodendenkmale erst ab einer Größe von 5 ha auf.

NK 23 Flächen der aktiven Rohstoffgewinnung mit Rahmen-, Haupt- und Abschlussbetriebsplänen

Für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ist ein Betriebsplan nach dem Bundesberggesetz (BergG) erforderlich. Rohstoffabbauflächen mit zugelassenen Rahmen-, Haupt- oder Abschlussbetriebsplänen zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe sind gemäß §§ 51 - 55 BBergG mit der Errichtung von WEA (aktiver Bergbau) nicht vereinbar.

Einzelfallbezogene Kriterien (EK)

EK 01 Naturparke

Gemäß § 27 BNatSchG gehört der Erhalt, die Entwicklung oder Wiederherstellung der durch vielfältige Nutzung, Arten- und Biotopvielfalt und für die Erholung besonders geeigneten großräumigen Landschaften zu den wesentlichen Schutzzwecken von Naturparken. In Naturparken werden ein naturverträglicher Tourismus und eine nachhaltige Regionalentwicklung angestrebt. In der Planungsregion befinden sich die Naturparke „Barnim“, „Dahme-Heideseen“, „Märkische Schweiz“ und „Schlaubetal“. Diese Großschutzgebiete sind in wesentlichen Teilen ihrer Fläche als Natur- oder Landschaftsschutzgebiet geschützt. Bereiche der Naturparke, die diese Schutzkategorien nicht aufweisen, können für die Ausweisung als VR WEN in Betracht gezogen werden.

EK 02 Landschaftsschutzgebiete

Laut § 26 BNatSchG gehören der Schutz der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft sowie der Erhalt der Erholungsfunktion zu den wesentlichen Schutzzwecken von rechtsverbindlich festgesetzten Landschaftsschutzgebieten (LSG). Gemäß § 26 Absatz 3 BNatSchG können Windenergiegebiete in Landschaftsschutzgebieten ausgewiesen werden. Die Genehmigung von Windenergieanlagen in diesen Windenergiegebieten bedarf dann keiner Ausnahme oder Befreiung.

Die Empfehlungen des MLUK (jetzt MLEUV) zum Umgang mit Landschaftsschutzgebieten und den artenschutzrechtlichen Verboten bei der Planung von VR WEN vom 04.04.2023 enthalten folgende Aussagen/Hinweise zum Umgang mit den Landschaftsschutzgebietsverordnungen:

Aufgrund der Bedeutung der LSG für eine geordnete Raumentwicklung wird empfohlen, LSG als VR WEN nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn die im WindBG i. V. mit dem BbgFzG vorgegeben Flächenziele nicht auf umweltverträglichere Weise erreichbar sind.

Unter der Voraussetzung, dass die Flächenziele nicht ohne Inanspruchnahme von LSG erreichbar sind, können vorrangig Flächen, die am Rand eines LSG liegen oder lediglich teilweise in ein LSG hineinragen oder in Bezug auf die Erreichung der Schutzzwecke eines LSG nicht von essenzieller Bedeutung sind, als VR WEN genutzt werden. Sofern dieser Fall eintritt, macht der Planungsträger von diesem Abwägungsspielraum Gebrauch. Die RPG folgt dieser Empfehlung und würde Landschaftsschutzgebiete nur so weit in Anspruch nehmen, wie es zum Erreichen des Flächenziels notwendig wäre.

Auf Grund des Erreichens des regionalen Teilflächenziels von mehr als 1,8 % außerhalb der in der Region befindlichen LSG wurden durch den Planungsträger keine Vorranggebiete innerhalb dieses Abwägungskriteriums festgelegt.

EK 03 Artenschutzrechtliche Belange

Der Bundesgesetzgeber hat die Maßstäbe nach denen fachlich zu beurteilen ist, ob nach § 44 Absatz 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von WEA signifikant erhöht ist, im § 45b BNatSchG abschließend geregelt. Zur Anwendung der §§

45b-45d BNatSchG für die artenschutzrechtliche Prüfung in Bezug auf Vögel und Fledermäuse ist im Land Brandenburg am 14.06.2023 der Erlass zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für WEA (AGW-Erlass) in Kraft getreten.

Zur Anwendung dieser Vorschriften werden durch die Empfehlungen des MLUK zum Umgang mit Landschaftsschutzgebieten und den artenschutzrechtlichen Verboten bei der Festlegung von VR WEN vom 04.04.2023 folgende Aussagen getroffen:

- Nahbereich (§ 45b Absatz 2 BNatSchG)

Der Nahbereich ist aufgrund der gesetzlichen Festlegung, dass ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko regelmäßig gegeben ist, grundsätzlich nicht für die Festlegung als VR WEN in Betracht zu ziehen.

- Zentraler Prüfbereich (§ 45b Absatz 3 BNatSchG)

Der zentrale Prüfbereich kann aufgrund der vom Bundesgesetzgeber aufgestellten Regelannahme, dass ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko nicht gegeben ist, in Ausnahmefällen für die Festlegung als VR WEN in Betracht gezogen werden. Sofern in den zentralen Prüfbereich hineingeplant werden soll, hat eine maßstabsangemessene artspezifische Auseinandersetzung mit dem Artenschutz durch den Planungsträger im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung (SUP) zu erfolgen. Ein pauschaler Ausschluss von Flächen im zentralen Prüfbereich widerspräche dem erklärten Ziel des Vierten Gesetzes zur Änderung des BNatSchG vom 20.07.2022. § 45b BNatSchG sieht die Möglichkeit für die Realisierung von WEA innerhalb des zentralen Prüfbereichs vor, sofern eine Minderung der signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos durch fachliche anerkannte Schutzmaßnahmen möglich ist. Unter der Voraussetzung, dass gemäß den bundesrechtlichen Vorgaben die Inanspruchnahme des Zentralen Prüfbereichs zum Erreichen der Flächenziele für die Festlegung von VR WEN erforderlich ist, macht der Planungsträger im Einzelfall von diesem Abwägungsspielraum Gebrauch.

- Erweiterter Prüfbereich (§45b Absatz 4 BNatSchG)

Der erweiterte Prüfbereich kann aufgrund der vom Bundesgesetzgeber aufgestellten Regelannahme, dass ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko nicht gegeben ist, allgemein für die Festlegung als VR WEN in Betracht gezogen werden. Eine Ausnahme bildet der Fall, dass die Regelvermutung nach § 45b Absatz 4 Nr. 1 BNatSchG durch die zuständige Naturschutzbehörde widerlegt werden kann.

-Außerhalb des erweiterten Prüfbereichs (§ 45b Absatz 5 BNatSchG)

Flächen außerhalb des erweiterten Prüfbereichs können regelmäßig für die Festlegung als VR WEN in Betracht gezogen werden.

Die vorgenannten Empfehlungen des MLUK gelten nicht für Gebiete, die schon mit WEA bebaut sind oder in denen solche genehmigt wurden, aber noch nicht realisiert sind. In diesen Gebieten ist in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt (LfU) zu klären, wie die Flächen auf der Basis der geänderten Rechtslage zu beurteilen sind. Hierbei sollte es das gemeinsame Ziel von Naturschutz und Regionalplanung sein, Flächen mit Bestandsanlagen möglichst vollständig in die Kulisse der Vorranggebiete zu integrieren. Daher werden Bestandswindparks innerhalb des zentralen Prüfbereichs in der Regel bei der Planung von VR WEN berücksichtigt.

Die Empfehlungen des MLUK zum Umgang mit LSG und den artenschutzrechtlichen Verboten besagen zudem, dass auf Ebene der Regionalplanung Fledermäuse nicht berücksichtigt werden müssen, da die artenschutzrechtlichen Anforderungen im Rahmen der Genehmigungsverfahren bewältigt werden können.

EK 04 Biotopverbundkonzept/ Kernflächen gemäß LaPro und LRP

Durch das Landschaftsprogramm Brandenburg (LaPro) werden die überörtlichen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Land Brandenburg dargestellt (§ 10 BNatSchG i.V. mit § 4 BbgNatSchAG). Diese sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen in der Abwägung nach § 7 Absatz 2 ROG zu berücksichtigen (§ 10 Absatz 3 BNatSchG).

Die im Entwurf des Sachlichen Teilplans „Biotopverbund Brandenburg“ beschriebene Herstellung eines funktionalen Biotopverbunds „soll auch zur Verbesserung des Zusammenhangs des Netzes ‚Natura 2000‘ beitragen“ (Landschaftsprogramm Brandenburg, Schutzgutbezogene Zielkonzepte, 3.7 Landesweiter Biotopverbund, März 2016, S. 11).

Dabei stellt die Verknüpfung der Kernflächen des Biotopverbunds über die Verbindungsflächen einen funktionalen Zusammenhang her. Zentrale Ziele beim Aufbau des Biotopverbunds gemäß §§ 20, 21 BNatSchG sind der Erhalt der biologischen Vielfalt, die Sicherung von Mindestarealen, die Minimierung von Störungen und der genetische Austausch schützenswerter Zielarten.

Der Landschaftsrahmenplan (LRP) ist der Fachplan des Naturschutzes auf regionaler Ebene. Der LRP konkretisiert die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Landkreise und kreisfreien Städte und erarbeitet Maßnahmen und Erfordernisse zur Verwirklichung dieser Ziele.

Die im LaPro und Landschaftsrahmenplänen dargestellten Kernflächen des Biotopverbundsystems sind als ein abwägungsrelevanter Belang zu berücksichtigen. Die Kern- und Verbindungsflächen des landesweiten Biotopverbundkonzepts sollen auf der Ebene der Landschaftsrahmenpläne inhaltlich und räumlich konkretisiert werden. So sind im digitalen Landschaftsrahmenplan (LRP) des Landkreises Oder-Spree Schwerpunktbereiche für die Umsetzung des Biotopverbundes gemäß § 21 BNatSchG mit Kern-, Verbindungs- und Entwicklungsflächen ausgewiesen. Der Entwurf des Landschaftsplans der Stadt Frankfurt (Oder) befindet sich, Stand Januar 2025, im Verfahren zur Neuauufstellung. Der LRP für den Landkreis Märkisch-Oderland liegt noch nicht vor und befindet sich in Erarbeitung.

Unter der Voraussetzung, dass gemäß den bundesrechtlichen Vorgaben die Inanspruchnahme der Kernflächen des Biotopverbunds zum Erreichen der Flächenziele für die Festlegung von VR WEN erforderlich ist, macht der Planungsträger im Einzelfall von diesem Abwägungsspielraum Gebrauch.

Auf Grund des Erreichens des regionalen Teilflächenziels von mehr als 1,8 % außerhalb der in der Region befindlichen Kernflächen des Biotopverbunds wurden durch den Planungsträger keine Vorranggebiete innerhalb dieses Abwägungskriteriums festgelegt.

EK 05 Gebiete mit hochwertigem Landschaftsbild gemäß LaPro

Durch das Landschaftsprogramm Brandenburg (LaPro) werden die überörtlichen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Land Brandenburg dargestellt (§ 10 BNatSchG i.V. mit § 4 BbgNatSchAG). Diese sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen in der Abwägung nach § 7 Absatz 2 ROG zu berücksichtigen (§ 10 Absatz 3 BNatSchG).

Das LaPro wurde im Jahr 2001 aufgestellt und hat mit dem 2023 fertiggestellten Sachlichen Teilplan „Landschaftsbild“ seine erste Fortschreibung erfahren. Für jeden Landschaftsraum wurden auf Grundlage der Landschaftsbildbewertung Leitbilder eines wünschenswerten Zustands entwickelt. Die Ergebnisse der Analysen zu Bestand, Bewertung und Planung wurden für jeden der 35 Landschaftsbildräume zusammengefasst und in Steckbriefen aufbereitet.

Für die Festlegung von VR WEN ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen: „WEA wirken sich aufgrund ihres technischen Charakters, ihrer Dimension und der Bewegung und Befeuerung stark auf das Landschaftsbild aus“ (LaPro, Teilplan „Landschaftsbild“, 2022, S.13). Gemäß Ziel Z 5 Sachlicher Teilplan „Landschaftsbild“ ist es erforderlich, dass bei der Standortplanung von WEA landschaftsästhetische Aspekte beachtet werden. Bei der Festlegung von VR WEN werden insbesondere die in der Bewertungs- und Planungskarte des Sachlichen Teilplans „Landschaftsbild“ dargestellten Landschaftsbildräume mit hoher oder sehr hoher Landschaftsbildqualität berücksichtigt.

Unter der Voraussetzung, dass gemäß den bundesrechtlichen Vorgaben die Inanspruchnahme von besonders hochwertigen Landschaftsbildräumen zum Erreichen der Flächenziele für die Festlegung von VR WEN erforderlich ist, macht der Planungsträger im Einzelfall von diesem Abwägungsspielraum Gebrauch. Der Planungsträger hat alle im Regionalplanentwurf festgelegten VR WEN auf einer Maßstabsebene von 1:300.000 geprüft und keine Überschneidung mit den Landschaftsräumen mit hoher oder sehr hoher Landschaftsbildqualität festgestellt.

Auf Grund des Erreichens des regionalen Teilflächenziels von mehr als 1,8 % außerhalb der in der Region befindlichen Landschaftsbildräume mit hoher oder sehr hoher Landschaftsbildqualität wurden durch den Planungsträger keine Vorranggebiete innerhalb dieses Abwägungskriteriums festgelegt.

EK 06 Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gemäß LaPro ab 5 ha

Durch das Landschaftsprogramm Brandenburg (LaPro) werden die überörtlichen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Land Brandenburg dargestellt (§ 10 BNatSchG i.V. mit § 4 BbgNatSchG). Diese sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen in der Abwägung nach § 7 Absatz 2 ROG zu berücksichtigen (§ 10 Absatz 3 BNatSchG).

In Fortschreibung des „Schutzgutes Boden“ im LaPro wurden im Jahr 2020 in einem gemeinsamen Projekt des MLUK, des LfU und des Landesamts für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) u. a. „Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung aus Bodenschutzsicht“ erfasst.

Die Beurteilung der Funktionsausprägung der Moorböden beruht im Wesentlichen auf den drei Funktionen Archivfunktion, Naturnähe des Moorbodens und der Funktion als Kohlenstoffspeicher. Übergeordnetes schutzgutbezogenes Ziel ist der Erhalt dieser Böden.

Bei der Festlegung von VR WEN wird das Schutzgut Boden beachtet, insbesondere die in der Karte „Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung aus Bodenschutzsicht“ dargestellten Moorböden mit einer sehr starken oder starken Funktionsausprägung werden berücksichtigt. „Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung“ mit einer geringen Größe oder flächenhaften Ausdehnung (kleiner als 5 ha) können maßstabsbedingt in Windenergiegebiete integriert werden.

Unter der Voraussetzung, dass gemäß den bundesrechtlichen Vorgaben die Inanspruchnahme von Moorböden mit einer starken oder sehr starken Funktionsausprägung mit einer

Größe von mehr als 5 ha zum Erreichen der Flächenziele für die Festlegung von VR WEN erforderlich ist, macht der Planungsträger im Einzelfall von diesem Abwägungsspielraum Gebrauch.

Auf Grund des Erreichens des regionalen Teilflächenziels von mehr als 1,8 % außerhalb der in der Region befindlichen Moorböden mit einer starken oder sehr starken Funktionsausprägung wurden durch den Planträger keine Vorranggebiete innerhalb dieses Abwägungskriteriums festgelegt.

EK 07 Geschützte Landschaftsbestandteile (GLB) ab 5 ha

Gemäß § 29 Absatz 1 BNatschG ist für geschützte Landschaftsbestandteile ein besonderer Schutz erforderlich. Dieser bezieht sich sowohl auf den Schutz der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes als auch auf die Abwehr schädlicher Einwirkungen und auf die Bedeutung von GLB als Lebensstätten bestimmter wildlebender Tier- und Pflanzenarten. Bei den GLB handelt es sich häufig um Kleingewässer, Moorstandorte oder Lebensräume seltener Tier- und Pflanzenarten. Aufgrund dessen können Pflegemaßnahmen notwendig werden, um den Charakter des Schutzobjektes zu erhalten. Diese Art von Eingriffen in den GLB sind erlaubt. Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung führen, sind hingegen verboten (§ 29 Absatz 2 BNatSchG). Gesetzlich geschützte GLB mit einer geringen Größe oder flächenhaften Ausdehnung der geschützten Objekte (kleiner als 5 ha) können maßstabsbedingt in Windenergiegebiete integriert werden. Der Schutzstatus der GLB wird hierdurch nicht aufgehoben. Unter der Voraussetzung, dass gemäß den bundesrechtlichen Vorgaben die Inanspruchnahme von GLB zum Erreichen der Flächenziele für die Festlegung von VR WEN erforderlich ist, würde der Planungsträger im Einzelfall von diesem Abwägungsspielraum Gebrauch machen.

Auf Grund des Erreichens des regionalen Teilflächenziels von mehr als 1,8 % außerhalb der in der Region befindlichen Geschützte Landschaftsbestandteile wurden durch den Planträger keine Vorranggebiete innerhalb dieses Abwägungskriteriums festgelegt.

EK 08 Wälder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen ab 5 ha

Der Wald gehört zu den wertvollen natürlichen Gütern, die es nachhaltig zu schützen, zu pflegen und zu bewirtschaften gilt. In der Planungsregion Oderland-Spree beträgt der Wald-Anteil 38 % der Gesamtfläche. Wälder sind gemäß § 1 Landeswaldgesetz von besonderer Bedeutung für die Allgemeinheit. Die Eigenschaften und die Wirkungen des Waldes, aber auch die Notwendigkeit seines Schutzes vor nachteiligen Einwirkungen spiegeln sich in den Waldfunktionen wider. In der Kartierung der Waldfunktionen des Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde (LFE) werden die Schutz- und Erholungsfunktionen sowie Sonderfälle der Nutzfunktion (nicht betretbare Flächen, nicht bewirtschaftbare Flächen) erfasst und dargestellt. Die Kartierung der nicht kompensierbaren Waldfunktionen erfolgt durch die Forstbehörden auf Basis forstlicher Abteilungen.

Nicht kompensierbare Waldfunktionen laut Erlass des MLUK vom 25.10.2023:

- 0100 Geschütztes Waldgebiet mit Rechtsbindung nach § 12 LWaldG
 - 5400 kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet
 - 7100 Wissenschaftliche Versuchsfläche
 - 7200 Naturwald
 - 7300 Arboretum
 - 7520 Samenplantage
 - 7710 Wald mit hoher ökologischer Funktion
 - 8101 Erholungswald, Intensivstufe 1
-

8200 Erholungswald mit Rechtsbindung nach § 12 LWaldG.

Bei der Festlegung von VR WEN wurden die im Erlass des MLUK vom 25.10.2023 zur „Berücksichtigung von § 2 EEG im Umgang mit Entscheidungen zur Waldumwandlungen“ festgelegten schützenswerten Waldfunktionen, die einer Waldumwandlung im Zuge von WEA-Genehmigungsverfahren nach § 8 LWaldG entgegenstehen, auf Basis der Kartierung der Waldfunktionen des Landesbetriebs Forst Brandenburg, Stand 01.01.2023, berücksichtigt. Die Bewertung der Schutz-, Erholungs- und Nutzfunktionen von Wäldern hinsichtlich ihrer Eignung für die Windenergienutzung erfolgt im Rahmen der Einzelfallabwägung. Hierbei werden sowohl die Maßstabsebene der Regionalplanung (zusammenhängende Waldflächen mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen größer als 5 ha), die räumliche Lage (Begrenzung von VR WEN anhand von Waldfunktionen), die landschaftsprägende infrastrukturelle Vorprägung (z.B. WEA-Bestand) als auch einzelne Waldfunktionen differenziert betrachtet.

In einem Windenergiegebiet werden tatsächlich nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen (Standorte der WEA). Es ist daher im sich anschließenden BImSchG-Verfahren möglich, durch die Waldfunktionskartierung identifizierte, besonders sensible Waldstandorte von der Bebauung mit WEA auszunehmen, ohne das Windvorranggebiet an sich in Frage zu stellen. Die o. g. nicht kompensierbaren Waldfunktionen sind in nachfolgenden Genehmigungsverfahren als Vorranggebiet Wald in die Planung aufzunehmen. Bei allen übrigen Waldflächen sind im mindestens gleichem Flächenumfang Freiflächen für Ersatzaufforstungen sowie ggf. weitere waldbauliche und walddöologische Gestaltungsmaßnahmen vorzusehen.

Im Planentwurf werden gesamträumlich ca. 120 ha von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen für die Ausweisung der VR WEN in Anspruch genommen (= 0,28 % Flächenanteil aller Wälder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen). Der Landesbetrieb Forst Brandenburg hat den im Planentwurf dargestellten VR WEN unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt.

EK 09 Trinkwasserschutzzonen III, III A und III B

Gemäß §§ 51, 52 WHG i. V. mit § 15 BbgWG gelten in den festgesetzten Trinkwasserschutzzonen III, III A und III B Schutzbestimmungen für die Errichtung und Erweiterung von baulichen Anlagen. Im Fall, dass durch eine Wasserschutzgebietsverordnung (WSG-VO) ein für die Zonen III, III A und III B dem Bau von WEA entgegenstehendes Verbot angeordnet wurde (z. B. Bauverbot, Waldumwandlungsverbot), ist im Hinblick auf die Möglichkeit einer späteren Befreiung von dem Verbot der WSG-VO die Vereinbarkeit mit der Windenergienutzung mit dem Schutzzweck des WSG unter Beteiligung der unteren Wasserbehörden im Einzelfall zu prüfen. Aus diesem Grund ist die Ansiedlung von WEA in den Wasserschutzzonen III nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Trinkwasserschutzzonen mit einer geringen Größe oder flächenhaften Ausdehnung (kleiner als 5 ha) können maßstabsbedingt in Windenergiegebiete integriert werden. Eine Festlegung von VR WEN für die Windenergienutzung innerhalb dieser Zonen kann unter Berücksichtigung der jeweiligen WSG-VO in Betracht gezogen werden.

EK 10 HQ_{extrem} Gebiete

In Gebieten, die bei Extremereignissen oder einem Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit mit einem voraussichtlichen Wiederkehrintervall von mindestens 200 Jahren überflutet werden (HQ_{extrem}), besteht kein generelles Bauverbot. Eine Festlegung von VR WEN innerhalb der in den Gefahrenkarten (gemäß § 74 Absatz 2 Nr. 1 WHG) dargestellten HQ_{extrem} Gebiete ist im Einzelfall zu prüfen.

EK 11 Prüfbereich um Wetterradarstationen des Deutschen Wetterdienstes

Nach § 35 Absatz 3 Satz 1 Nr. 8 BauGB liegt eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange insbesondere dann vor, wenn das Vorhaben die Funktionsfähigkeit von Funkstellen und Radaranlagen stört. Hierzu zählen grundsätzlich auch die Wetterradaranlagen des Deutschen Wetterdienstes (DWD).

Der DWD betreibt zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages ein umfangreiches Messnetz zur Erfassung verschiedener meteorologischen Größen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr haben in einem gemeinsamen Maßnahmenpapier vom 5. April 2022 zusammen mit dem DWD beschlossen, dass der Prüfradius bei Wetterradaranlagen ab dem Jahr 2024 von 15 km auf 5 km reduziert werden soll. In Anlehnung an die internationalen Richtlinien der WMO (Weltorganisation für Meteorologie) sollen der nähere Umkreis von 5 km um das Wetterradar Prötzel und das Windprofiler-Radar Lindenberg von WEA freigehalten werden.

Aus der Rechtsprechung der Obergerichte und des Bundesverwaltungsgerichts ist abzuleiten, dass nicht jede erdenkliche Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit einer Wetterradanlage als öffentlicher Belang einem WEA-Vorhaben entgegengehalten werden kann, „sondern durch die die Erzielung der im Hinblick auf die Aufgabenstellung des DWD erwünschten Ergebnisse verhindert, verschlechtert, verzögert oder spürbar erschwert wird (OVG Koblenz, Urteil vom 13.01.2016 – 8 A 10535/15; so auch Bayerischer VGH, Urteil vom 18.09.2015 – 22 B 14.1263; bestätigt durch Bundesverwaltungsgericht, Urteile vom 22.09.2016 – 4 C 6/15, 4 C 2/16). Ob und inwieweit eine signifikante Störung und Beeinträchtigung der Radar- und Wetterradarmessungen durch eine moderne WEA das Gewicht eines entgegenstehenden öffentlichen Belangs (= Funktionsfähigkeit der Wetterradanlage) hat, kann aufgrund der Vielzahl der Einflussfaktoren und der physikalischen Komplexität des Systems bei einer Distanz von weniger als 5 km zum Radar nur im Einzelfall geprüft werden. Die Prüfbereiche um das Wetterradar Prötzel und das Windprofiler-Radar Lindenberg werden daher als einzelfallbezogenes Abwägungskriterium in die Abwägung eingestellt.

EK 12 Interessensgebiete von Luftverteidigungsradaranlagen und Flugbeschränkungsgebiete

In Interessensgebieten von Verteidigungsradaranlagen können WEA die Funktionsfähigkeit dieser Anlagen stören. Die Störeinflüsse auf militärische Radarsysteme durch WEA sind abhängig von deren Anzahl und räumlichen Anordnung.

Eine abschließende Entscheidung über die Errichtung von WEA kann erst im immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erfolgen, bei dem regelmäßig die Zustimmung des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) gemäß § 12 Absatz 2 und § 14 LuftVG erforderlich ist. Der Schutz der militärischen Flugsicherungseinrichtungen erfolgt gemäß § 18a LuftVG. In Berlin-Tempelhof und Döbern befinden sich zwei Luftverteidigungsradaranlagen, deren erweitertes Interessensgebiet 50 km beträgt. Durch entsprechende Standort- und Bauhöhenfestlegungen von

WEA im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens können Radarbeinträchtigungen der in die Radarsicht hineinragenden VR WEN gemindert werden. In Bezug auf die Jettiefflugstrecke (Flugbeschränkungsgebiet ED-R 150 für das Nachttief-flugstreckensystem für Strahlflugzeuge) ist zu berücksichtigen, dass ab einer Bauhöhe von 213 m über Grund Luftfahrthindernisse wie WEA im Einzelfall zu prüfen sind. Eine grundsätzliche Höhenbeschränkung ist hierdurch nicht gegeben.

Militärische Funkanlagen können durch WEA ebenfalls beeinträchtigt werden.

Über eine mögliche Störung der militärischen Belange wird in Abhängigkeit vom geplanten WEA-Standort und dessen Bauhöhe im Rahmen des Genehmigungsverfahrens individuell entschieden.

EK 13 Bauschutzbereiche und Hindernisbegrenzungsflächen von Flugplätzen

Die Belange der zivilen Luftfahrt werden durch WEA grundsätzlich berührt, da diese bei einer Bauhöhe von 100 m über Grund Luftfahrthindernisse darstellen. Gemäß § 14 Absatz 1 LuftVG ist eine luftrechtliche Zustimmung der zuständigen Luftfahrtbehörde erforderlich. Innerhalb des Baugenehmigungs- oder immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens bedarf jede WEA gemäß § 12 Absatz 2 und § 14 LuftVG der Zustimmung durch die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB). Innerhalb von Bauschutzbereichen (§ 12 und § 17 LuftVG) und Hindernisbegrenzungsbereichen (§ 18b LuftVG) sichern Bauhöhenbeschränkungen den Flugbetrieb von Verkehrs- und Sonderlandeplätzen. Auch Anflugkorridore für Landeplätze können der Festlegung von VR WEN entgegenstehen. Die LuBB hat den im Planentwurf dargestellten VR WEN unter Beachtung der Bauschutzbereiche und Hindernisbegrenzungsbereiche von Verkehrs- und Sonderlandeplätzen zugestimmt.

Für die Hubschrauber-Sonderlandeplätze ist derzeit kein Bauschutzbereich festgelegt. Hier sind die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu der jeweiligen Genehmigung der Anlage und des Betriebs vom 19.12.2005 zu beachten. Ob und inwieweit die Nutzung von Modellfluggeländen beeinträchtigt bzw. ausgeschlossen werden kann, kann erst im konkreten Genehmigungsverfahren für die WEA beurteilt werden. Die Überprüfung der Betroffenheit von Belangen der zivilen Luftfahrt aus luftfahrtrechtlicher Sicht bedarf der Einzelfallbewertung.

EK 14 Anlagenschutzbereiche von Flugsicherungseinrichtungen und Beeinflussungsbereiche von Telekommunikationsanlagen

Durch die Errichtung von WEA innerhalb des Anlagenschutzbereiches von Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG DVOR und VOR-Navigationsanlagen) darf deren Funktion nicht beeinträchtigt werden. Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens erfolgt gemäß Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) vom 07.04.2016 eine abschließende Entscheidung des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung (BAF), ob eine Störung im Sinne § 18a LuftVG vorliegt. Die gutachterliche Stellungnahme der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) erfolgt auf der Grundlage exakter Angaben zum Standort, zur Höhe und Bauausführung der WEA. Gemäß § 12 Absatz 2 und § 14 LuftVG ist die Zustimmung zur Errichtung von WEA durch die Obere Luftfahrtbehörde erforderlich. Seit Oktober 2022 werden alle bislang aufgrund von prognostizierten Störungen des Drehfunkfeuers (VOR) Fürstenwalde nach § 18a LuftVG abgelehnten WEA-Vorhaben nach Angaben des BAF in Abhängigkeit von der Entfernung der WEA-Standorte zum VOR Fürstenwalde einer modifizierten Bewertungsmethode unterzogen. Nach Informationen der DFS ist vorgesehen, dass die VOR FWE (Fürstenwalde/Spree) im Jahr 2025 abgebaut wird. Am VOR-Standort verbleibt die Funkentfernungsmessanlage – (DME) mit einem An-

lagenschutzbereich von drei Kilometern. Der erweiterte Anlagenschutzbereich der Primär-radaranlage (PSR) Berlin-Schönefeld ragt im Bereich der Gemeinde Spreenhagen in das Planungsgebiet hinein.

Gemäß § 35 Absatz 3 Satz 1 Nr. 8 BauGB soll die Funktionsfähigkeit von Funkstellen und Radaranlagen nicht beeinträchtigt werden.

Durch Vorhaben der Windenergienutzung können der Betrieb von Richtfunkstrecken und Rundfunk sowie das Sendernetz für die Flugzeugversorgung gestört werden. Der störungs-freie Funkbetrieb ist nur dann gewährleistet, wenn bauliche Hindernisse die Ausbreitung der elektromagnetischen Schwingungen nicht unzulässig beeinträchtigen.

Ob Störungen oder Beeinträchtigungen für die Richtfunkstrecken und den Rundfunk zu erwarten sind, kann nur im Rahmen des anlagenbezogenen Genehmigungsverfahrens beurteilt werden. Durch einen Schutzbereich wird die Nutzbarkeit der Windenergiegebiete nicht eingeschränkt, da i. d. R. die Belange der Träger der Telekommunikation und der Rundfunkbetreiber im Rahmen der konkreten Standortwahl berücksichtigt werden.

EK 15 Wirkungsräume von Denkmälern mit besonderem Raumbezug

Gemäß § 9 Absatz 2 des Brandenburgisches Denkmalschutzgesetzes (BbgDSchG) sind denkmalpflegerische Belange nur noch bei Denkmälern mit besonderem Raumbezug (besonders landschaftsprägende Denkmale) zu berücksichtigen. Bei allen anderen Denkmälern kann die Genehmigung von WEA aufgrund entgegenstehender denkmalpflegerischer Belange nicht versagt werden. Die besonders landschaftsprägenden Denkmale werden von der Oberen Denkmalfachbehörde nach denkmalfachlichen Kriterien bestimmt. Diese sind neben Welterbestätten insbesondere Denkmale von besonderer städtebaulicher oder künstlerischer (architektur-, bau- oder gartenkünstlerische) Bedeutung, deren Wirkung aufgrund der denkmalbegründenden Eigenschaften oder der topographischen Situation in besonderem Maße durch ihre Umgebung oder herausragende Sichtbeziehungen geprägt ist.

In der Auflistung aller Denkmale mit besonderem Raumbezug des Landes Brandenburg vom 01.08.2023 werden in der Region Oderland-Spree folgende Denkmale benannt:

- Bad Saarow: Bahnhofsanlage mit Vorplatz
- Beeskow: Historische Standanlage mit Stadtbefestigung und Burganlage
- Neuzelle: Ortskern mit Klosteranlage Stift Neuzelle, Freiflächen und Klostergarten
- Steinhöfel: Herrenhaus und Park mit Bibliotheksgebäude
- Neuhardenberg: Dorfkern, Kirche und Gutsanlage mit Schloss und Park
- Neulietzgröbke: Friderizianisches Kolonistendorf
- Seelow: Gedenkstätte Seelower Höhen und „Simonsche Anlagen am Schweizerhaus“.

Innerhalb der durch die Obere Denkmalfachbehörde (Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM)) ermittelten Wirkungsräume soll im Einzelfall untersucht werden, ob durch das Vorhaben denkmalfachliche Belange betroffen sind. Wirkungsräume sind Bereiche, welche für das Erscheinungsbild und die Denkmalbegründung wichtig sind und in denen WEA den Denkmalwert der jeweiligen Denkmale erheblich beeinträchtigen können.

Die Wirkungsräume entfalten keine Ausschlusswirkung für die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung von WEA. Für die Ausweisung von VR WEN innerhalb der Wirkungsräume bedarf es einer Einzelfallbewertung seitens der Oberen Denkmalfachbehörde. Die Abstimmung mit dem BLDAM ist erfolgt: „Es gibt nur geringfügige Überschneidungen der Wirkungsbereiche der jeweiligen Denkmale mit Raumbezug zu den geplanten VR WEN, so dass nicht mit erheblichen visuellen Beeinträchtigungen durch geplante WEA auf die Denkmale zu rechnen ist. Im VR WEN 58 ist im Genehmigungsverfahren der Grad

der Beeinträchtigung durch Simulationen / Visualisierungen konkret geplanter WEA dem BLDAM als Entscheidungsgrundlage darzustellen“ (Stellungnahme BLDAM zum Planentwurf).

Gemäß Verwaltungsvorschrift des MWFK (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (VV EED) vom 20.07.2023 (Abl. Nr. 32, S. 762) kommt nur bei einer Irreversibilität, einer erheblichen Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes des betroffenen Denkmals beziehungsweise Denkmalbereiches oder einem mehr als geringfügigen Eingriff in die denkmalgeschützte Substanz eine Versagung in Betracht.

Sollten innerhalb der Wirkungsräume neue WEA geplant werden, sind dafür im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens entsprechende beurteilungsfähige Fachgutachten vorzulegen, aus welchen sich der jeweils zu erwartende Einfluss auf das Denkmal und damit der Grad einer zu erwartenden Beeinträchtigung ermitteln lässt.

EK 16 Bodendenkmale ab 5 ha

Gemäß §§ 1-2 BbgDSchG sind Bodendenkmale als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg gesetzlich geschützt. Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbehörde zu dokumentieren. Daraus ergibt sich, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für die Errichtung von WEA im Einzelfall die Betroffenheit in Abstimmung mit der Denkmalschutzbehörde individuell zu beurteilen ist (Einzelfallabwägung).

Unter der Voraussetzung, dass gemäß den bundesrechtlichen Vorgaben die Inanspruchnahme von Bodendenkmalen zum Erreichen der Flächenziele für die Festlegung von VR WEN erforderlich ist, macht der Planungsträger im Einzelfall von diesem Abwägungsspielraum Gebrauch. Kulturgeschichtlich bedeutende Bodendenkmale gemäß § 7 Absatz 1 BbgDSchG mit einer geringen Größe oder flächenhaften Ausdehnung (kleiner als 5 ha) können maßstabsbedingt in Windenergiegebiete integriert werden. Der Schutzstatus der gesetzlich geschützten Bodendenkmale wird hierdurch nicht aufgehoben.

EK 17 Europäisches Kulturerbe

Das Oderbruch erhielt 2022 als erste Kulturlandschaft das Europäische Kulturerbe-Siegel. Mit dem Siegel wurde die Landschaft als kulturelles Erbe ausgezeichnet, weil die kulturelle und ingenieurtechnische Geschichte des in Folge der groß angelegten Melioration des preußischen Königs Friedrich II. im 18. Jahrhundert entstandenen größten besiedelten Flusspolders Europas in besonderer Weise symbolisiert wird. Die Siedlungsgeschichte des Oderbruchs ist durch eine außergewöhnliche Dichte an gut erhaltenen Baudenkmalen, Fischerdörfern, Kolonistendörfern und Loose-Gehöften deutlich geprägt.

Anhand der durch die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Kulturerbe Oderbruch ausgewiesenen 44 Kulturerbe-Orten (www.kulturerbe-oderbruch.de/orte) ist die Kulturlandschaft besonders erlebbar. Bauernhöfe, Dorfstrukturen, Denkmale, zahlreiche kleine Museen sowie Zeugnisse der Zuckerproduktion und des Gemüseanbaus geben ein unverwechselbares Bild der Siedlungs- und Wirtschaftsgeschichte des riesigen Flusspolders (1.200 Gewässerkilometer, vierzig Schöpfwerke und 300 Wehr- und Stauanlagen).

Laut Gutachten zur Fortschreibung LaPro Teilplan „Landschaftsbild“ ist die Empfindlichkeit des Landschaftsbildes von Offenlandschaften, wie das Oderbruch, gegenüber WEA mit einer Höhe ab 200 m sowie gegenüber großflächigen PV-FFA sehr hoch. Es besteht daher

ein erhebliches Konfliktrisiko in Bezug auf das Prädikat Europäisches Kulturerbe bei der Errichtung ab 200 m hohen WEA im unmittelbaren Umfeld von Kulturerbe-Orten mit einer mittleren oder hohen visuellen Empfindlichkeit (Oderbruch-Museum, 2022). Innerhalb der Wirkungsräume von Kulturerbe-Orten und wasserbaulichen Anlagen ist daher im Einzelfall zu prüfen, ob eine erhebliche Beeinträchtigung des Europäischen Kulturerbes zu erwarten ist. Der Wirkraum von WEA ist laut Bewertung der Empfindlichkeit in dem o. g. Landschaftsbildgutachten bei einer Entfernung von bis 2.500 m besonders hoch und nimmt mit zunehmender Entfernung ab.

Unter der Voraussetzung, dass das regionale Teilflächenziel im übrigen Raum nicht erreicht werden kann, macht der Planungsträger in Bereichen der Kulturlandschaft Oderbruch mit einem sehr hohen Konfliktrisiko von seinem Abwägungsspielraum Gebrauch. In Bereichen mit einer bereits bestehenden landschaftsräumlichen Vorbelastung, in denen die Empfindlichkeit gegenüber der potenziellen Errichtung von WEA gering ist, entfällt das einzelfallbezogene Kriterium Kulturlandschaft Oderbruch.

EK 18 Rohstoffpotenzialflächen mit Bewilligung

Die Bewilligung gemäß § 8 BBergG und § 9 BBergG gewährt das ausschließliche Recht, die bezeichneten Bodenschätze aufzusuchen und zu gewinnen sowie das Eigentum daran zu erwerben. Eine Bewilligung gestattet dem Inhaber noch keine bergbaulichen Tätigkeiten. Erst im Betriebsplanverfahren wird entschieden, in welchem Umfang die vom Bergbauunternehmen geplanten Arbeiten ausgeübt werden können.

Bergbauberechtigungen sind als ein der Windenergienutzung entgegenstehender, abwägungsrelevanter Belang im Rahmen der einzelfallbezogenen Abwägung zu berücksichtigen. Zugleich stellt der Belang der Windenergienutzung bei einer konkretisierten und verfestigten Planung einen gehobenen Abwägungsbelang gegenüber einer beabsichtigten bergbaulichen Planung in der planerischen Abwägung dar. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Verlagerung des Nutzungskonfliktes über eine zeitliche Befristung der Windenergienutzung auf die nachgeordnete kommunale Planungs- und bergrechtliche Genehmigungsebene.

Ob die Windenergienutzung zu einer Beeinträchtigung des Aufsuchungs- und Gewinnungsrechtes führen kann, ist mit dem LBGR (Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe des Landes Brandenburg) abzustimmen (Einzelfallprüfung).

EK 19 Mindestgröße von Vorranggebieten Windenergienutzung (32 ha)

Die Berücksichtigung einer Mindestgröße dient der regionalplanerischen Bündelung der Windenergienutzung durch den Planungsträger. Mit der Mindestgröße von VR WEN werden großräumige Streuungen einzelner oder weniger WEA im Landschaftsraum vermieden und eine räumliche Bündelung der Anlagenstandorte in einem Windpark gewährleistet. Auswirkungen auf das Landschaftsbild können so räumlich begrenzt werden.

Das BVerwG hat in seinem Urteil vom 30.06.2004 entschieden, dass eine Ansammlung von 3 WEA als Windpark gilt. Aus diesem Grund wird durch den Planungsträger eine Mindestgröße von Vorranggebieten Windenergienutzung von 32 ha festgelegt. Für einen Windpark mit WEA entsprechend der Referenzanlage wird im Hinblick auf die durch die einzelnen WEA erzeugten Umgebungsturbulenzen sowie die zu sichernde Standsicherheit in der Regel eine Fläche von ca. 32 ha für einen Windpark mit 3 WEA benötigt.

Mit der Wahl einer Flächengröße von mindestens 32 ha macht der Planungsträger von seinem Gestaltungsspielraum Gebrauch, um dem Planungsansatz einer räumlichen Bündelung der Windenergienutzung Rechnung zu tragen.

Wird ein VR WEN von einer oder mehreren linienförmigen Infrastrukturen mit Anbauverbotszonen durchzogen, werden die einzelnen Gebietsteile, sofern die Breite des Abstandsbereichs vier Rotordurchmesser einer Referenzanlage nicht übertrifft (688 m) als ein Gebiet betrachtet. Bei dieser Bewertung wird davon ausgegangen, dass zwischen benachbarten WEA regelmäßig ein Abstand von drei bis fünf Rotordurchmessern einzuhalten ist, so dass beidseits einer das Vorranggebiet durchquerenden linienförmigen Infrastruktur WEA angeordnet werden können, ohne die erforderlichen Abstände zu der betreffenden Anbauverbotszone zu unterschreiten. Zur besseren Berücksichtigung von Bestandwindparks kann im Einzelfall die vorgesehene Mindestgröße unterschritten werden.

EK 20 Kompaktheit von Vorranggebieten Windenergienutzung

Dem raumordnerischen Leitbild der dezentralen Konzentration folgend sollen Windenergieanlagen durch die Festlegung von VR WEN innerhalb des Planungsraumes räumlich konzentriert werden. Ziel ist eine Bündelung von mit solchen Anlagen einhergehenden negativen Raumwirkungen auf dafür geeignete (nach Möglichkeit vorbelastete, weniger empfindliche) Standorte und damit einhergehend das Freihalten von bisher gering vorbelasteten, sensiblen Teilräumen. Da bei Windenergieanlagen insbesondere auch visuelle und akustische Effekte im Fokus stehen, sollen die festzulegenden VR WEN daher nach Möglichkeit geometrisch kompakt und somit räumlich konzentriert abgegrenzt werden.

Lineare, bandartige Strukturen sollen ebenso vermieden werden wie sternförmige oder stark in einzelne Teilflächen zersplitterte Standorte. Denn derartige Abgrenzungen führen bei vergleichsweise geringem Flächengewinn zu einer unnötig weiträumigen Wahrnehmbarkeit (ausgedehnten Wirkräumen) und mithin übermäßigen Belastung einzelner Teilräume, insbesondere hinsichtlich des Landschaftsbilds und der Wohnqualität. Das Kriterium soll gleichermaßen sicherstellen, dass die festgelegten Vorranggebiete aufgrund ihres Zuschnitts (Geometrie) möglichst dicht mit Windenergieanlagen bebaut werden können und trägt somit auch zu einer hohen Flächeneffizienz bei.

Auf Grundlage des Kriteriums wird für alle potenziellen Gebietsfestlegungen im Einzelfall unter Berücksichtigung der konkreten Raumstruktur geprüft, inwieweit eine Begrenzung der Vorrangfestlegung zur Gewährleistung einer hinreichenden Kompaktheit und Bündelung sowie mithin zur Vermeidung einer Überfrachtung eines Teilraumes als erforderlich anzusehen ist. Hierbei können u.a. vorhandene Strukturen wie Alleen, Heckenzüge, Straßen, Infrastrukturen oder vorhandene Windparks zur Abgrenzung herangezogen werden.

EK 21 Vermeidung der Umfassung von Ortslagen

Die Umschließung bzw. Einkreisung von Ortslagen (beplanter und unbeplanter Innenbereich i. S. § 30 und § 34 BauGB) durch mehrere WEA kann zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität des Schutzgutes Mensch und zur Einschränkung der gemeindlichen Entwicklung führen. Zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes bzw. der Wohn- und Erholungsqualität sollen Ortslagen vor einer unverhältnismäßigen technischen Überprägung mit einer optisch bedrängenden Wirkung und wesentlichen Einschränkung der Sichtachse (freier Blick in die Landschaft) geschützt werden.

Der Wirkraum von WEA ist bei einer Entfernung von bis 2.500 m besonders hoch und nimmt mit zunehmender Entfernung ab (vgl. EK 05). Innerhalb eines Radius von 2.500 m soll ein Sektor von mindestens 180° von WEA (ein oder zwei zusammenhängende Bereiche) um Ortslagen, ausgehend vom Ortsrand (beplanter und unbeplanter Innenbereich i. S. § 30

































und § 34 BauGB), freigehalten werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die nähere Ortsumgebung mindestens zur Hälfte von WEA freigehalten wird.

Ausgangspunkt des Freihaltesektors von mindestens 180° ist der mittels GIS ermittelte Schwerpunkt der Ortslage. Bei der Bewertung werden bereits realisierte bzw. genehmigte Windparks (keine Einzelanlagen) innerhalb des Betrachtungsraums einbezogen. Eine Bewertung der Raumverträglichkeit von potenziellen VR WEN erfolgt im Rahmen einer Letztabwägung zur Vermeidung der Einkreisung von Ortslagen bei Berücksichtigung örtlicher Belange und Vorbelastungen (einzelfallbezogene Prüfung).

4.4 Dokumentation der Abgrenzung der Vorranggebietskulisse

Nachstehend werden für jedes einzelne Vorranggebiet Windenergienutzung (VR WEN) in Kurzform die maßgeblichen abgrenzungsentscheidenden Kriterien und Belange dargelegt und erläutert, inwiefern sich die Windenergienutzung innerhalb des Vorranggebietes gegenüber anderen Belangen gemäß Kriteriengerüst durchsetzt.

Legende

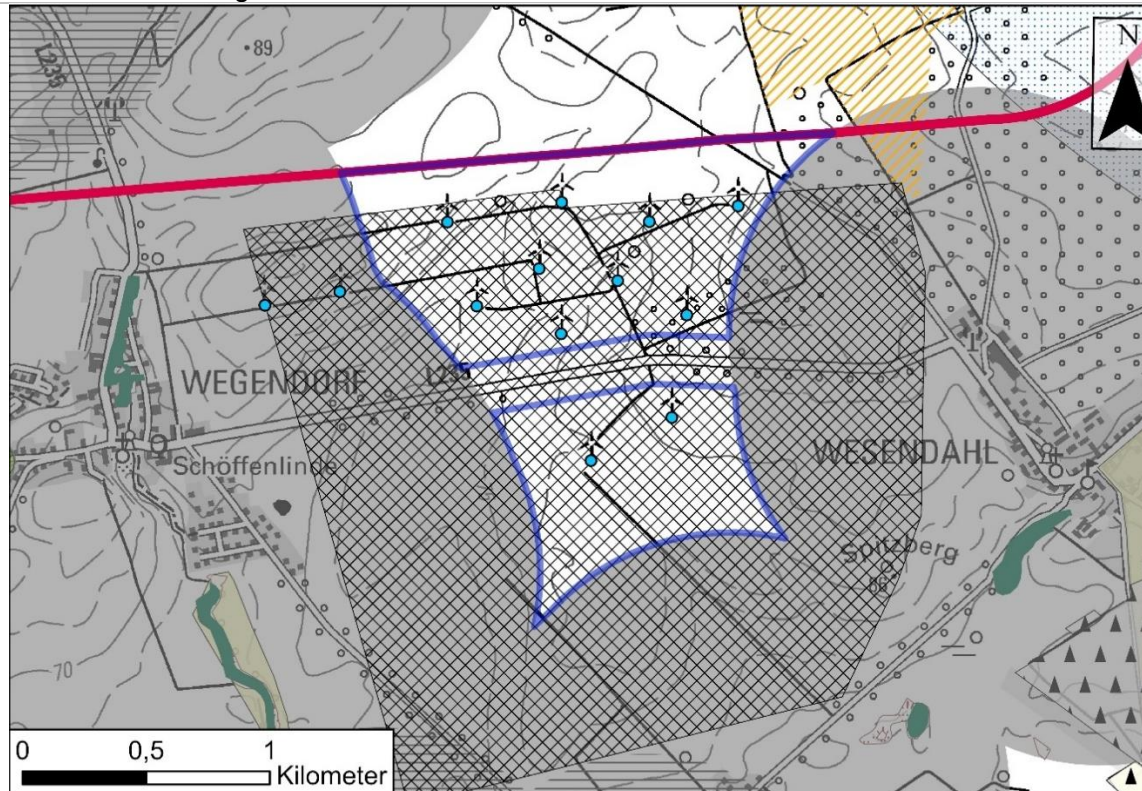
| | |
|---|---|
|  | Vorranggebiet Windenergienutzung (2. Entwurf) |
|  | rechtskräftige und im Verfahren befindliche Bebauungspläne (PK 01; PK 02) |
|  | FNP mit Ausschlusswirkung (PK 01) |
|  | realisierte Windenergieanlage (PK 03) |
|  | genehmigte Windenergieanlage (PK 03) |
|  | geplante Windenergieanlage (Genehmigungsverfahren) (PK 04) |
|  | erteilter Vorbescheid gem. § 9 Abs. 1a BImSchG |
|  | Erweiterter Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden in Bereichen nach § 30 und § 34 BauGB (NK 02) |
|  | Unterschreitung erweiterter Vorsorgeabstände von 1.000 m in Bereichen von Bauleitplänen (NK 03) |
|  | Erweiterter Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen u. Wohngebäuden im Außenbereich (NK 04) |
|  | Erweiterter Vorsorgeabstand von 1.500 m zu Sonderbauflächen Kur- und Klinikgebiete (NK 05) |
|  | Freiraumverbund des LEP HR (NK 07) - Balkenförmige Schraffur |
|  | Naturschutzgebiet (NK 08) |
|  | Gesetzlich geschütztes Biotop ab 5 ha (NK 09) |
|  | Europäisches Vogelschutzgebiet - SPA (NK 10) |
|  | Fauna-Flora-Habitat (NK 11) |
|  | Geschützte Waldgebiete gem. § 12 LWaldG (NK 13) |
|  | Wälder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (EK 08) |
|  | Naturpark (EK 01) |
|  | Landschaftsschutzgebiet (EK 02) |
|  | Biotopverbundkonzept/ Kernflächen gem. LaPro, LRP LOS und LP FFO (EK 04) |
|  | Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gem. LaPro (EK 06) |
|  | Geschützte Landschaftsbestandteile (EK 07) |
|  | Oberflächengewässer größer als 5 ha (NK 15) |
|  | Bauhöhenbeschränkungen und festgesetzte Platzrunden (NK 17; NK 18) |
|  | PV-FFA mit Bebauungsplänen (NK 21) |
|  | Bergbaurechtliche Belange (NK 23) |
|  | Bergbaurechtliche Belange (EK 18) |
|  | Prüfbereich von 5 km um Wetterradarstationen des Deutschen Wetterdienstes (EK 11) |
|  | Anlagenschutzbereiche von Flugsicherungseinrichtungen (EK 14) |
|  | VR WEN RPG Lausitz-Spreewald/RPG Uckermark-Barnim |
|  | Grenze der Planungsregion |

Die Geodaten aller Kriterien, welche zur Ermittlung von VR WEN verwendet wurden, sind tabellarisch im Quellenverzeichnis aufgelistet.

VR WEN 01 Altlandsberg

Größe: 182 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstände; **NK 18** Platzrunde;
NK 19 Linienförmige Infrastruktur

Innergebietliche Bewertung:

Der rechtskräftige Bebauungsplan (Stadt Altlandsberg, 1. Änderung „Windpark Altlandsberg“- **PK 01**) und realisierte WEA (**PK 03**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Innerhalb der Fläche besteht ein Bebauungsplan für die Nutzung der Windenergienutzung, folglich wird das kommunale Interesse durch die Festlegung als VR umgesetzt. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradaranlage erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIADBw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 09** Trinkwasserschutzzone III (Wasserversorgung Strausberg - Spitzmühle-Ost)

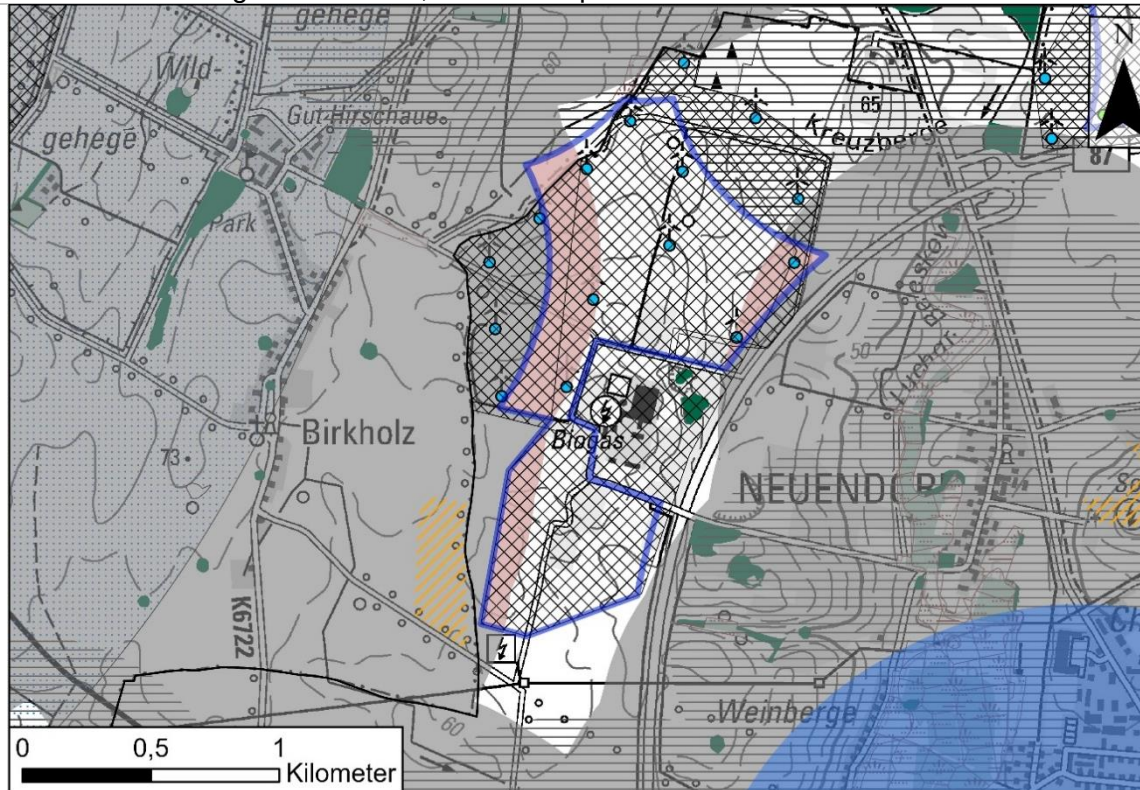
Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist östlich (Wesendahl), südlich (Buchholz) und westlich (Wegendorf) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist nördlich durch Flugsicherungsbelange (Platzrunde Werneuchen – **NK 18**) abgegrenzt. Die Platzrunde ist zusätzlich mit einem 475 m Abstand abgepuffert. Dies ergibt sich aus dem § 21 LuftVG i. V. m. NfL (Nachrichten für Luftfahrer) I 92/13 („Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb“) und dem Rotorradius. Das Gebiet ist durch eine Landesstraße mit Anbauverbotszone (L235 - **NK 19**) in eine nördliche und südliche Teilfläche gegliedert.

VR WEN 03 Beeskow „Neuendorf“

Größe: 117 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstände; **NK 03** 800 m Vorsorgeabstände in Bereichen von Bauleitplänen; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstände; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Der rechtskräftige Bebauungsplan (Stadt Beeskow BP K01 „Windpark“ - **PK 01**), der im Verfahren befindliche Bebauungsplan (Stadt Beeskow BP R 1 „Repowering Windpark Neuendorf“ - **PK 02**) und realisierte WEA (**PK 03**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich im nördlichen Bereich bereits durchgesetzt. Eine Integration des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes in die Flächenkulisse des Regionalplans entspricht dem Planungsziel, bevorzugt konfliktarme Flächen festzulegen. Die Flächeninanspruchnahme eines Wirkungsraumes von Denkmälern mit besonderem Raumbezug (Randbereich Beeskow) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BLDAM) (**EK 15**). Die Flächeninanspruchnahme im Bereich einer Bergbauberechtigung (Reudnitz) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LBGR) (**EK 18**).

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist östlich (Neuendorf) und westlich (Birkholz) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Der Vorsorgeabstand von 1.000 m wird im nordöstlichen und nordwestlichen Bereich unterschritten. In diesen Bereichen wird aufgrund des Bebauungsplanes „Nr. R 1 Repowering Windpark Neuendorf“ ein Vorsorgeabstand von 800 m eingehalten, was in diesen Bereichen ebenfalls die Abgrenzung des VR bildet (**NK 03**). Das VR ist nördlich an den erweiterten Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**).

Im Osten ist das VR durch eine Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B87 - **NK 19**) abgegrenzt. Der Planungsträger grenzt das VR entlang der Bebauungsplangrenze ab (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**), um den unvorbelasteten, südlichen Raum nicht zusätzlich zu belasten. Im östlich zentralen Bereich spart das VR die Fläche der Biogasanlage aus.

VR WEN 04 Beeskow „Am Hufenfeld“

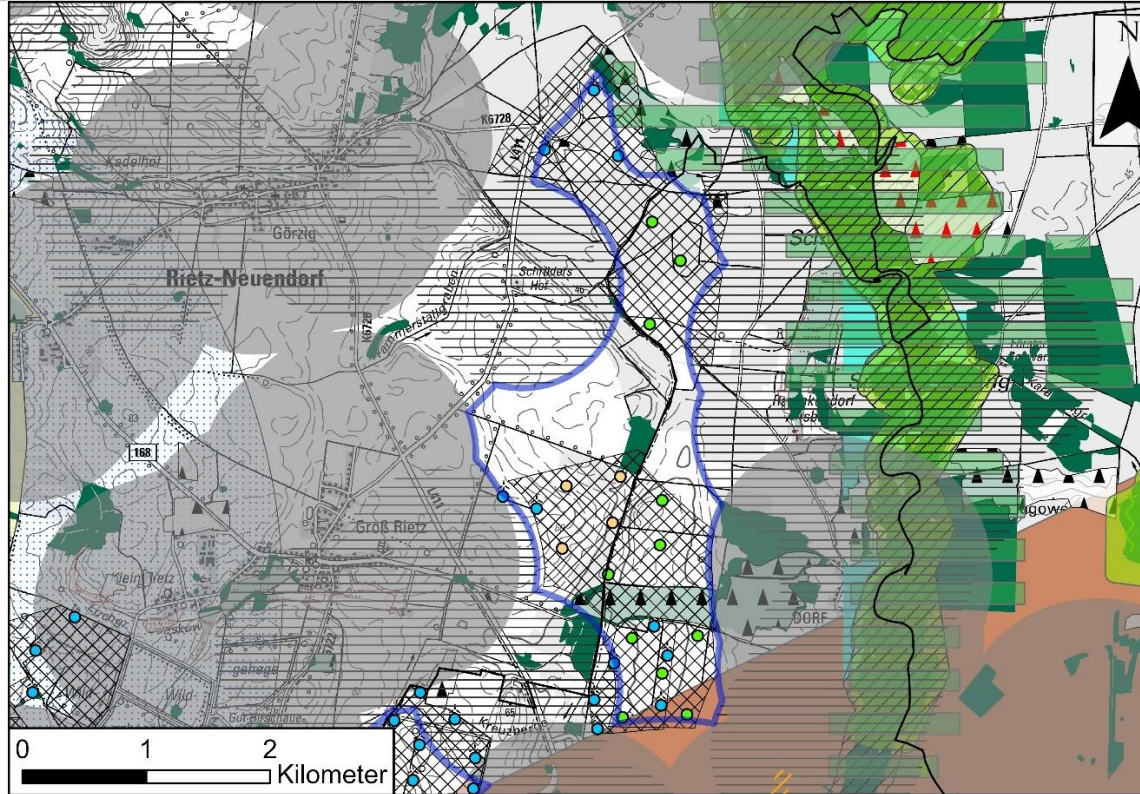
Größe: 542 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstände; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstände;

NK 07 Freiraumverbund LEP HR; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur;

EK 03 Artenschutzrechtliche Belange; **EK 04** Biotopverbundkonzept/Kernflächen;

EK 08 Wälder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen

Innergebietliche Bewertung:

Die rechtskräftigen Bebauungspläne (Stadt Beeskow BP K01 „Windpark“, BP K2 „Erweiterung Windpark Hufenfeld“, BP K 5 „Windpark Görzig-Ost - **PK 01**), der im Verfahren befindliche Bebauungsplan (BP „Windpark Groß Rietz“, BP „Windpark Görzig Ost“ **PK 02**) und realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandswindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt.

Innerhalb der Fläche bestehen Bebauungspläne für die Nutzung der Windenergienutzung, folglich wird das kommunale Interesse durch die Festlegung als VR umgesetzt. Eine Integration des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes in die Flächenkulisse des Regionalplans entspricht dem Planungsziel, bevorzugt konfliktarme Flächen festzulegen.

Die Flächeninanspruchnahme im Bereich einer Bergbauberechtigung (Reudnitz) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LBGR) (**EK 18**). Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Wald auf erosionsgefährdeten Standort) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LRP LOS (Geotope Dünengebiet östlich Groß Rietz, Waldkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist südöstlich (Radinkendorf) und westlich (Groß Rietz) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist östlich und südwestlich und nordwestlich an den erweiterten Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**).

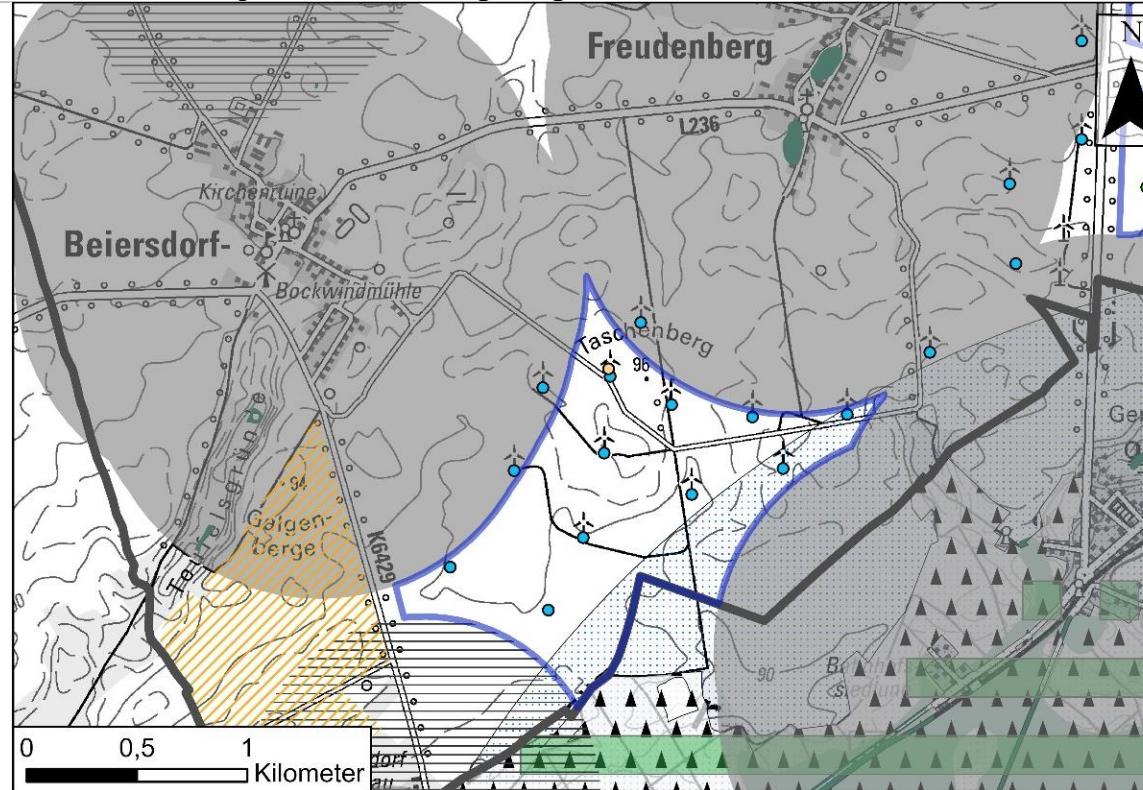
Im Nordosten ist das VR am Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**), an Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Wald auf erosionsgefährdetem Standort - **EK 08**) und an Waldkernflächen und Trockenkernflächen des LaPro (**EK 04**) abgegrenzt. Artenschutzrechtliche Belange, welche zur Abgrenzung führen, (**EK 03**) wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt. Im Süden ist das VR durch eine Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B168 - **NK 19**), im Westen und Nordwesten an der Landesstraße mit Anbauverbotszone (L411 - **NK 19**) abgegrenzt.

VR WEN 05 Beiersdorf

Größe: 153 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstände; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstände;

NK 19 Linienförmige Infrastruktur; **Regionsgrenze**

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte (**PK 03**) und geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Nach Abstimmung mit dem DWD ist davon auszugehen, dass im Ergebnis der Einzelfallprüfung im Randbereich des Prüfbereichs von 5 km keine signifikante Störung oder Beeinträchtigung des Windprofiler-Radars Prötzel durch die Windenergienutzung im VR entsteht (**EK 11**). Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradaranlage erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDbw) (**EK 12**).

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist westlich (Beiersdorf), nördlich (Freudenberg) und östlich (Tiefensee) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist südwestlich am erweiterten Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**).

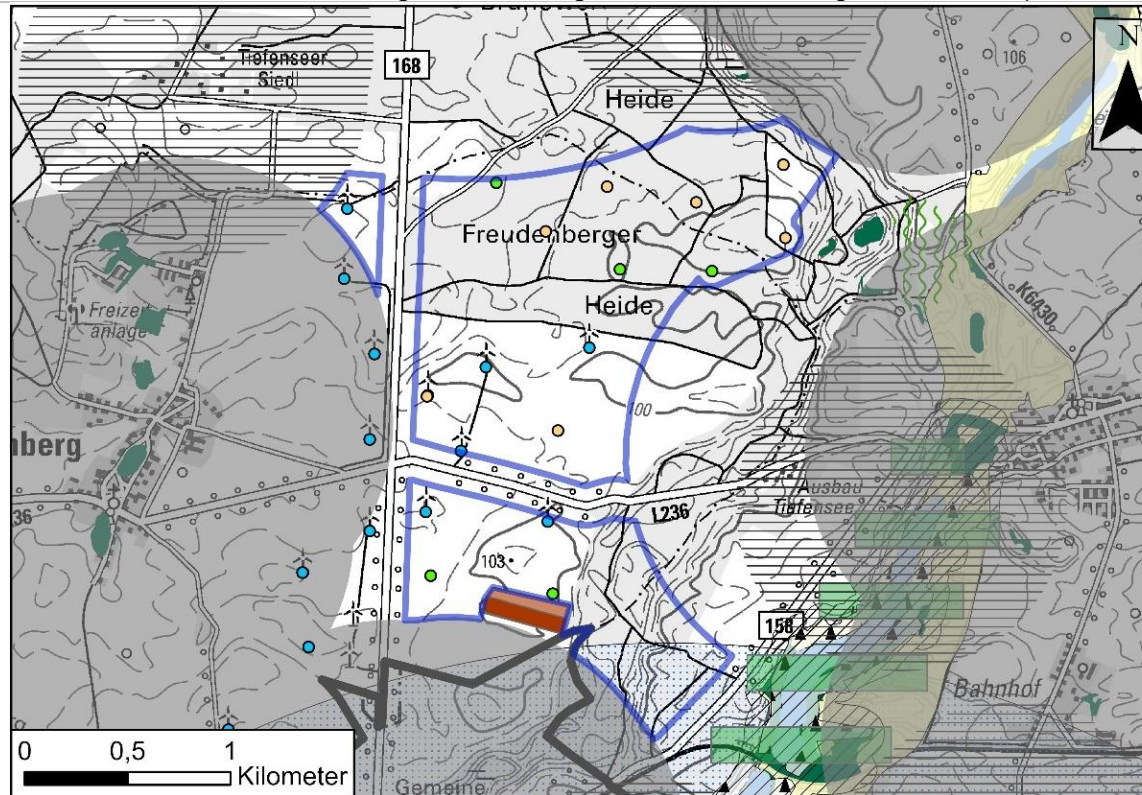
Die Kreisstraße mit Anbauverbotszone (K6429 – **NK 19**) bildet die westliche Grenze des VR.

Im Süden ist das VR durch die **Regionsgrenze** zur Nachbarregion Uckermark-Barnim abgegrenzt.

VR WEN 06 Freudenberg

Größe: 311 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **NK 23** Bergbaurechtliche Belange; **Regionsgrenze**; **EK 03** Artenschutzrechtliche Belange; **EK 18** Bergbaurechtliche Belange; **EK 21** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte und genehmigte (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandswindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich im westlichen Bereich des Gebiets bereits durchgesetzt. In weiteren Bereichen des Gebietes befinden sich genehmigte und geplante WEA, auch hier ist davon auszugehen, dass sich die Windenergienutzung gesamträumlich durchsetzen wird.

Nach Abstimmung mit dem DWD ist davon auszugehen, dass im Ergebnis der Einzelfallprüfung im Randbereich des Prüfbereichs von 5 km keine signifikante Störung oder Beeinträchtigung des Windprofiler-Radars Prötzel durch die Windenergienutzung im VR entsteht (**EK 11**). Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradar-anlage erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDbw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 16** Bodendenkmale (Hügelgräberfeld Urgeschichte)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist südlich (Tiefensee), westlich (Freudenberg) und nordöstlich (Brunow) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist nördlich und nordwestlich an erweiterten Vorsorgeabständen von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK**

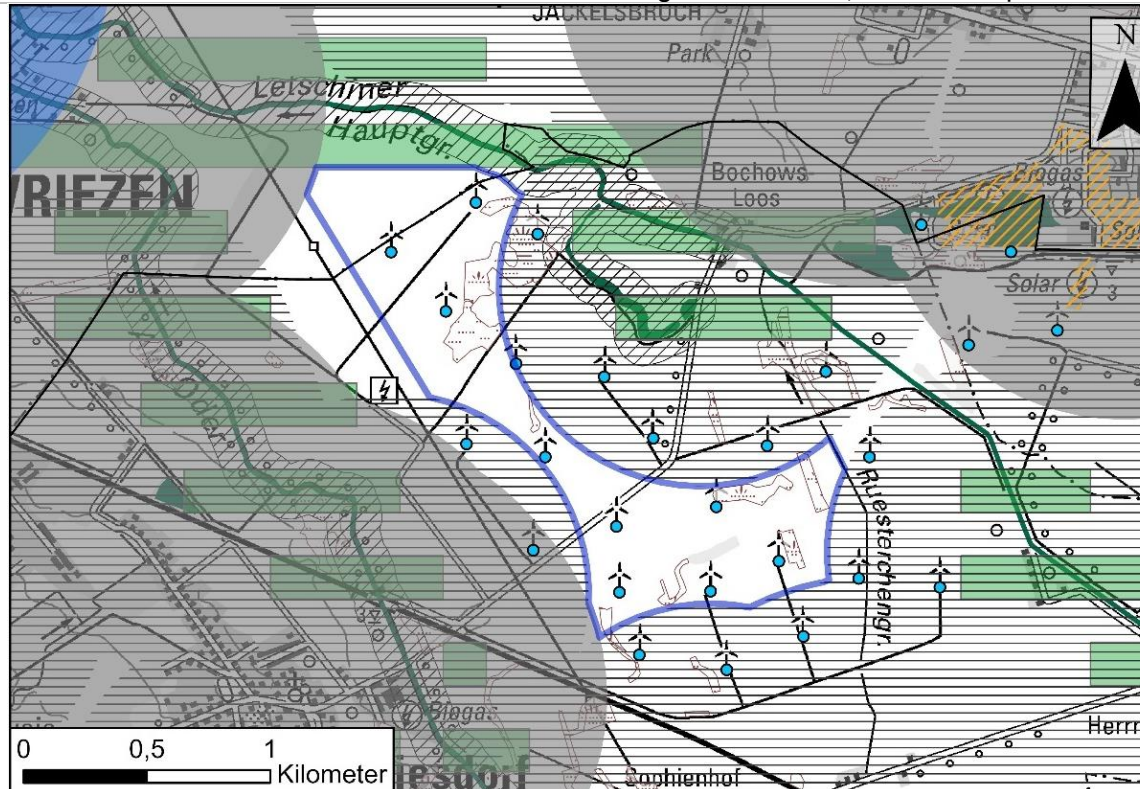
04). Die Bundesstraße B158 mit Anbauverbotszone (**NK 19**) bildet die südöstliche Abgrenzung des VR, die Bundesstraße B168 mit Anbauverbotszone (**NK 19**) bildet die südwestliche Abgrenzung des VR. Das Gebiet ist durch zwei Bundesstraßen B158 und B168 mit Anbauverbotszone (**NK 19**) und durch eine Landesstraße mit Anbauverbotszone (L235 - **NK 19**) in drei Teilflächen gegliedert.

Zusätzlich ist das VR im Süden durch bergbaurechtliche Belange (Abschlussbetriebsplan Freudenberg - **NK 23**, Flächen unter Bergaufsicht - **EK 18**) begrenzt. Der Belang wurde mit der Fachbehörde (LBGR) abgestimmt. Im Süden ist das VR durch die **Regionsgrenze** zur Nachbarregion Uckermark-Barnim abgegrenzt. Artenschutzrechtliche Belange, welche zur Abgrenzung führen, wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt (**EK 03**). Die nördliche Abgrenzung wurde aufgrund der Vermeidung der Umfassung von Ortslagen vollzogen (Heckelberg - **EK 21**).

VR WEN 07 Bliedorf-Thöringswerder

Größe: 119 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstände; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 07** Freiraumverbund LEP HR; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte WEA (**PK 03**) stellen ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordert. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Der Planungsträger sieht in diesem Einzelfall vor, sich über das Negativkriterium **NK 14** hinwegzusetzen. Dies ist damit zu begründen, dass im Bereich der HQ₁₀₀ Kulisse bereits WEA errichtet wurden. Eine Ausweisung des VR ist mit der Fachbehörde (Untere Wasserbehörde - UWB) abgestimmt. Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU), dies betrifft den bereits von WEA bebauten Bereich (**EK 03**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 06** Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gem. LaPro

Abgrenzungserläuterung:

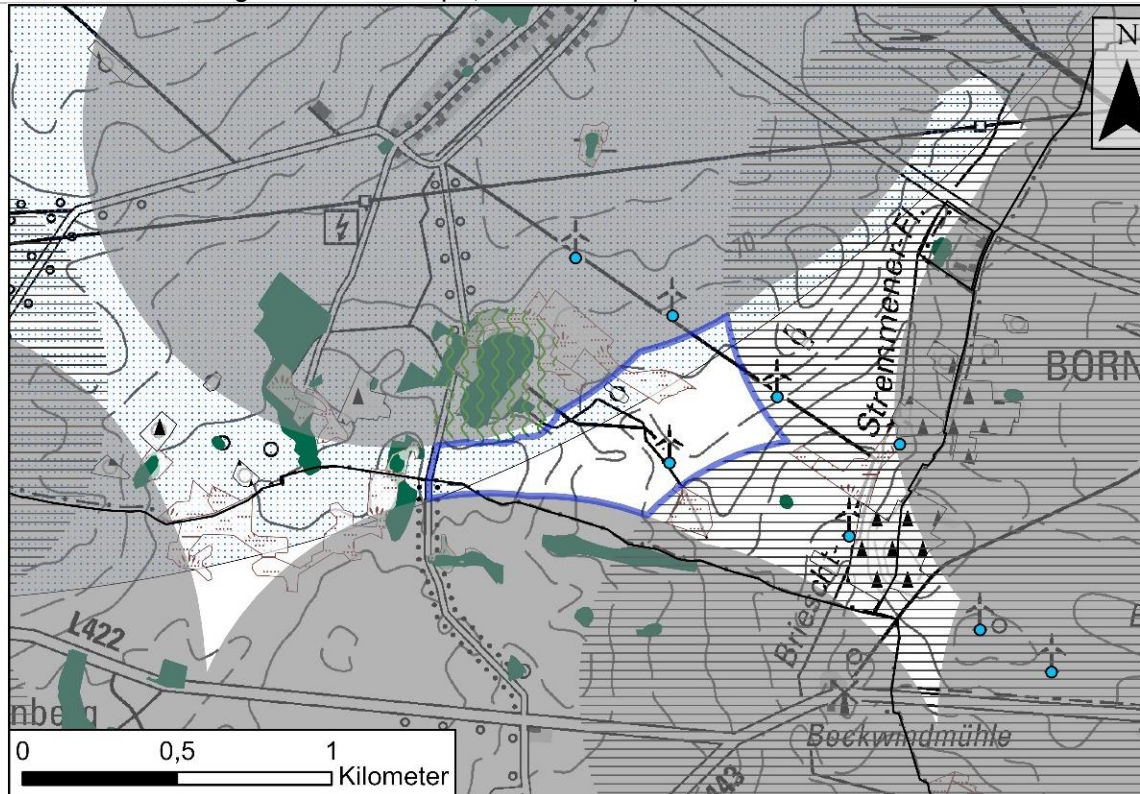
Das VR ist südwestlich (Bliedorf) und nordwestlich (Wriezen) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist östlich, südöstlich, südlich und westlich an den erweiterten Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Das VR grenzt im Norden an den Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**). Im Nordwesten ist das VR durch eine Hochspannungsleitung mit Anbauverbotszone (110 kV - **NK 19**) abgegrenzt. Der Planungsträger grenzt das VR südöstlich (Kompaktheit von VR WEN - **EK**

20) an einem Feldweg ab, um eine schlauchförmige Erweiterung Richtung Osten zu vermeiden.

VR WEN 08 Buckow Süd b. Beeskow

34 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 09** Gesetzlich geschützte Biotope; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte WEA (**PK 03**) stellen ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordert. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR WEN unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**). Nach Abstimmung mit dem DWD ist davon auszugehen, dass im Ergebnis der Einzelfallprüfung im Randbereich des Prüfbereichs von 5 km keine signifikante Störung oder Beeinträchtigung des Windprofiler-Radars Lindenberg durch die Windenergienutzung im VR entsteht (**EK 11**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 06** Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gem. LaPro

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist südlich (Tauche) und nordwestlich (Buckow) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist östlich und südöstlich an den erweiterten Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**).

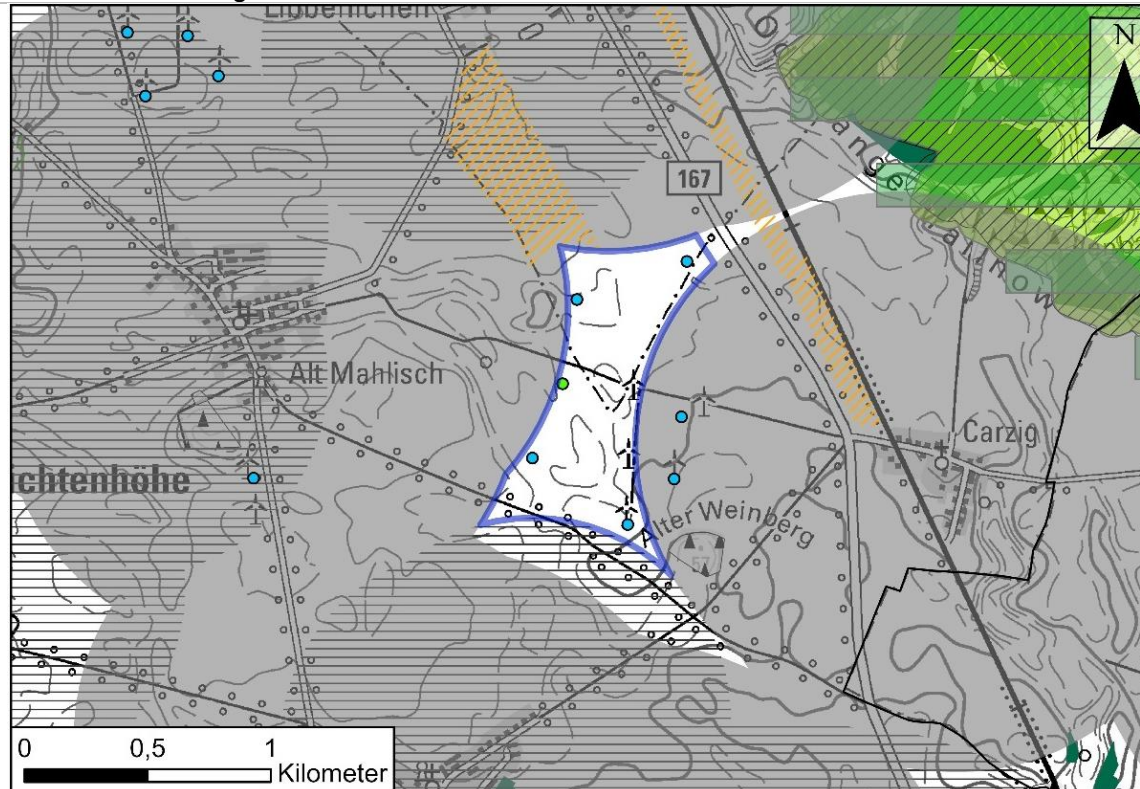
Im Norden ist das VR zusätzlich durch ein gesetzlich geschütztes Biotop abgegrenzt (**NK 09**).

Der Planungsträger grenzt das VR westlich (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**) an einer Gemeindeverbindungsstraße ab, um den unvorbelasteten, westlichen Bereich und dort befindliche naturräumliche Belange nicht weiter zu belasten.

VR WEN 10 Carzig

Größe: 54 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **NK 21** PV-FFA

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) stellen ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordert. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU), hingegen betrifft dies den bereits von WEA bebauten Bereich (**EK 03**).

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist östlich (Carzig), westlich (Alt-Mahlisch) und nördlich (Libbenichen) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist südlich an den erweiterten Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**).

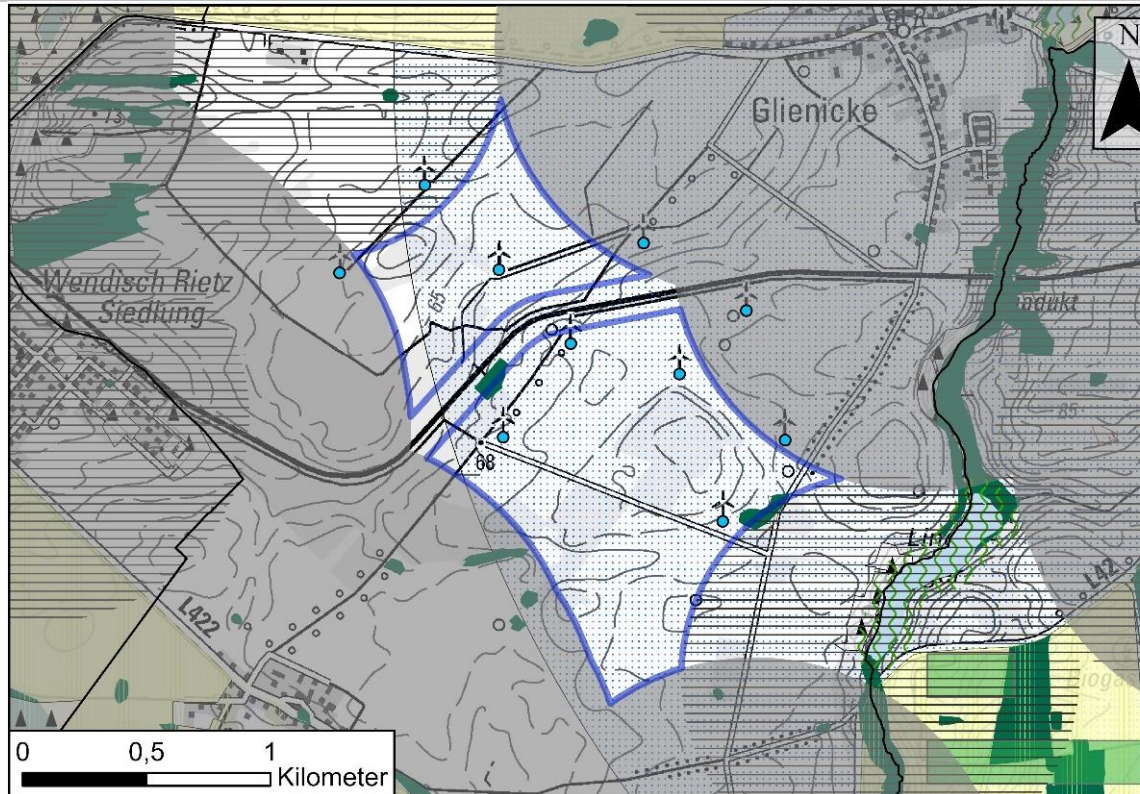
Im Nordwesten grenzt das VR WEN zusätzlich an eine Sonderbaufläche für PV-FFA (**NK 21**).

Die Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B167 - **NK 19**) bildet die nordöstliche Grenze des VR.

VR WEN 12 Glienicke

Größe: 174 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte WEA (**PK 03**) stellen ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordert. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Nach Abstimmung mit dem DWD ist davon auszugehen, dass im Ergebnis der Einzelfallprüfung im Randbereich des Prüfbereichs von 5 km keine signifikante Störung oder Beeinträchtigung des Windprofiler-Radars Lindenberg durch die Windenergienutzung im VR entsteht (**EK 11**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp-, anlagenspezifisch und/oder geländehöhenabhängig folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- EK 04 LaPro (Feuchtgrünlandkernfläche), LRP LOS (Waldkernfläche)
- EK 06 Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gem. LaPro
- EK 12 Bundeswehr Belange (Flugbeschränkungsgebiet ED-R 150)

Abgrenzungserläuterung:

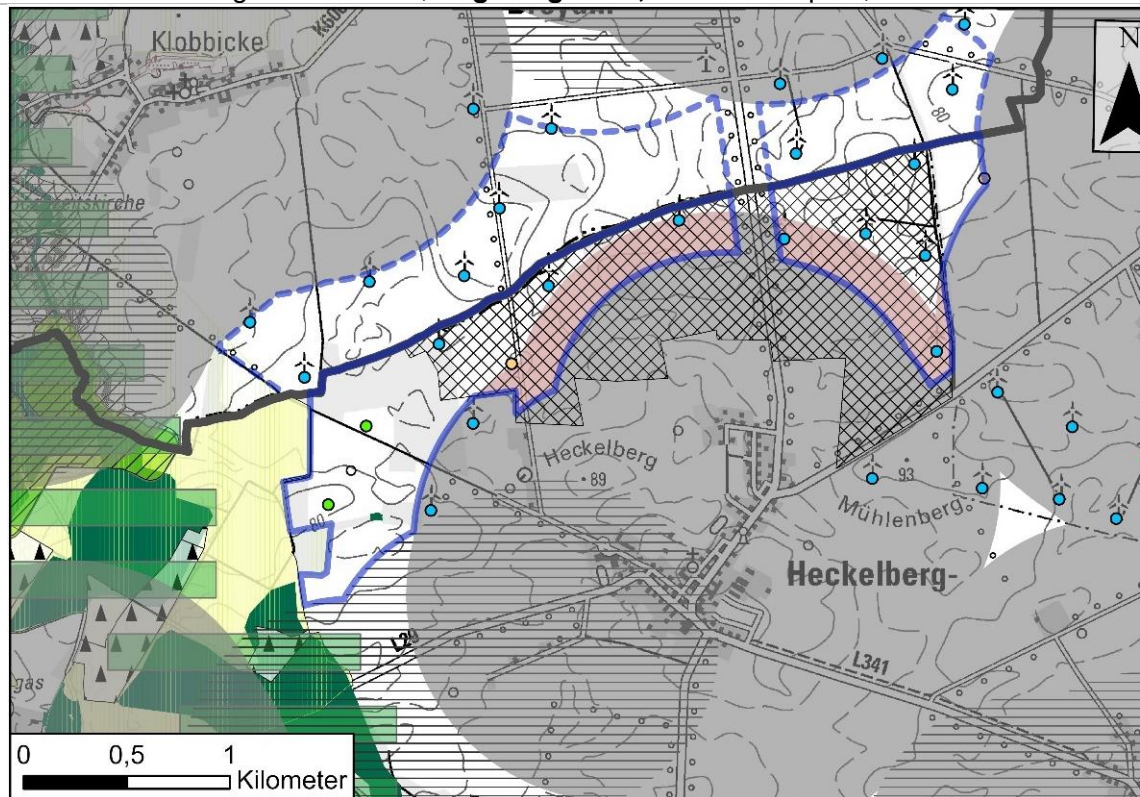
Das VR ist östlich (Glienicke), südlich (Ahrensdorf), südwestlich (Behrendorf) und westlich (Wendisch-Rietz) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist südöstlich an den erweiterten Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**).

Das VR ist durch eine Regionalbahnlinie mit Anbauverbotszone (RB 36 - **NK 19**) in eine nördliche und südliche Teilfläche gegliedert.

VR WEN 13 Heckelberg

183 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 03** 800 m Vorsorgeabstände in Bereichen von Bauleitplänen **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand;
NK 19 Linienförmige Infrastruktur; **Regionsgrenze**; **EK 01** Naturpark; **EK 02** LSG

Innergebietliche Bewertung:

Der rechtskräftige Bebauungsplan (BP „Windpark Heckelberg 1“ - **PK 01**), realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Innerhalb der Fläche besteht ein Bebauungsplan für die Nutzung der Windenergienutzung, folglich wird das kommunale Interesse durch die Festlegung als VR umgesetzt. Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradaranlage und die Flächeninanspruchnahme des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150 erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDBw) (**EK 12**).

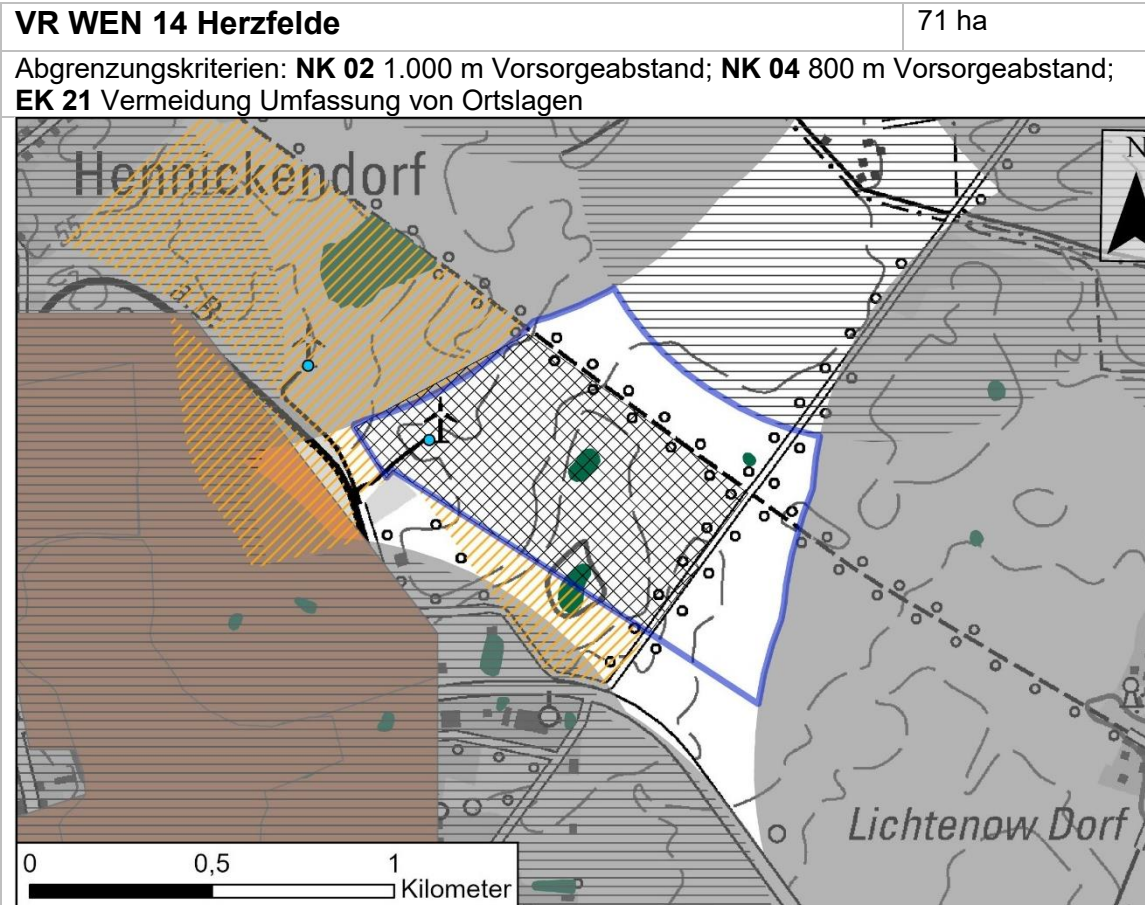
Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Feuchtgrünlandkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist östlich (Kruge) und südlich (Heckelberg) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Der Vorsorgeabstand von 1.000 m wird im nordöstlichen und nordwestlichen Bereich unterschritten. In diesen Bereichen wird aufgrund des Bebauungsplanes „Windpark Heckelberg 1“ ein Vorsorgeabstand von 800 m eingehalten, was in diesen Bereichen ebenfalls die Abgrenzung des VR bildet (**NK 03**). Das VR ist südwestlich an erweiterten Vorsorgeabständen von 800

m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Westen grenzt das VR WEN an den Naturpark Barnim (**EK 01**) und an das Landschaftsschutzgebiet Barnimer Heide (**EK 02**). Die Landesstraße mit Anbauverbotszone (L29 - **NK 19**) bildet die südöstliche Begrenzung des VR. Das Gebiet ist durch eine Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B168 - **NK 19**) in eine östliche und westliche Teilfläche gegliedert. Im Norden ist das VR durch die **Regionsgrenze** zur Nachbarregion Uckermark-Barnim abgegrenzt. Das VR grenzt an das nördliche VR WEN 47 Trampe des Integrierten Regionalplans der Planungsregion Uckermark-Barnim an. Dort befinden sich unmittelbar angrenzend realisierte WEA (**PK 03**).



Innergebietliche Bewertung:

Der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan (VBP „Nr. 52 "Hybridkraftwerk Herzfelde" - **PK 02**) und realisierte WEA (**PK 03**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Eine Integration des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes in die Flächenkulisse des Regionalplans entspricht dem Planungsziel, bevorzugt konfliktarme Flächen festzulegen.

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp-, anlagenspezifisch und/oder geländehöhenabhängig folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- EK 12 Bundeswehr Belange (Luftverteidigungsradaranlage - 50 km)

Abgrenzungserläuterung:

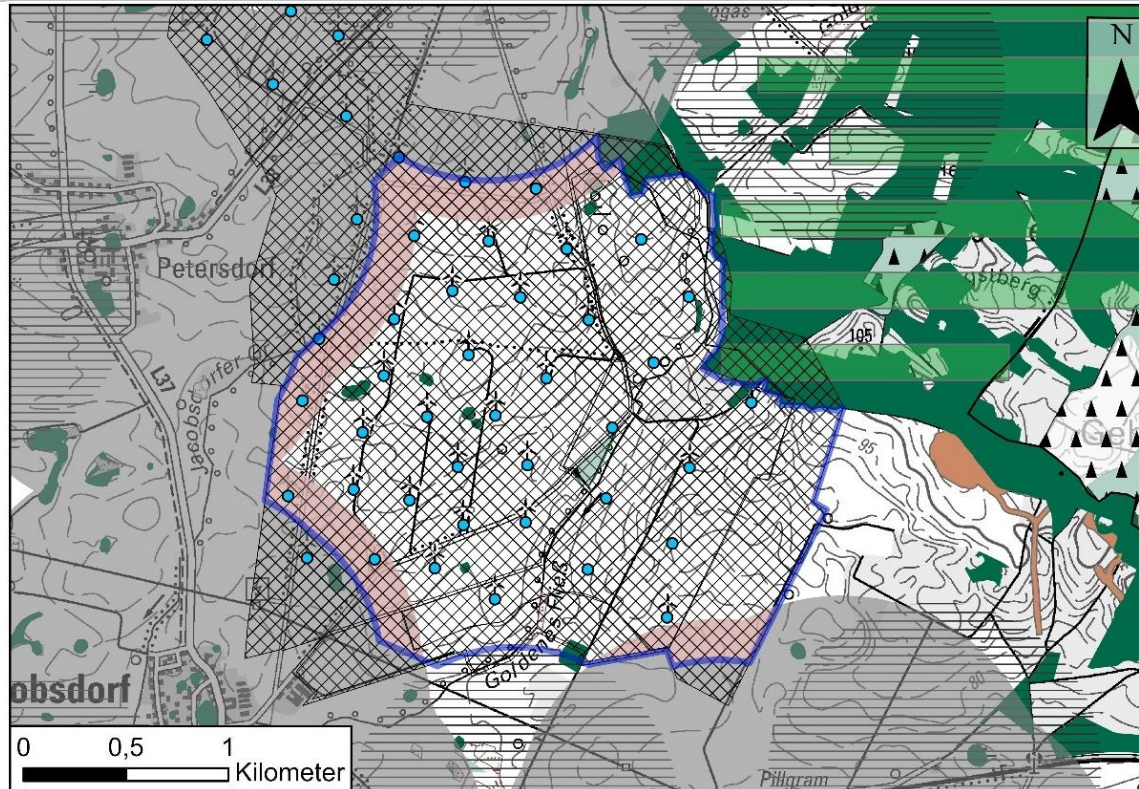
Das VR ist östlich (Lichtenow-Dorf) und westlich (Hennickendorf) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist nördlich an den erweiterten Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**).

Die südliche Abgrenzung wurde aufgrund der Vermeidung der Umfassung von Ortslagen (Lichtenow-Dorf) vollzogen (**EK 21**).

VR WEN 17 Jacobsdorf-Sieversdorf

Größe: 503 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 03** 800 m Vorsorgeabstände in Bereichen von Bauleitplänen
NK 04 800 m Vorsorgeabstand; **NK 07** Freiraumverbund LEP HR;
NK 19 Linienförmige Infrastruktur; **EK 04** Biotopverbundkonzept/Kernflächen;
EK 20 Kompaktheit; **EK 21** Vermeidung Umfassung von Ortslagen

Innergebietliche Bewertung:

Die rechtskräftigen Bebauungspläne (Gem. Jacobsdorf-Sieversdorf BP „WP Jacobsdorf 1. Änd.“, „WP Jacobsdorf 2“ - **PK 01**) und realisierte WEA (**PK 03**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandswindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Innerhalb der Fläche bestehen Bebauungspläne für die Nutzung der Windenergienutzung, folglich wird das kommunale Interesse durch die Festlegung als VR umgesetzt.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU) hingegen betrifft dies den bereits von WEA bebauten Bereich (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Feuchtgrünlandkernflächen), LRP LOS (Waldkernflächen, Kleingewässerkernflächen, Niedermoorfeuchtkernflächen)
- **EK 06** Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gem. LaPro

Abgrenzungserläuterung:

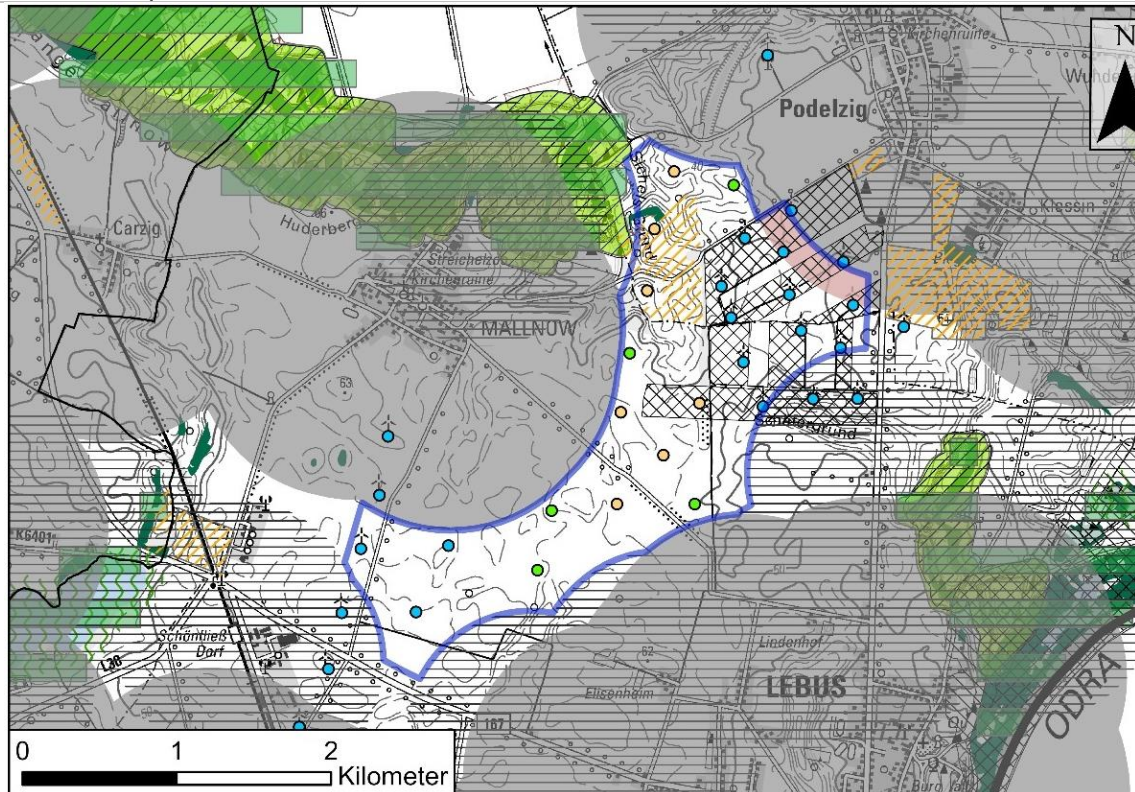
Der Vorsorgeabstand von 1.000 m wird südöstlich (Pillgram), südwestlich (Jacobsdorf) und nordwestlich (Petersdorf) unterschritten. In diesen Bereichen wird aufgrund der Bebauungspläne „BP „WP Jacobsdorf 1. Änd.“ und „WP Jacobsdorf 2“ ein Vorsorgeabstand von 800 m eingehalten, was in diesen Bereichen ebenfalls die Abgrenzung des VR bildet (**NK 03**). Das VR ist südlich am erweiterten Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Süden ist das VR durch eine Hochspannungsleitung (110 kV – **NK 19**) abgegrenzt. Im Nordosten ist das VR am Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**) und an Waldkernflächen des LRP LOS abgegrenzt (**EK 04**). Der Planungsträger grenzt das VR östlich entlang der Bebauungsplangrenze (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**), um den unvorbelasteten östlichen Raum nicht zusätzlich zu belasten. Ebenfalls beschränkt die Vermeidung der Umfassung von Ortslagen (Pillgram - **EK 21**) eine weitere östliche Ausdehnung.

VR WEN 19 Lebus-Mallnow-Podelzig

Größe: 394 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 03** 800 m Vorsorgeabstände in Bereichen von Bauleitplänen; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 07** Freiraumverbund LEP HR; **NK 08** NSG; **NK 11** FFH; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur

EK 20 Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Der rechtskräftige Bebauungsplan (Gem. Lebus u. Podelzig VBP „Windpark Podelzig-Lebus“ - **PK 01**), realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern.

Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in weiten Teilen des Gebiets bereits durchgesetzt. Viele WEA sind bereits genehmigt, folglich ist davon auszugehen, dass sich die Windenergienutzung gesamträumlich durchsetzt. Innerhalb der Fläche besteht ein Bebauungsplan für die Nutzung der Windenergienutzung, folglich wird das kommunale Interesse durch die Festlegung als VR umgesetzt.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU), hingegen betrifft dies überwiegend den bereits von WEA bebauten Bereich (**EK 03**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Waldkernflächen), LRP LOS (Trockenkernflächen)

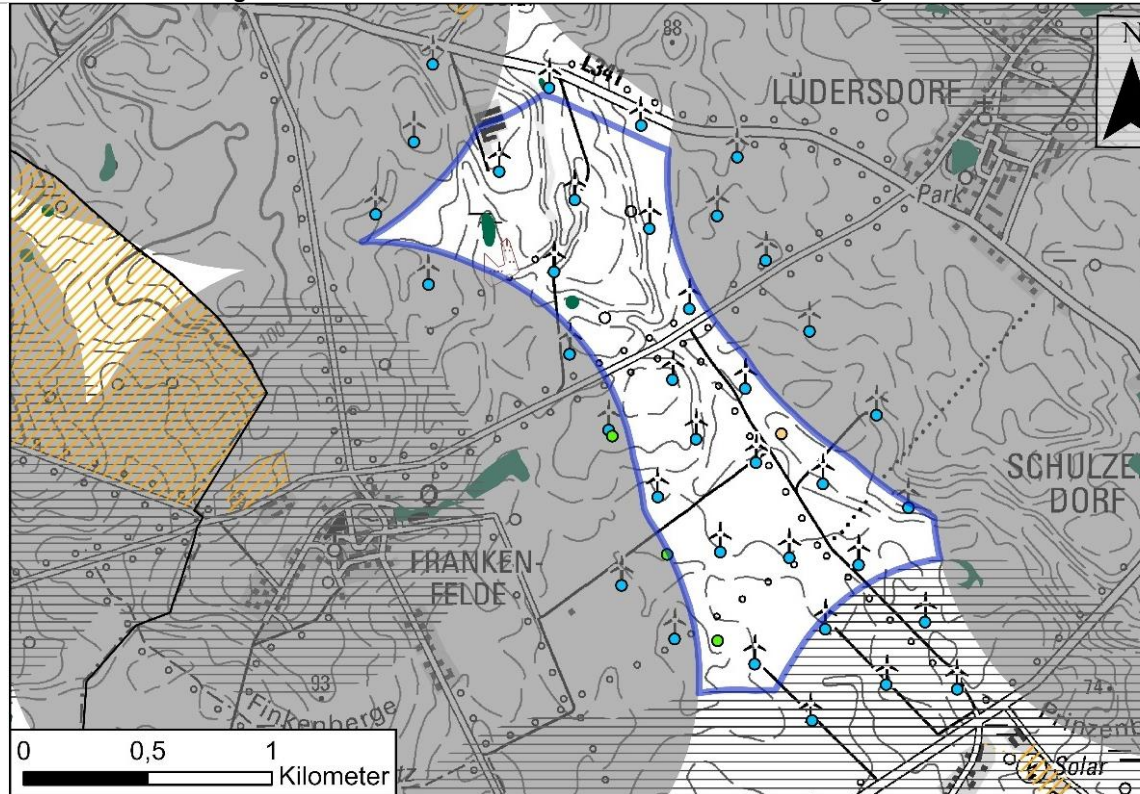
Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist südöstlich (Lebus), westlich (Mallnow) und nordöstlich (Podelzig) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Der Vorsorgeabstand von 1.000 m wird zur Ortslage Podelzig unterschritten. In diesen Bereichen wird aufgrund des Bebauungsplans VBP „Windpark Podelzig-Lebus“ ein Vorsorgeabstand von 800 m eingehalten, was in diesen Bereichen ebenfalls die Abgrenzung des VR bildet (**NK 03**). Das VR ist östlich, südöstlich und südwestlich am erweiterten Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Süden ist das VR durch eine Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B167 - **NK 19**) und im Osten an einer Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B112 - **NK19**) abgegrenzt. Im Nordwesten grenzt das VR an den Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**), an das Naturschutzgebiet Oderhänge Mallnow (**NK 08**) und das gleichnamige Fauna-Flora-Habitat (**NK 11**). Der Planungsträger grenzt das VR südwestlich (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**) an der westlichsten, errichteten WEA ab, um den unvorbelasteten, westlichen Raum nicht zusätzlich mit einer schlauchförmigen Erweiterung zu belasten.

VR WEN 22 Wriezener Höhe

Größe: 181 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **EK 03** Artenschutzrechtliche Belange

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradaranlage und die Flächeninanspruchnahme des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150 erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIADBw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- EK 04 LaPro (Moorkernflächen)
- EK 06 Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gem. LaPro

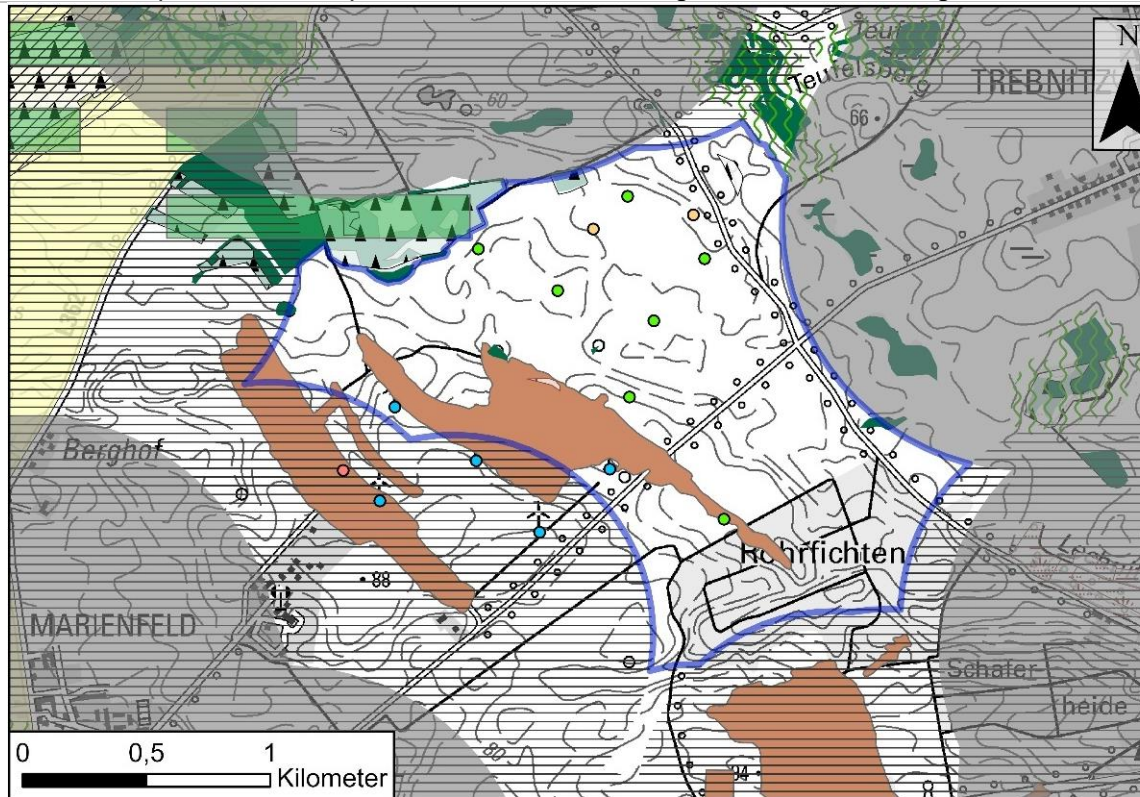
Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nordöstlich (Lüdersdorf), südöstlich (Schulzendorf), westlich (Frankenfelde) und nordwestlich (Haselberg) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist südlich an den erweiterten Vorsorgeabständen von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Nordosten ist das VR durch eine Landesstraße mit Anbauverbotszone (L341 – **NK 19**) abgegrenzt. Artenschutzrechtliche Belange, welche zur Abgrenzung führen, wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt (**EK 03**).

VR WEN 23 Müncheberg

Größe: 298 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 07** Freiraumverbund LEP HR; **NK 09** Gesetzlich geschützte Biotope; **EK 04** Biotopverbundkonzept/Kernflächen; **EK 08** Bergbaurechtliche Belange

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte WEA (**PK 03**) und geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU) (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme eines Wirkungsraumes von Denkmalen mit besonderem Raumbezug (Randbereich Neuhardenberg) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BLDAM) (**EK 15**). Die Flächeninanspruchnahme von Altbergbaugebieten (Brunow b. Müncheberg, Clara Maria) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LBGR) (**EK 18**). Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet, Wald hoher geologischer Bedeutung) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**). Die Flächeninanspruchnahme des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150 erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDbw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- NK 19 Hochspannungsleitung (110 kV Kabelanlage unterirdisch)
- EK 04 LaPro (Moorkernflächen, Waldkernflächen, Feuchtgrünlandkernflächen), LRP LOS (Geotop Sölle westlich Trebnitz, Kleingewässerkernflächen, Moorkernflächen, Niedermoorfeuchtkernflächen)
- EK 06 Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gem. LaPro

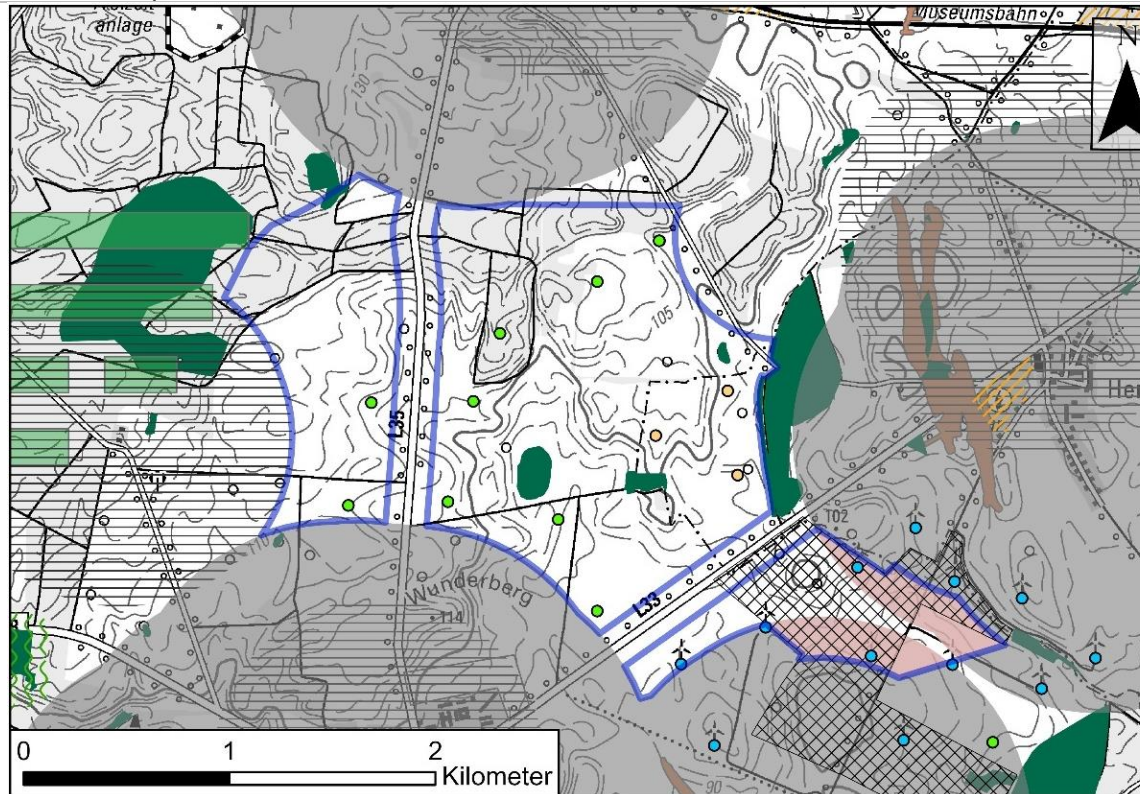
Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nordöstlich (Trebnitz) und nordwestlich (Obersdorf) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist östlich, südlich und westlich an den Vorsorgeabständen von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Nordwesten grenzt das VR an den Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**), an Wälder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet - **EK 08**) und an Waldkernflächen und Feuchtgrünlandkernflächen des LaPro (**EK 04**). Das VR grenzt im Norden an ein gesetzlich geschütztes Biotop (**NK 09**).

VR WEN 24 Prötzel-Herzhorn

420 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 03** 800 m Vorsorgeabstände in Bereichen von Bauleitplänen; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 07** Freiraumverbund LEP HR; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **EK 03** Artenschutzrechtliche Belange; **EK 04** Biotopverbundkonzept/Kernflächen; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Der rechtskräftige Bebauungsplan (Gem. Prötzel BP „Prötzel“ - **PK 01**), realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich im östlichen Bereich des Gebiets bereits durchgesetzt. Viele WEA sind bereits genehmigt, einige sind geplant, folglich ist davon auszugehen, dass sich die Windenergienutzung ganzräumlich durchsetzt. Innerhalb der Fläche besteht ein Bebauungsplan für die Nutzung der Windenergienutzung, folglich wird das kommunale Interesse durch die Festlegung als VR umgesetzt.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU), hingegen betrifft dies überwiegend den Bereich von genehmigten WEA (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradar-anlage und die Flächeninanspruchnahme des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150 erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDbw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Stillgewässerkernflächen, Waldkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nordöstlich (Herzhorn), südöstlich (Prädikow), südwestlich (Prötzel) und nordwestlich (Sternebeck) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Der Vorsorgeabstand von 1.000 m wird im östlichen Bereich unterschritten. In diesen Bereichen wird aufgrund des Bebauungsplanes VEP „Windpark Prötzel“ nur ein Vorsorgeabstand von 800 m eingehalten, was in diesen Bereichen ebenfalls die Abgrenzung des VR bildet (**NK 03**). Das VR ist westlich an den Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**).

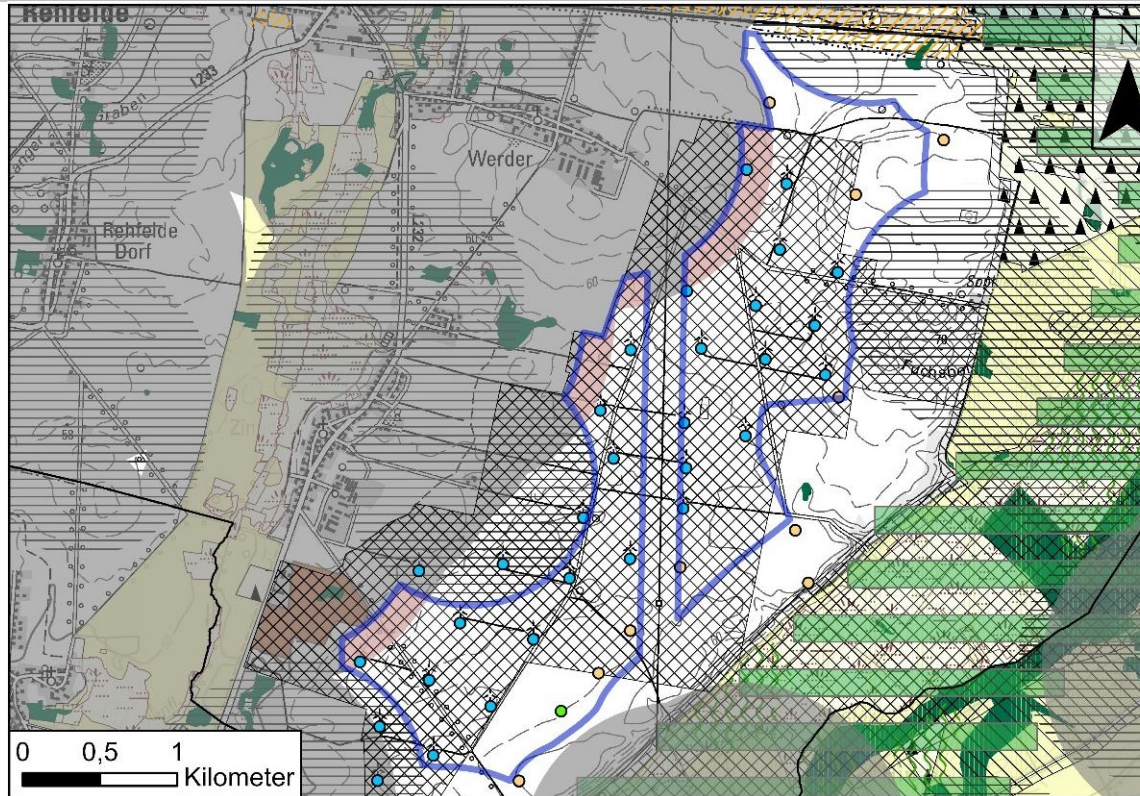
Artenschutzrechtliche Belange, welche zur Abgrenzung führen, wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt (**EK 03**). Im Nordwesten grenzt das VR an den Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**). Im Nordosten ist das VR an Kernflächen der Trockenstandorte und Truppenübungsplätze (LaPro) abgegrenzt sowie an Wandkernflächen (LaPro) (**EK 04**) abgegrenzt. Der Planungsträger grenzt das VR nördlich (Kriterium Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**) entlang einer gedachten horizontalen Linie des erweiterten Vorsorgeabstandes von 1.000 m zur Ortslage Sternebeck ab., um den unvorbelasteten, nördlichen Raum nicht zusätzlich zu belasten.

Das Gebiet ist durch eine Landesstraße mit Anbauverbotszone (L33 - **NK 19**) und eine Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B168 - **NK 19**) in drei Teilflächen gegliedert.

VR WEN 26 Werder-Zinndorf

524 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 03** 800 m Vorsorgeabstände in Bereichen von Bauleitplänen; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 10** SPA; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **EK 03** Artenschutzrechtliche Belange; **EK 18** Bergbaurechtliche Belange

Innergebietliche Bewertung:

Der rechtskräftige Bebauungsplan (Gem. Rehfeld BP Nr. 10 1. Änd. „WEG Nr. 26 Werder und Zinndorf“ - **PK 01**), realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Innerhalb der Fläche besteht ein Bebauungsplan für die Nutzung der Windenergienutzung, folglich wird das kommunale Interesse durch die Festlegung als VR umgesetzt.

Die Flächeninanspruchnahme einer Fläche mit Bergaufsicht (Randbereich - Zinndorf) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LBGR) (**EK 18**). Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BlmSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**). Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradaranlage erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDBw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LRP LOS (Kleingewässerkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist südöstlich (Heidekrug), westlich (Zinndorf) und nordwestlich (Werder, Garzau) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Der Vorsorgeabstand von 1.000 m wird im westlichen Bereich unterschritten. In diesen Bereichen wird aufgrund des Bebauungsplanes BP Nr. 10 1. Änd. „WEG Nr. 26 Werder und Zinndorf“ nur ein Vorsorgeabstand von 800 m eingehalten, was in diesen Bereichen ebenfalls die Abgrenzung des VR bildet (**NK 03**). Das VR ist nördlich, nordöstlich, östlich und teils südwestlich an den Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**).

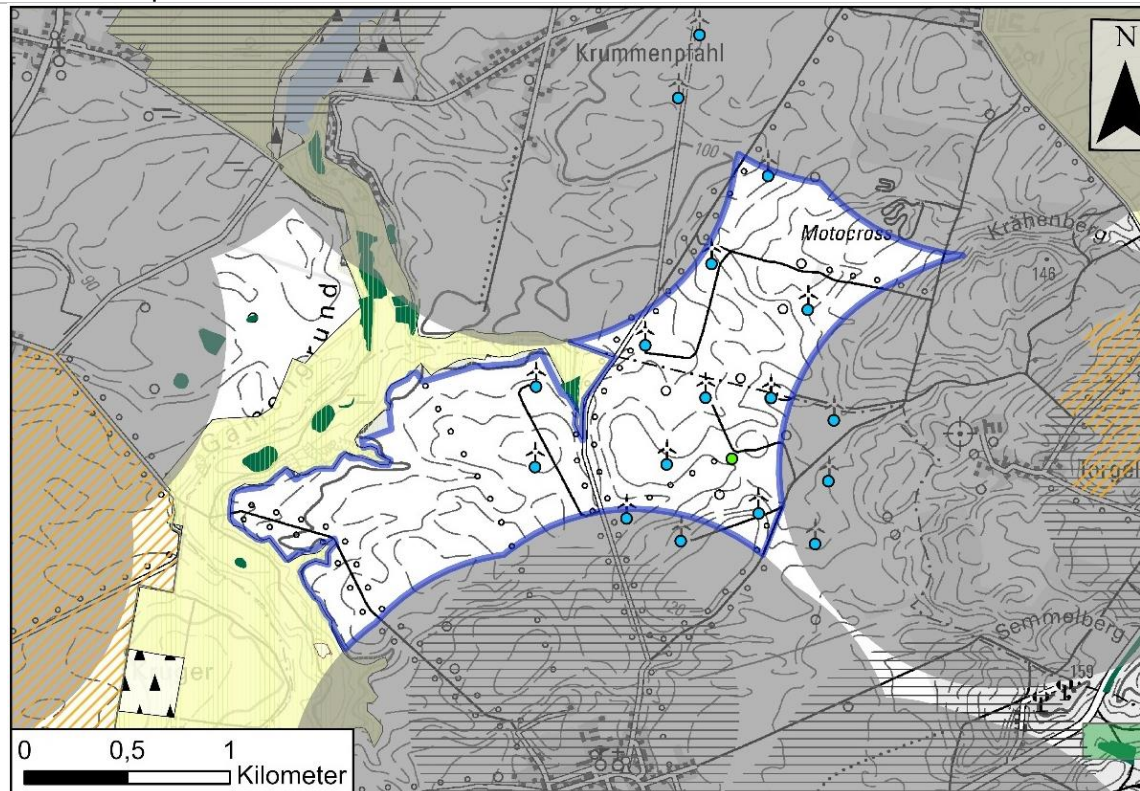
Im Ergebnis der SUP grenzt der Planungsträger das VR im Nordosten und Südosten an einen Schutzbereich von 500 m des Vogelschutzgebiets Märkische Schweiz (SPA) ab (**NK 10**).

Im Norden grenzt das VR an eine Regionalbahnlinie mit Anbauverbotszone (RB 26 - **NK 19**). Das Gebiet ist durch eine Höchstspannungsleitung mit Anbauverbotszone (220-380 kV - **NK 19**) in eine westliche und östliche Teilfläche gegliedert. Artenschutzrechtliche Belange, welche zur Abgrenzung führen, wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt (**EK 03**). Das VR grenzt im Südwesten an eine Fläche mit Bergaufsicht (Randbereich – Zinndorf); dies wurde mit der Fachbehörde (LBGR) abgestimmt (**EK 18**).

VR WEN 27 Wölsickendorf-Wollenberg

Größe: 285 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **EK 01** Naturpark; **EK 02** LSG; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) stellen ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordert. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich im östlichen Bereich des Gebiets bereits durchgesetzt.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU), hingegen betrifft dies den bereits von WEA bebauten Bereich (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradaranlage und die Flächeninanspruchnahme des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150 erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDbw) (**EK 12**).

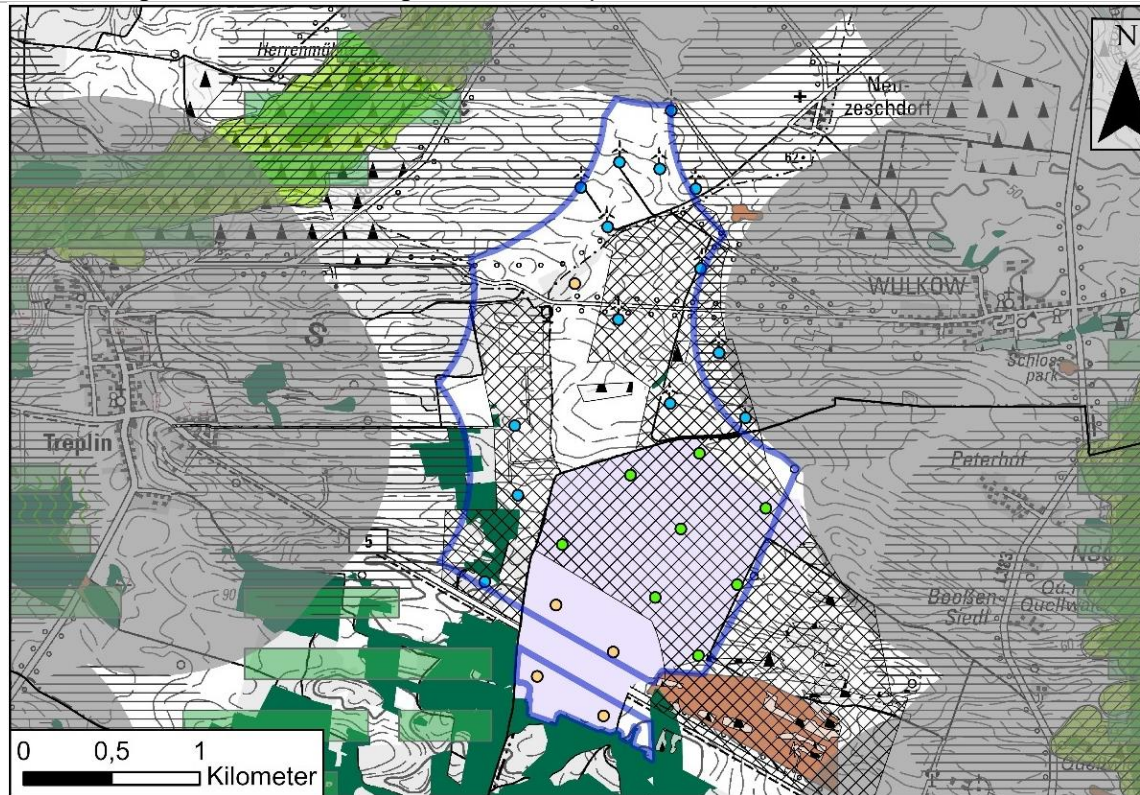
Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist östlich (Torgelow), südlich (Wölsickendorf), nordwestlich (Krummenpfahl) und nördlich (Dannenberg/Mark) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Im Westen bis Nordwesten ist das VR am Naturpark Barnim (**EK 01**) und am Landschaftsschutzgebiet Gamengrund (**EK 02**) abgegrenzt. Der Planungsträger grenzt das VR südöstlich (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**) entlang einer Gemeindeverbindungsstraße ab, um den östlichen Raum nicht zusätzlich mit einer schlauchförmigen Erweiterung zu belasten.

VR WEN 28 Wulkow-Booßen

Größe: 413 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **EK 04** Biotopverbundkonzept/Kernflächen; **EK 18** Bergbaurechtliche Belange; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Die rechtskräftigen Bebauungspläne (Gem. Treplin BP „Windpark Treplin“; Stadt FFO BP-35-001 „Windpark B5“, Gem. Lebus „Windpark Wulkow“- **PK 01**) der rechtskräftige Flächennutzungsplan mit Ausschlusswirkung (Stadt FFO 11. Änderung FNP mit Ausschlusswirkung - **PK 01**), der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan (Gem. Treplin 1. Änd. BP „Windpark Treplin“ - **PK 02**), realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandswindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf.

Die Flächeninanspruchnahme von Zentralen Prüfbereichen und Nahbereichen kollisionsgefährdeter Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU), hingegen betrifft dies den bereits von WEA bebauten Bereich und die Bereiche genehmigter WEA (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet, Wald auf exponierter Lage) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Feuchtgrünland), LRP LOS (Kleingewässerkernflächen), LP FFO (Kleingewässerkernflächen, Kernflächen naturnaher Wald)

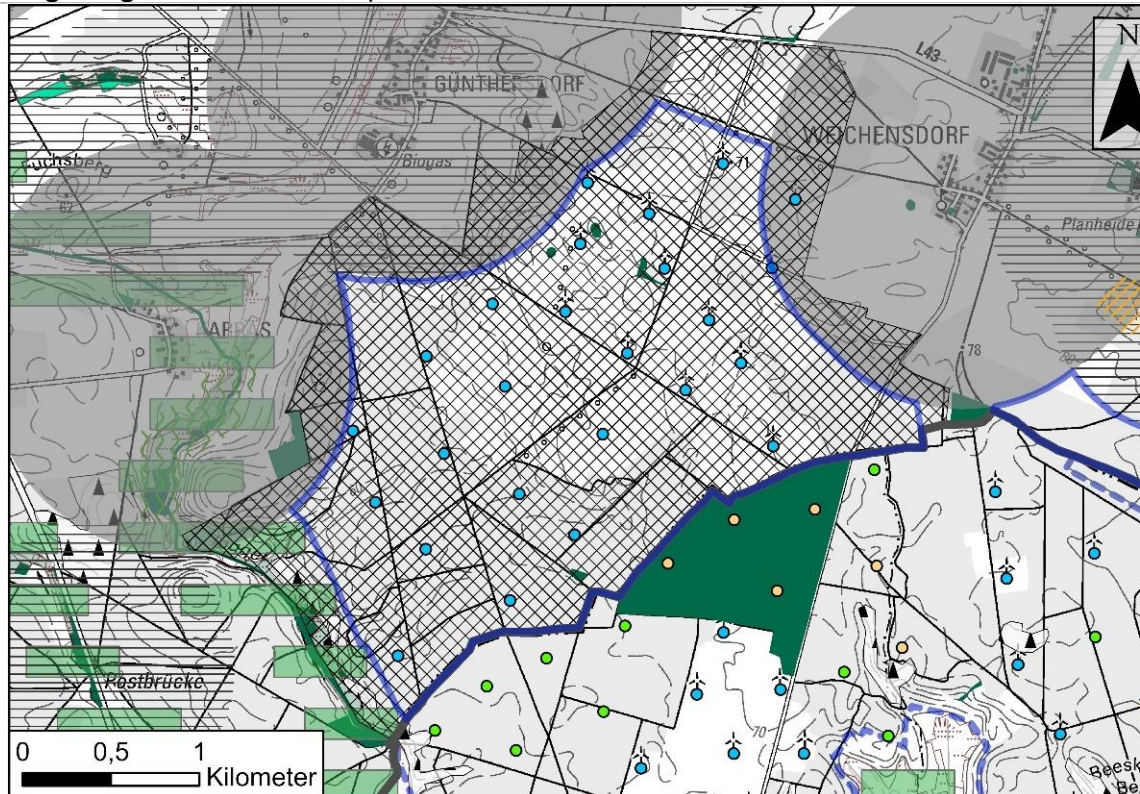
Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist östlich (Wulkow bei Booßen) und nördlich (Alt-Zeschdorf) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist nordöstlich, westlich und nordwestlich an den Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Das Gebiet ist durch eine Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B5 - **NK 19**) in eine nördliche und südliche Teilfläche gegliedert. Die nördliche Teilfläche ist im südöstlichen Bereich an bergbaurechtlichen Belangen (Bergbauberechtigung/Baubeschränkungsgebiete Booßen/Sieversdorf 1 - **EK 18**) abgegrenzt. Die südliche Teilfläche ist im Süden und Osten an Kernflächen naturnaher Wald des LP FFO (**EK 04**) abgegrenzt. Der Planungsträger grenzt das VR östlich (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**) entlang der östlichsten, genehmigten WEA ab, um den unvorbelasteten, östlichen Raum nicht zusätzlich zu belasten.

VR WEN 29 Günthersdorf

Größe: 601 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 07** Freiraumverbund LEP HR; **Regionsgrenze**; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Der rechtskräftige Bebauungsplan (Stadt Friedland BP „Windpark Günthersdorf“ - **PK 01**), realisierte und angrenzende genehmigte WEA (**PK 03**) sowie angrenzende geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandswindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Innerhalb der Fläche besteht ein Bebauungsplan für die Nutzung der Windenergienutzung, folglich wird das kommunale Interesse durch die Festlegung als VR umgesetzt.

Artenschutzrechtliche Belange wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt.

Die Flächeninanspruchnahme von Bergbauberechtigungen (Reudnitz und Guhlen) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LBGR) (**EK 18**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Waldkernflächen), LRP LOS (Waldkernflächen, Kleingewässerkernflächen, Trockenkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

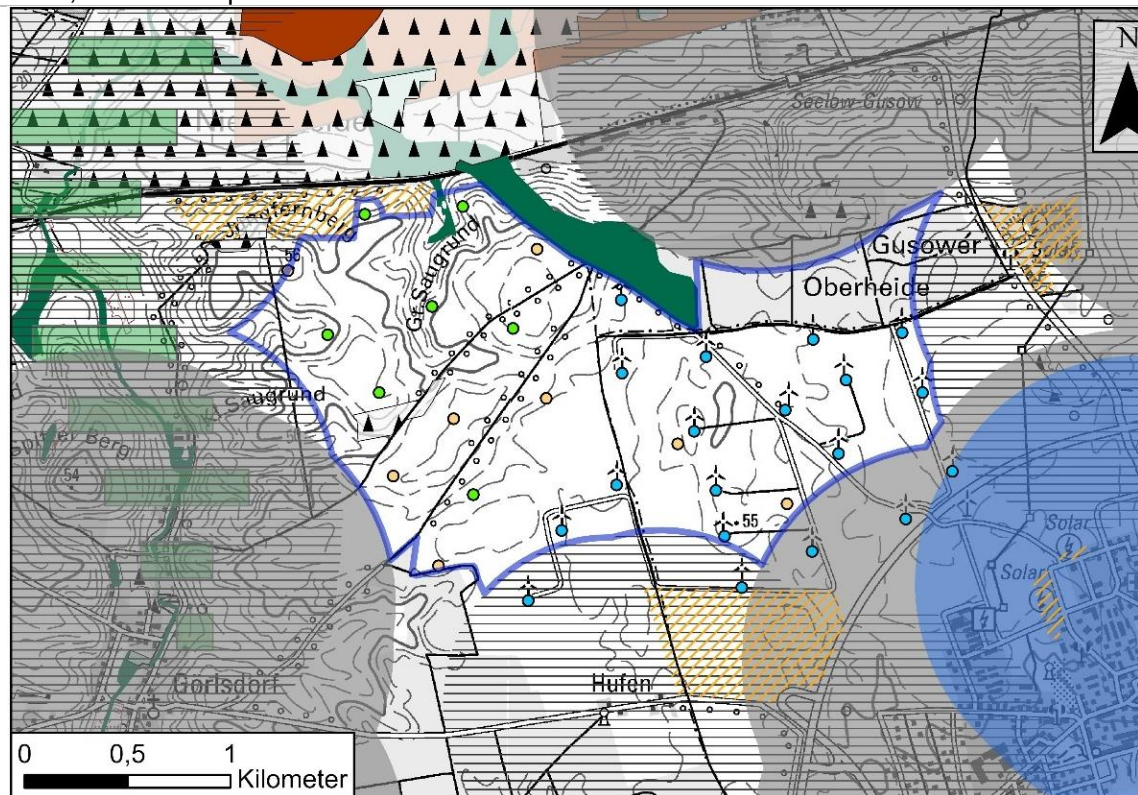
Das VR ist östlich (Weichensdorf), westlich (Karras) und nordwestlich (Günthersdorf) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Im Südwesten grenzt das VR an den Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**). Der Planungsträger grenzt das VR nördlich (Kriterium Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**) an einer Gemeindeverbindungsstraße ab, um den unvorbelasteten, nördlichen Raum nicht zusätzlich zu belasten. Im Süden grenzt das VR an die **Regionsgrenze** zur Nachbarregion Lausitz-Spreewald. Angrenzend befindet sich dort das im 1. Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans „Windenergienutzung“ Lausitz-Spreewald ausgewiesene VR-

WEN-02 „Trebitz-Ullersdorf“. Dort befinden sich unmittelbar angrenzend errichtete und genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**).

VR WEN 30 Seelow-Vierlinden

Größe: 416 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **NK 21** PV-FFA; **EK 04** Biotopverbundkonzept/Kernflächen; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf.

Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Viele genehmigte und einige geplante WEA befinden sich im westlichen Bereich, weshalb zukünftig von einer ganzräumlichen Durchsetzung der Windenergienutzung auszugehen ist.

Die Flächeninanspruchnahme eines Wirkungsraumes von Denkmalen mit besonderem Raumbezug (Randbereich Neuhardenberg und Seelow) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BLDAM) (**EK 15**). Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**).

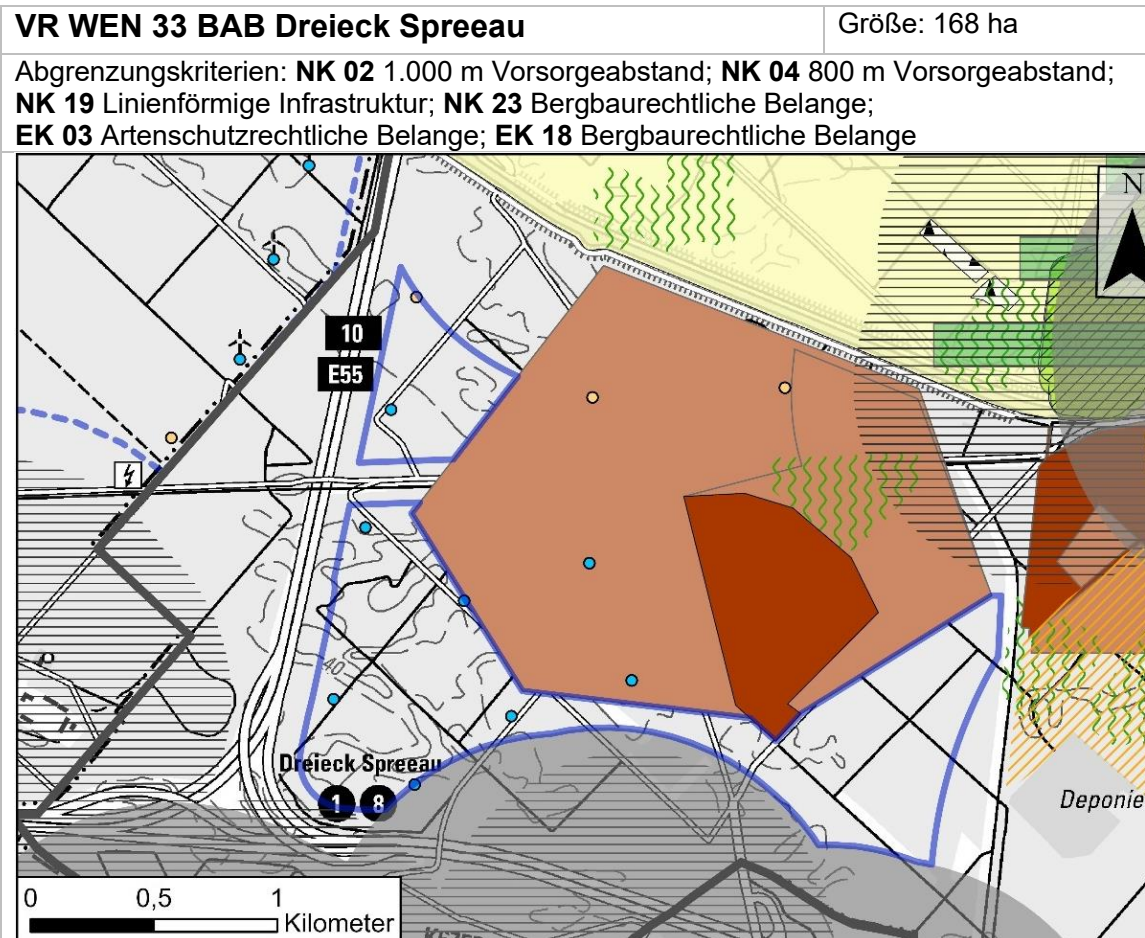
Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- EK 04 LaPro (Feuchtgrünlandkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nordöstlich (Gusow), südöstlich (Seelow) und südwestlich (Görldorf) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist östlich, südlich und westlich an den Vorsorgeabstand von

800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Nordwesten grenzt das VR an einen in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan für PV-FFA (**NK 21**). Des Weiteren grenzt das VR im Norden geringfügig an eine Regionalbahnlinie mit Anbauverbotszone (RB 26 – **NK 19**). Zusätzlich grenzt das VR im Norden an Waldkernflächen des LaPro (**EK 04**). Der Planungsträger grenzt das VR südwestlich (Kompaktheit von VR WEN – **EK 20**) an einer Waldkante ab, um den unvorbelasteten, südwestlichen Raum nicht schlauchförmig zu erweitern. Das südöstlich gelegene Kreiskrankenhaus Seelow ist aufgrund der Lage im Gewerbegebiet mit einem abweichenden 1.000 m Vorsorgeabstand abgepuffert, dieser bildet jedoch keine Abgrenzung für das VR. (vgl. Begründung zu **NK 05** und **NK 02**).



Innergebietliche Bewertung:

Realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich im westlichen Bereich des Gebiets bereits durchgesetzt.

Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradaranlage erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDbw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Trockenstandorte und Truppenübungsplätze Kern), LRP LOS (Waldkernflächen, Kernkleingewässerkernflächen, Geotop Düne Hartmannsdorf-Südwest, Trockenkernflächen Moorkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist südlich (Friedrichshof) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist nordöstlich an den Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Artenschutzrechtliche Belange, welche zur Abgrenzung führen, wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt (**EK 03**). Bergbaurechtliche Belange, die das Gebiet begrenzen, wurden mit der Fachbehörde (LBGR) abgestimmt (**NK 23**; **EK 18**). Im Westen und Süden grenzt das VR an Autobahnen mit Anbauverbotszone (A10 und A12).

- **NK 19**). Das Gebiet ist durch eine Hochspannungsleitung mit Anbauverbotszone (110 kV - **NK 19**) in eine nördliche und eine südliche Teilfläche gegliedert.

VR WEN 35 Beerfelde-Buchholz

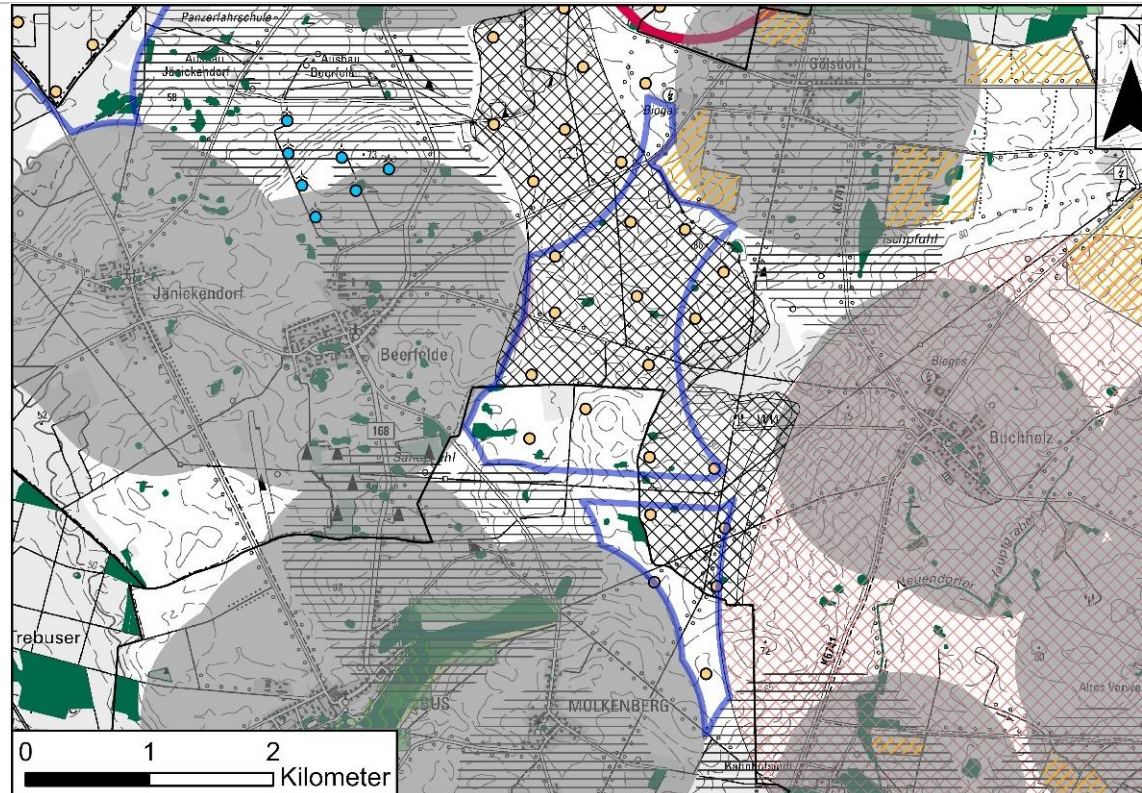
Größe: 422 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 03** 800 m Vorsorgeabstände in Bereichen von Bauleitplänen;

NK 04 800 m Vorsorgeabstand; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **NK 21** PV-FFA;

EK 03 Artenschutzrechtliche Belange;

EK 14 Anlagenschutzbereich von Flugsicherungseinrichtungen

Innergebietliche Bewertung:

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan mit Ausschlusswirkung (Stadt Fürstenwalde/Spree, 20. Änd. FNP), (**PK 01**), der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan (Gem. Steinhöfel, BP Nr. 35 „Windfeld Beerfelde-Buchholz“ **PK 02**) und geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Eine Integration des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes in die Flächenkulisse des Regionalplans entspricht dem Planungsziel, bevorzugt konfliktarme Flächen festzulegen.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs und Nahbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU) (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme eines Wirkungsraumes von Denkmalen mit besonderem Raumbezug (Randbereich Steinhöfel) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BLDAM) (**EK 15**). Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**). Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradar-anlage erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDbw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- EK 04 LaPro (Moorkernflächen, Feuchtgrünlandkernflächen), LRP LOS (Kernflächen)
- EK 16 Bodendenkmal (Hügelgräberfeld Bronzezeit)

Abgrenzungserläuterung:

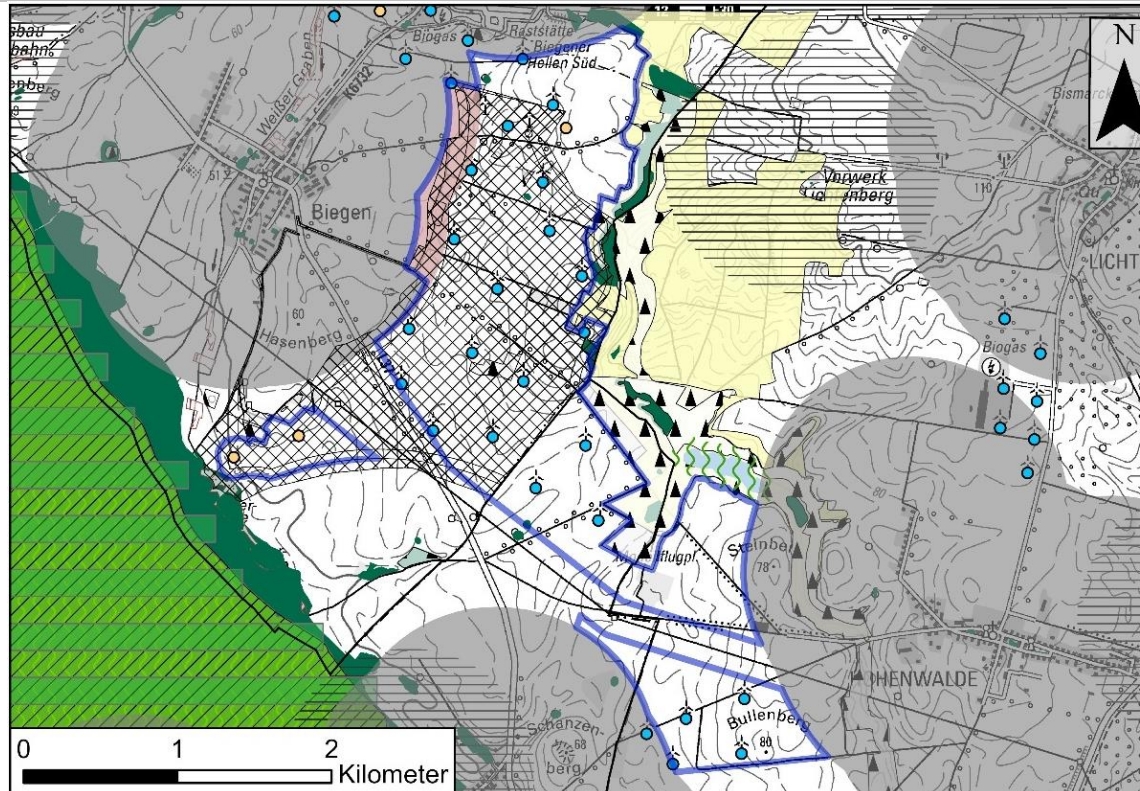
Das VR ist nordöstlich (Gölsdorf), südwestlich (Molkenberg) und westlich (Beerfelde) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Der Vorsorgeabstand von 1.000 m wird im westlichen Bereich unterschritten.

In diesen Bereichen wird aufgrund des Bebauungsplanes BP Nr. 35 „Windfeld Beerfelde-Buchholz“ nur ein Vorsorgeabstand von weniger als 1.000 m, hingegen mehr als 800 m eingehalten, was in diesen Bereichen ebenfalls die Abgrenzung des VR bildet (**NK 03**). Das VR ist südlich und südwestlich an den Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Artenschutzrechtliche Belange, welche zur Abgrenzung führen, wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt (**EK 03**). Im Norden grenzt das VR an eine Biogasanlage. Das VR grenzt im Nordosten an einen in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan einer PV-FFA (**NK 21**). Im Südosten grenzt das VR an einen Anlagenschutzbereich von Flugsicherungseinrichtungen an (VOR FWE Fürstenwalde/Spree - **EK 14**). Das Gebiet ist durch eine Höchstspannungsleitung mit Anbauverbotszone (220-380 kV - **NK 19**) in eine nördliche und eine südliche Teilfläche gegliedert.

VR WEN 37 Biegen Ost

Größe: 520 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 03** 800 m Vorsorgeabstände in Bereichen von Bauleitplänen; **NK 09** Gesetzlich geschützte Biotope; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **EK 02** LSG; **EK 08** Wälder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan (Gem. Briesen BP „Windpark Biegen“ - **PK 02**), und realisierte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandswindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt. Eine Integration des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes in die Flächenkulisse des Regionalplans entspricht dem Planungsziel, bevorzugt konfliktarme Flächen festzulegen.

Die Flächeninanspruchnahme von Zentralen Prüfbereichen und Nahbereichen von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU), hingegen betrifft dies überwiegend den bereits bebauten Bereich (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BlmSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LRP LOS (Kleingewässerkernflächen, Waldkernflächen), **LP FFO** (Gewässerkernfläche)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist südöstlich (Hohenwalde), südwestlich (Dubrow), nordwestlich (Biegen) und nördlich (Pillgram) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Der Vorsorgeabstand von 1.000 m wird im westlichen Bereich unterschritten. In diesen Bereichen wird aufgrund des Bebauungsplanes BP „Windpark Biegen“ ein Vorsorgeabstand 800 m zur Ortslage Briesen eingehalten, was in diesen Bereichen ebenfalls die Abgrenzung des VR bildet (**NK 03**). Das VR ist im Osten durch das Landschaftsschutzgebiet Biegener Hellen (**EK 02**), durch nicht kompensierbare Waldfunktionen (Erholungswald S1 und 2 - **EK 08**) und gesetzlich geschützte Biotope (**NK 09**) abgegrenzt. Das VR grenzt im Norden an eine Autobahn mit Anbauverbotszone (A12 – **NK 19**) und im Westen an eine Landesstraße mit Anbauverbotszone (L37 – **NK 19**). Das Gebiet ist durch eine Höchstspannungsleitung mit Anbauverbotszone (220-380 kV - **NK 19**) in eine nördliche, eine südliche und eine westliche Teilfläche gegliedert. Hierbei bildet die südliche Fläche der bereits realisierte Windpark „Hohenwalde Süd“.

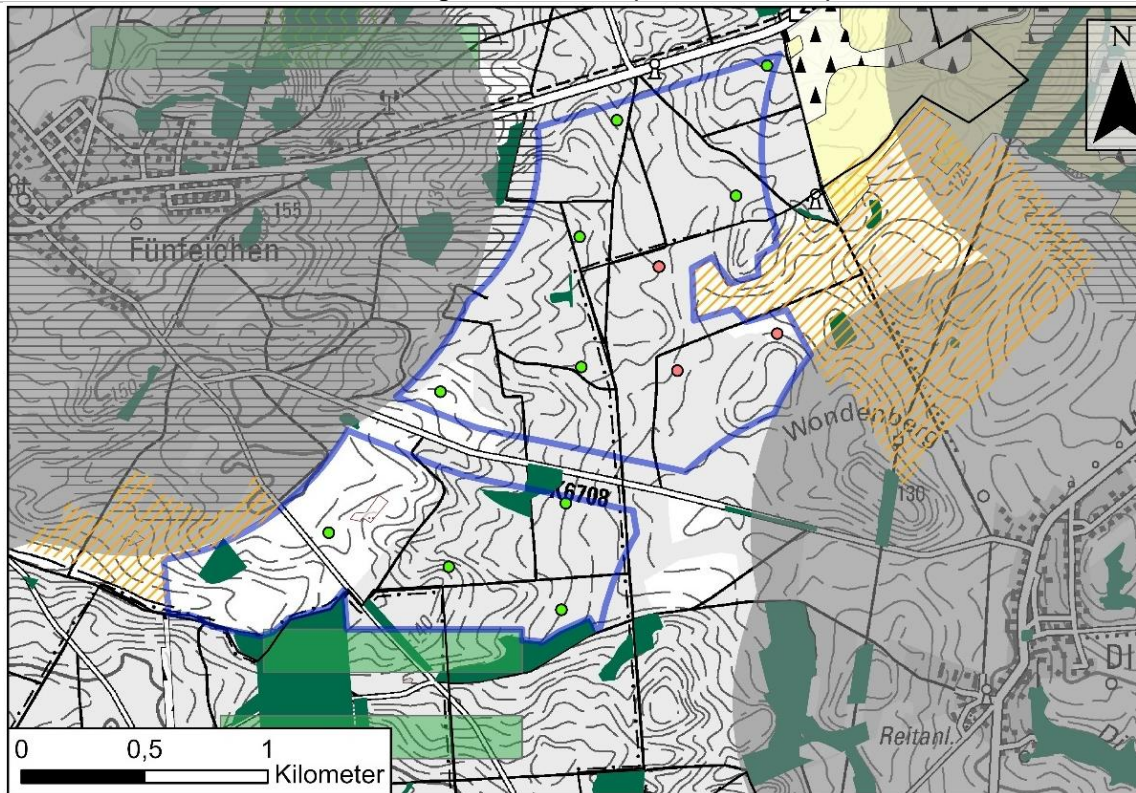
Der Planungsträger grenzt das VR im Süden an einen Feldweg mit Gehölz ab (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**), um den unvorbelasteten, südlichen Raum nicht zusätzlich zu belasten.

Der Planungsträger grenzt das VR im Westen entlang der Bebauungsplangrenze ab, um den unvorbelasteten, östlichen Raum nicht zusätzlich zu belasten (**EK 20**).

VR WEN 38 Diehlo-Fünfeichen

Größe: 262 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 07** Freiraumverbund LEP HR; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **NK 21** PV-FFA
EK 03 Artenschutzrechtliche Belange; **EK 04** Biotopverbundkonzept/Kernflächen

Innergebietliche Bewertung:

Genehmigte WEA (**PK 03**) sowie geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Die Windenergienutzung wird sich, ausgehend von den genehmigten WEA, in diesem Gebiet durchsetzen.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU), hingegen betrifft dies die Bereiche genehmigter WEA (**EK 03**).

Die Flächeninanspruchnahme eines Wirkungsraumes von Denkmalen mit besonderem Raumbezug (Randbereich Neuzelle) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BLDAM) (**EK 15**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Feuchtgrünlandkernflächen, Waldkernflächen), LRP LOS (Kleingewässerkernflächen, Waldkernflächen, Niedermoorfeuchtkernflächen, Trockenkernflächen)
- **EK 06** Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gem. LaPro

Abgrenzungserläuterung:

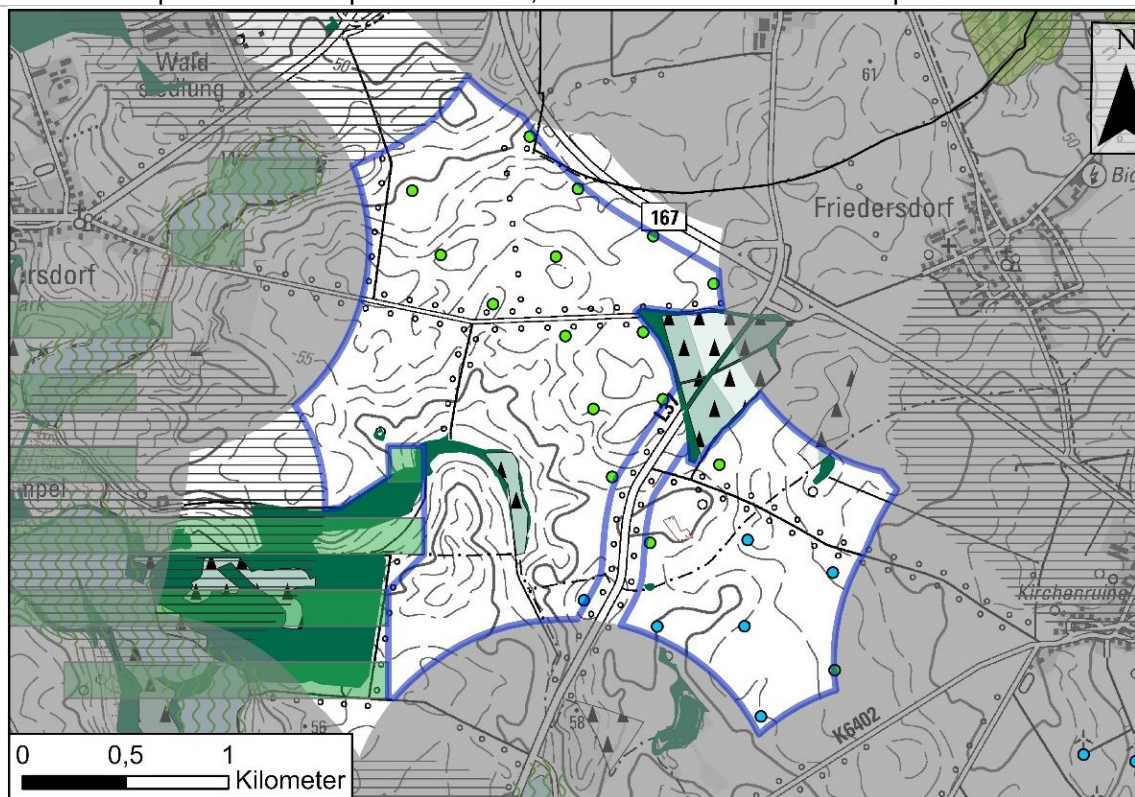
Das VR ist östlich (Diehlo) und westlich (Fünfeichen) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist nordwestlich an den Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Artenschutzrechtliche Belange, welche zur Abgrenzung führen, wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt (**EK 03**). Das VR grenzt im Osten und Südwesten an in Aufstellung befindliche Bebauungspläne für PV-FFA (**NK 21**). Im Süden grenzt das VR an den Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**) und an Waldkernflächen des LaPro und Waldkernflächen des LRP LOS (**EK 04**). Das VR grenzt im

Norden an eine Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B246 – **NK 19**). Das Gebiet ist durch eine Kreisstraße mit Anbauverbotszone (K6708 - **NK 19**) in eine nördliche und eine südliche Teilfläche gegliedert. Hierbei bildet die südliche Fläche den bereits realisierten Windpark „Hohenwalde Süd“.

VR WEN 39 Friedersdorf West

Größe: 447 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 07** Freiraumverbund LEP HR; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **EK 04** Biotopverbundkonzept/Kernflächen; **EK 08** Wälder mit nicht komp. Waldfunktionen

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich im Südosten des Gebiets bereits durchgesetzt. Die Windenergienutzung wird sich, ausgehend von den genehmigten WEA, in diesem Gebiet gesamtträumlich durchsetzen.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU), hingegen betrifft dies den bereits bebauten Bereich (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme eines Wirkungsraumes von Denkmalen mit besonderem Raumbezug (Randbereich Seelow) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BLDAM) (**EK 15**).

Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Feuchtgrünlandkernfläche, Moorkernflächen, Waldkernfläche), LRP LOS (Kleingewässerkernfläche, Moorkernfläche, Niedermoorfeuchtkernflächen)
- **EK 06** Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung gem. LaPro

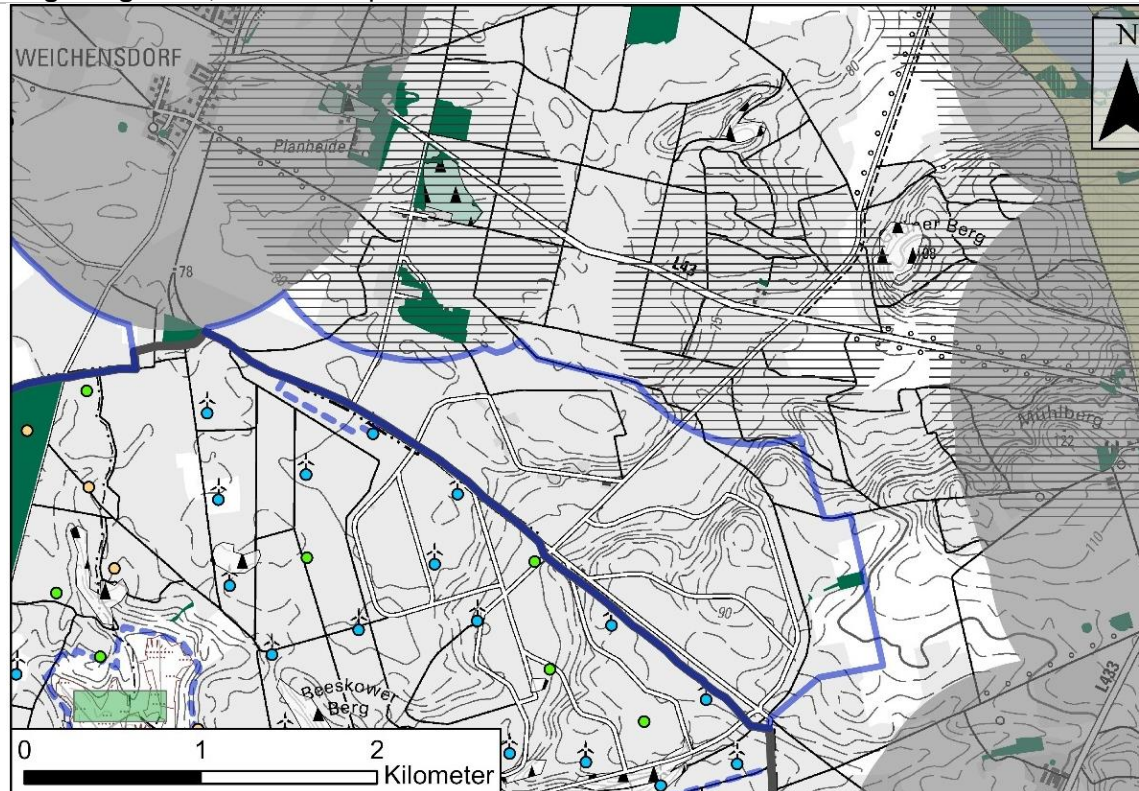
Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nordöstlich (Seelow), östlich (Friedersdorf) und südöstlich (Dolgelin), südlich (Neu Mahlsch, Lietzen Vorwerk) und westlich (Diedersdorf) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist westlich und nordwestlich an Vorsorgeabständen von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Osten grenzt das VR an nicht kompensierbare Waldfunktion (Kleine Waldfläche im waldarmen Gebiet - **EK 08**) und an Waldkernflächen des LaPro (**EK 04**). Im Westen grenzt das VR an den Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**) und an Waldkernflächen des LaPro (**EK 04**). Im Nordosten grenzt das VR an eine Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B167 - **NK 19**). Das Gebiet ist durch eine Landesstraße mit Anbauverbotszone (L37 - **NK 19**) in eine nördliche und eine südliche Teilfläche gegliedert.

VR WEN 42 Ullersdorf-Groß Muckrow

Größe: 333 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **Regionsgrenze**; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Benachbarte realisierte und genehmigte WEA (**PK 03**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA grenzt das VR an einen Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf.

Die Flächeninanspruchnahme einer Bergbauberechtigung (Reudnitz) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LBGR) (**EK 18**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Trockenkernflächen), LRP LOS (Trockenkernflächen, Waldkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist westlich (Weichensdorf) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist nördlich an Vorsorgeabständen von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**).

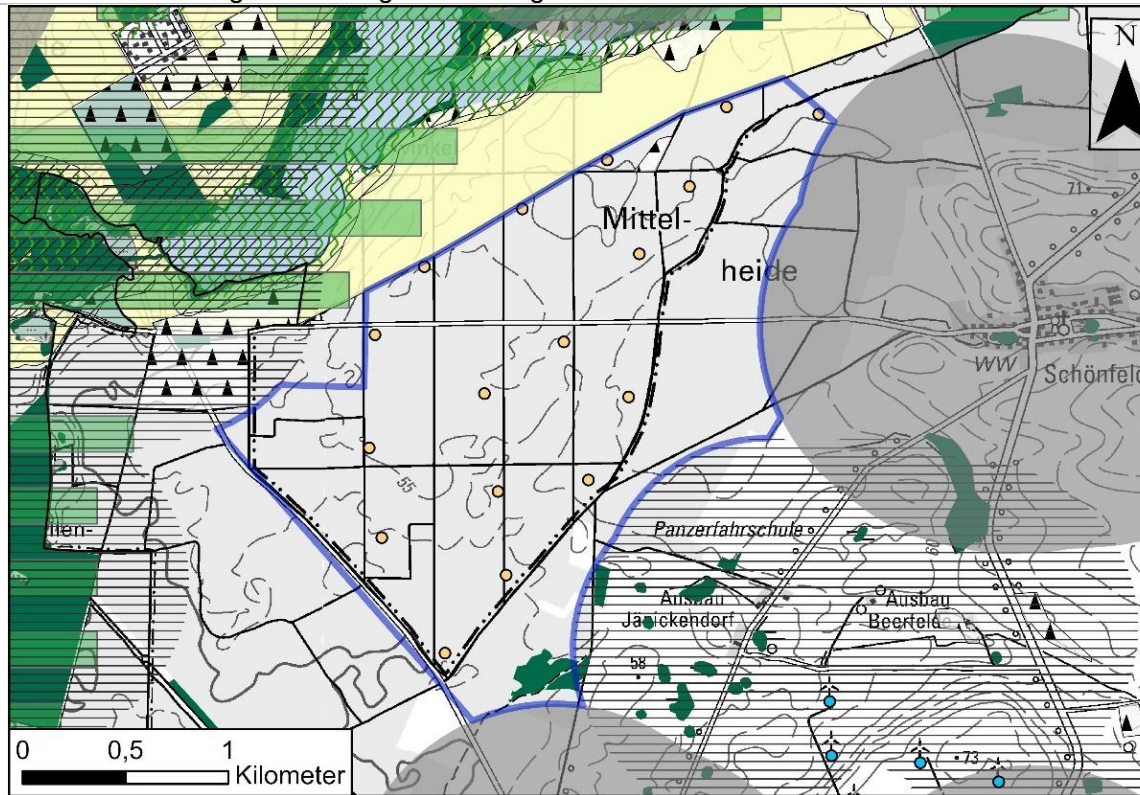
Der Planungsträger grenzt das VR östlich und südöstlich (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**) entlang der Konversionsfläche (Munitionslager Dammendorf Forst, Ullersdorf) ab, um den benachbarten unvorbelasteten Raum nicht zusätzlich zu belasten. Ebenfalls grenzt der Planungsträger das VR nördlich (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**) an einem Waldweg ab, damit für die angrenzenden Splittersiedlungen und Einzelgehöfte keine zusätzliche Belastung entsteht. Im Süden grenzt das VR an die **Regionsgrenze** zur Nachbarregion Lau-

sitz-Spreewald. Angrenzend befindet sich dort das im 1. Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans „Windenergienutzung“ Lausitz-Spreewald ausgewiesene VR-WEN-02 Trebitz-Ullersdorf. Dort befinden sich unmittelbar angrenzend errichtete und genehmigte WEA (**PK 03**).

VR WEN 51 Müncheberg-Mittelheide

Größe: 445 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand;
EK 02 LSG; **EK 04** Biotopverbundkonzept/Kernflächen;
EK 21 Vermeidung Umfassung von Ortslagen

Innergebietliche Bewertung:

Geplante WEA (**PK 04**) stellen ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordert. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Artenschutzrechtliche Belange wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt. Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Wissenschaftliche Versuchsfläche) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**). Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradaranlage erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDbw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LRP LOS (Kernwaldflächen, Kleingewässerkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nordöstlich (Schönfelde) und südlich (Jänickendorf) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist südöstlich und nordwestlich an dem Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Norden ist das VR am Landschaftsschutzgebiet Müggelspree-Löcknitzer Wald- und Seengebiet (**EK 02**) abgegrenzt.

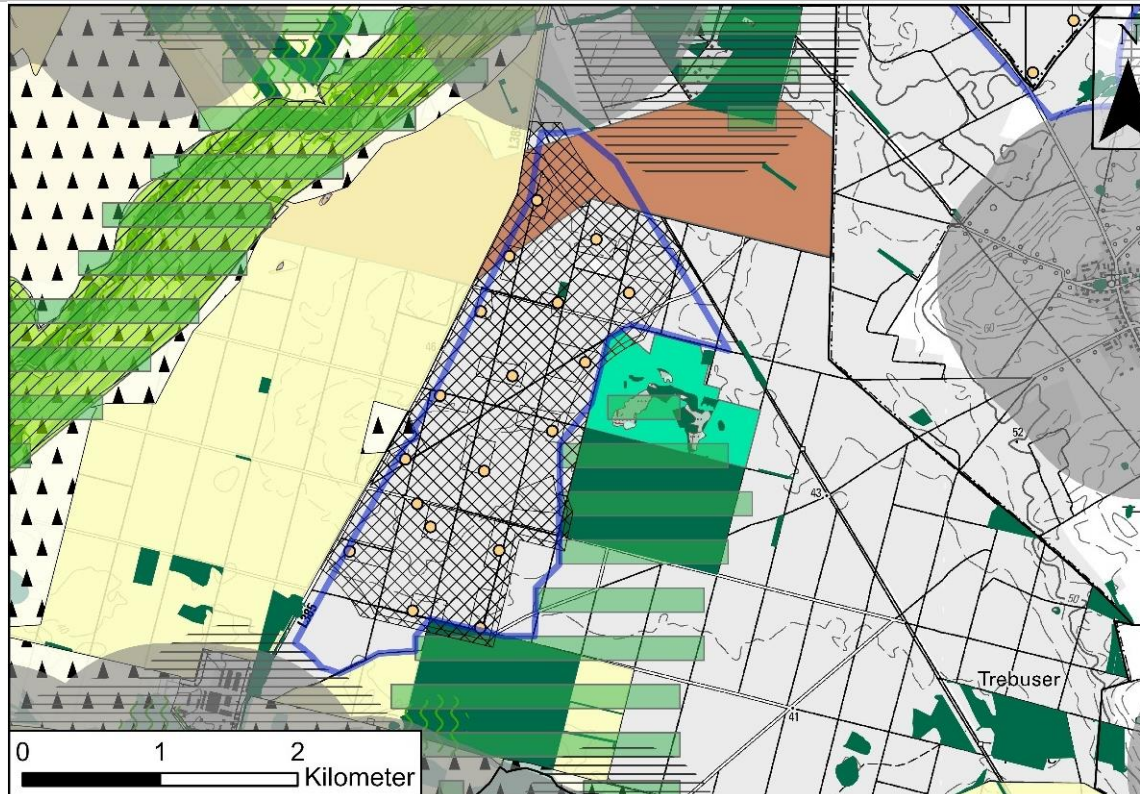
Im Nordwesten grenzt das VR WEN an Waldkernflächen des LRP LOS (**EK 04**).

Die Vermeidung der Umfassung von Ortslagen (Schönfelde - **EK 21**) beschränkt eine weitere nordöstliche Ausdehnung des VR. Deshalb ist dieses Kriterium maßgeblich für die nordöstliche Abgrenzung des VR. Zudem beschränkt die Vermeidung der Umfassung von Ortslagen (Jänickendorf - **EK 21**) eine weitere westliche Ausdehnung des VR, deshalb ist dieses Kriterium maßgeblich für die westliche Abgrenzung des VR.

VR WEN 52 Hangelsberg

Größe: 462 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 07** Freiraumverbund LEP HR; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **EK 04** Biotopverbundkonzept/Kernflächen; **EK 07** GLB; **EK 08** Wälder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen

Innergebietliche Bewertung:

Der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan (BP Nr. 52 „Windpark Kienbaum-Hangelsberg“ - **PK 02**), und geplante WEA (**PK 04**) stellen Positivkriterien dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs und Nahbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU) (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme eines Baubeschränkungsgebietes und einer Bergbauberechtigung (Hangelsberg/Jänickendorf) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LBGR) (**EK 18**).

Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Wissenschaftliche Versuchsfläche) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BImSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**). Die Flächeninanspruchnahme vom 50 km-Radius um eine Luftverteidigungsradaranlage erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDBw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Waldkernflächen), LRP LOS (Waldkernflächen)

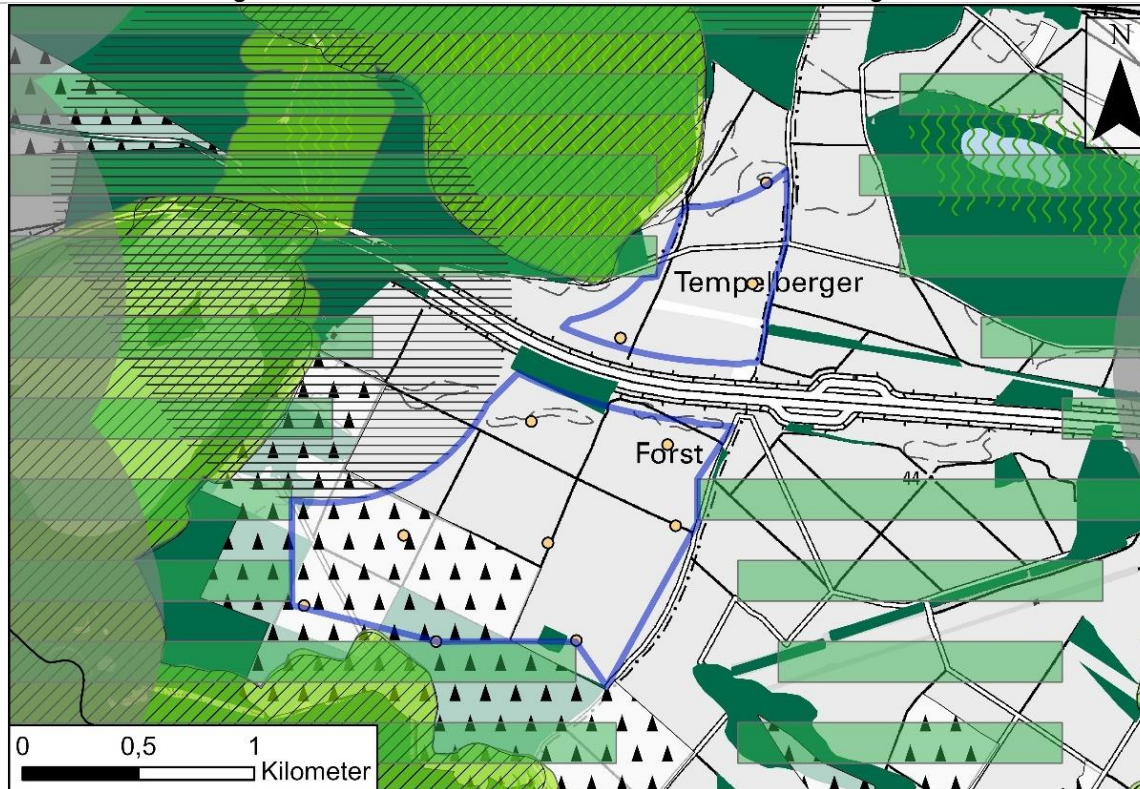
Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nördlich (Kienbaum) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist südwestlich an dem Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Süden und Osten grenzt das VR an den Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**) und im Süden zusätzlich an das Landschaftsschutzgebiet Müggelspree-Löcknitzer Wald- und Seengebiet (**EK 02**). Im Osten grenzt das VR an den gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteil Plaatzter Moor (**EK 07**). Das VR grenzt im Westen an eine nicht kompensierbare Waldfunktion (Bestand Gewinnung forstliches Vermehrungsgut - **EK 08**). Im Nordosten grenzt das VR an eine Hochspannungsleitung mit Anbauverbotszone (110 kV - **NK 19**) und im Westen an eine Landesstraße mit Anbauverbotszone (L385 – **NK 19**).

VR WEN 53 BAB12-Kersdorf

Größe: 187 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 11** FFH;
NK 19 Linienförmige Infrastruktur; **EK 03** Artenschutzrechtliche Belange

Innergebietliche Bewertung:

Geplante WEA (**PK 04**) stellen ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU) (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme eines Wirkungsraumes von Denkmalen mit besonderem Raumbezug (Randbereich Steinhöfel) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BLDAM) (**EK 15**). Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Erholungswald S1 und S2) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg (**EK 08**).

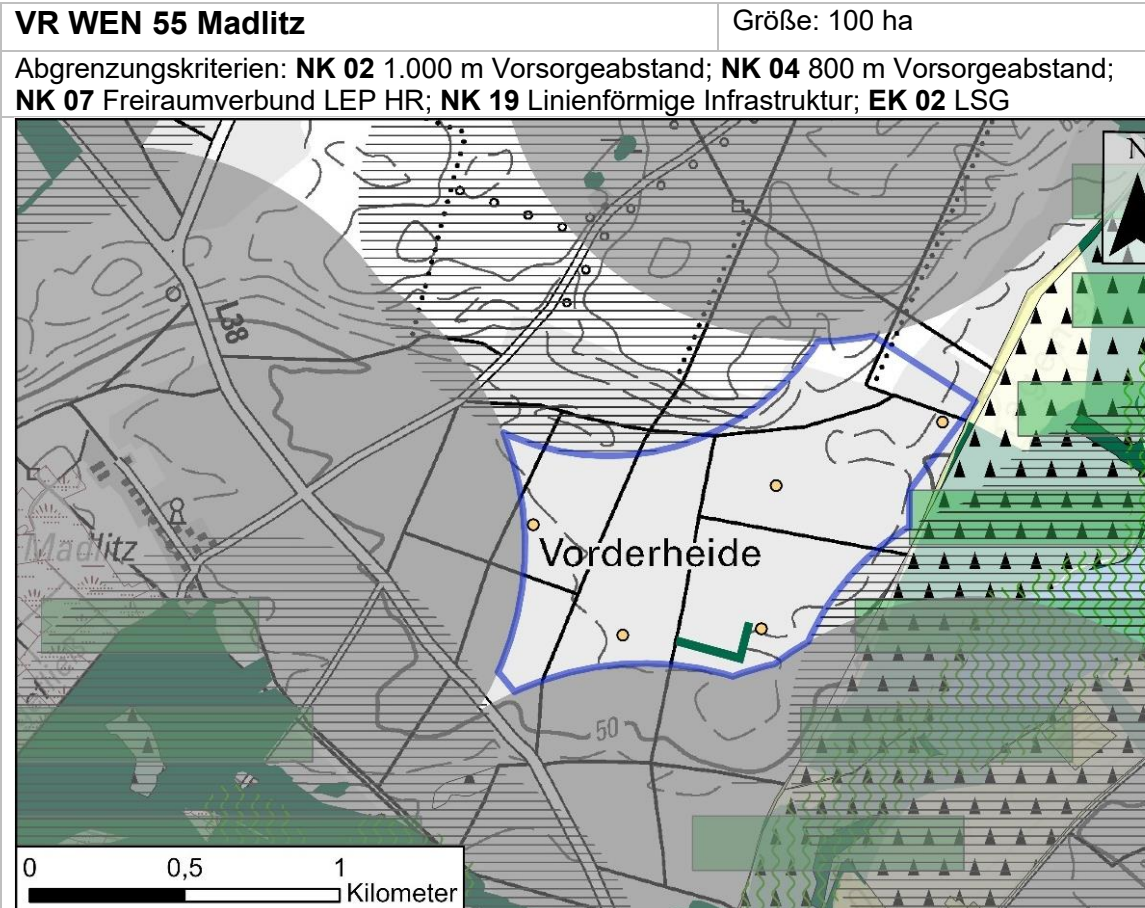
Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp-, anlagenspezifisch und/oder geländehöhenabhängig folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Waldkernflächen), LRP LOS (Waldkernflächen)
- **EK 12** Bundeswehr Belange (Flugbeschränkungsgebiet ED-R 150)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist westlich an dem Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Nordwesten, Südwesten, Süden und Osten grenzt das VR an den Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**) und im Nordwesten zusätzlich an das Fauna-Flora-Habitat Glieningmoor (**NK 11**).

Im Ergebnis der SUP grenzt der Planungsträger das VR im Südwesten und Nordwesten im Sinne des Schutzes artenschutzrechtlicher Belange (**EK 03**) ab.



Innergebietliche Bewertung:

Geplante WEA (**PK 04**) stellen ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordert. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus.

Die Flächeninanspruchnahme eines Wirkungsraumes von Denkmälern mit besonderem Raumbezug (Randbereich Steinhöfel) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BLDAM) (**EK 15**). Die Flächeninanspruchnahme des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150 erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDbw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

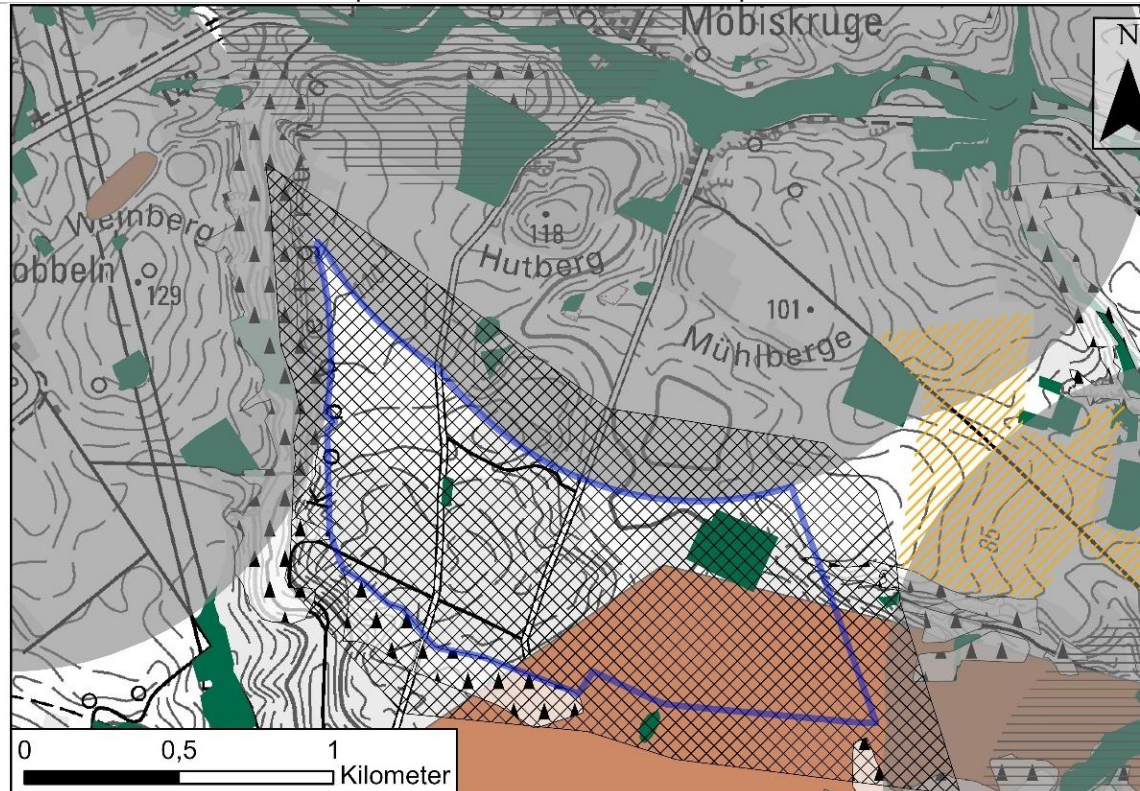
- **EK 04** LRP LOS (Waldkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nördlich (Alt Madlitz), südlich (Briesen (Mark)) und westlich (Neu Madlitz) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist südöstlich und nordwestlich an den Vorsorgeabständen von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Osten ist das VR am Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**) und im Nordosten am Landschaftsschutzgebiet Madlitz-Falkenhagener Seengebiet (**EK 02**) abgegrenzt. Das VR ist nördlich an einer Höchstspannungsleitung mit Anbauverbotszone (220-380 kV - **NK 19**) und im Südwesten an einer Landesstraße mit Anbauverbotszone (L38 – **NK 19**) abgegrenzt.

VR WEN 58 Möbiskrüge-Kobbeln

Größe: 123 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand;**EK 08** Wälder mit nicht komp. Waldfunktionen; **EK 20** KompaktheitInnergebietliche Bewertung:

Der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan (Gem. Neuzelle BP „Möbiskrüge-Ossendorf-Neuzelle“ - **PK 02**) stellt ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordert. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus.

Die Flächeninanspruchnahme eines Zentralen Prüfbereichs von kollisionsgefährdeten Vogelarten (gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LfU) (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme eines Wirkungsraumes von Denkmalen mit besonderem Raumbezug (Neuzelle) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BLDAM) (**EK 15**). Die Flächeninanspruchnahme einer Bergbauberechtigung (Wellmitz) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LBGR) (**EK 18**). Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Wald auf erosionsgefährdetem Standort) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BlmSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**).

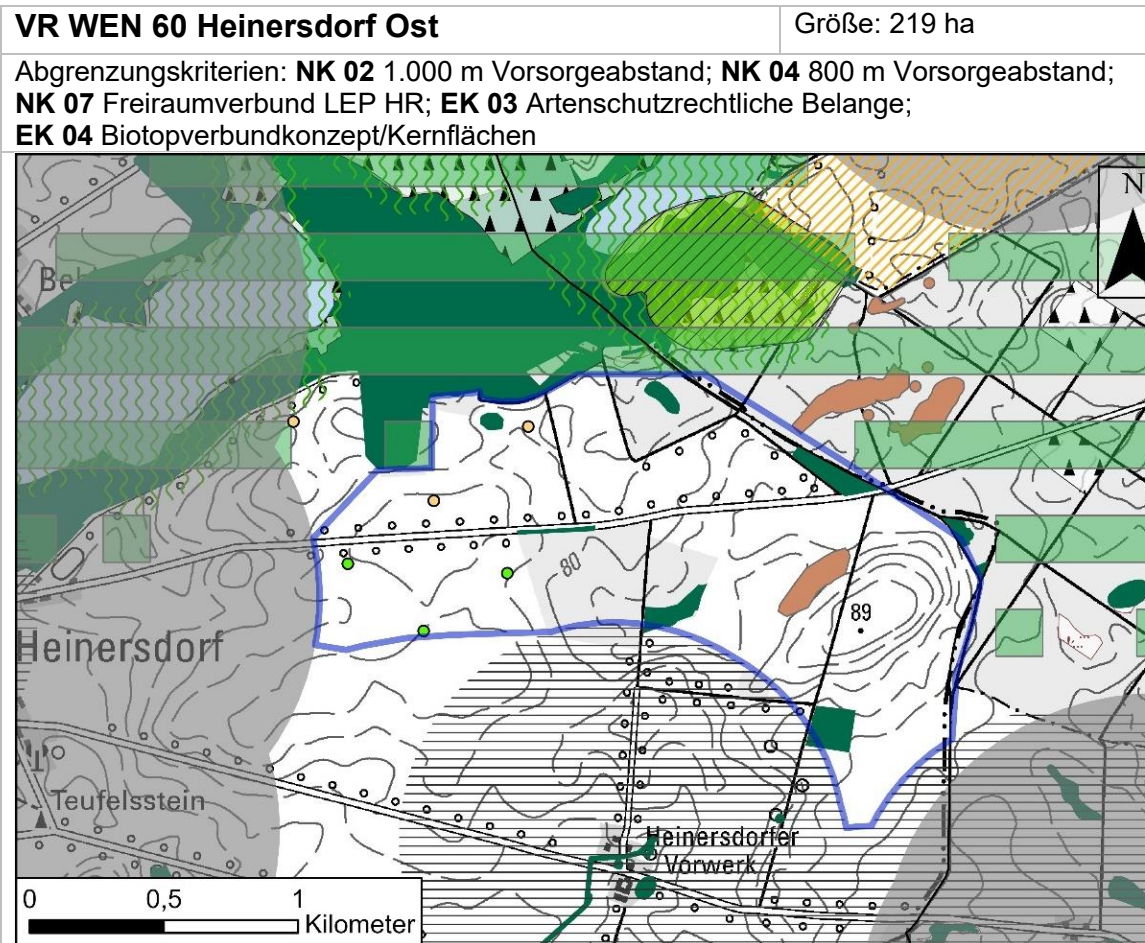
Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LRP LOS (Waldkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nördlich (Möbiskrüge) und westlich (Kobbeln) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Im Südwesten und Westen grenzt das VR an nicht kompensierbare Waldfunktionen (**EK**

08). Der Planungsträger grenzt das VR östlich und südlich entlang der Bebauungsplangrenze ab (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**), um den unvorbelasteten, östlichen und südlichen Raum nicht zusätzlich zu belasten sowie im Sinne des Schutzes von Denkmalen mit besonderem Raumbezug (Neuzelle).



Innergebietliche Bewertung:

Geplante WEA (**PK 04**) stellen ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordert. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Die Windenergienutzung wird sich, ausgehend von den genehmigten WEA im Nordwesten, in diesem Gebiet durchsetzen.

Die Flächeninanspruchnahme eines Altbergbaugebietes (Cuno b. Lietzen) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (LBGR) (**EK 18**). Im Ergebnis der SUP grenzt der Planungs-träger das VR im Südwesten und Nordwesten im Sinne des Schutzes artenschutzrechtlicher Belange ab (**EK 03**). Die Flächeninanspruchnahme des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150 erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BAIUDbw) (**EK 12**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Waldkernflächen), LRP LOS (Waldkernflächen, Kleingewässerkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

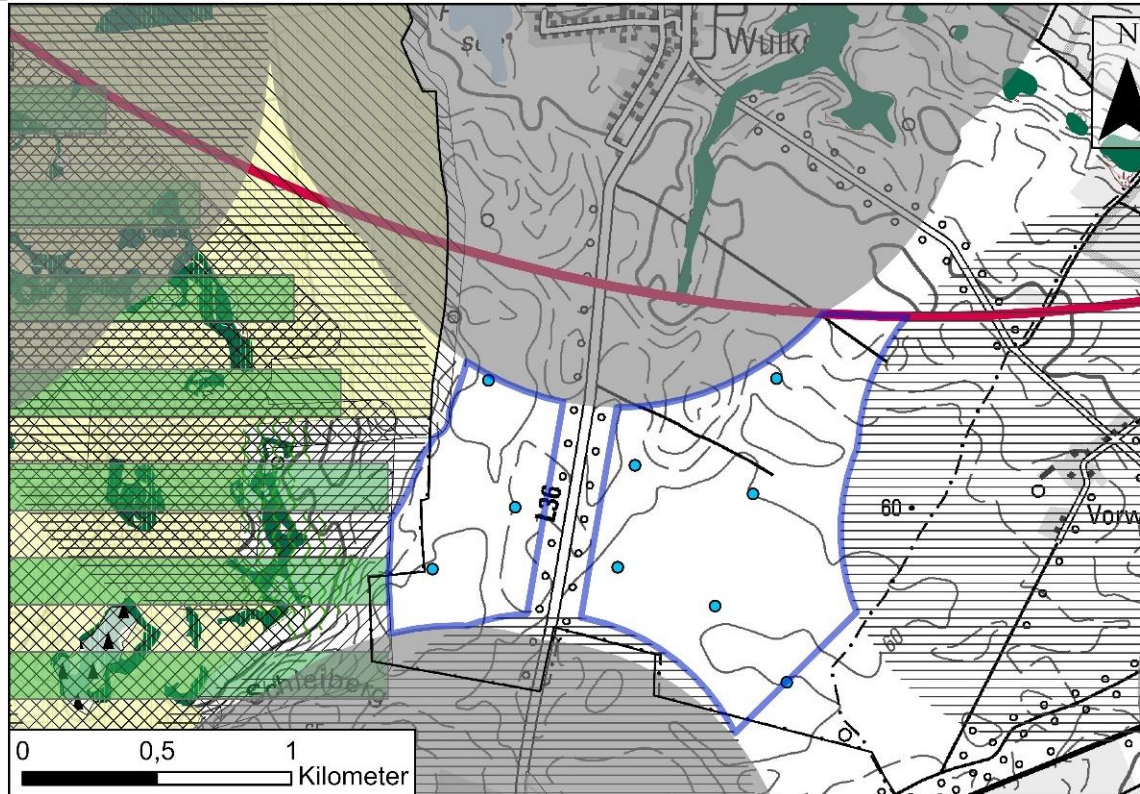
Das VR ist westlich (Heinersdorf) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist südöstlich und südlich an Vorsorgeabständen von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Artenschutzrechtliche Belange wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt (**EK 03**). Im Norden und Osten ist das VR entlang des Freiraumverbundes des LEP HR (**NK 07**) abgegrenzt. Im Nordwesten ist das VR an Waldkernflächen des LaPro und LRP LOS abgegrenzt (**EK 04**).

Im Ergebnis der SUP grenzt der Planungsträger das VR im Südwesten und Nordwesten im Sinne des Schutzes artenschutzrechtlicher Belange (**EK 03**) ab.

VR WEN 63 Wulkow-Trebnitz

Größe: 151 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 07** Freiraumverbund LEP HR; **NK 10** SPA; **NK 11** FFH; **NK 17** Bauhöhenbeschränkung des SLP Neuhardenberg; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **EK 03** Artenschutzrechtliche Belange; **EK 21** Vermeidung Umfassung von Ortslagen

Innergebietliche Bewertung:

Realisierte WEA (**PK 03**) stellen ein Positivkriterium dar, welches die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordert. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandwindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt.

Die Flächeninanspruchnahme eines Wirkungsraumes von Denkmälern mit besonderem Raumbezug (Randbereich Neuhardenberg) erfolgt nach Abstimmung mit der Fachbehörde (BLDAM) (**EK 15**).

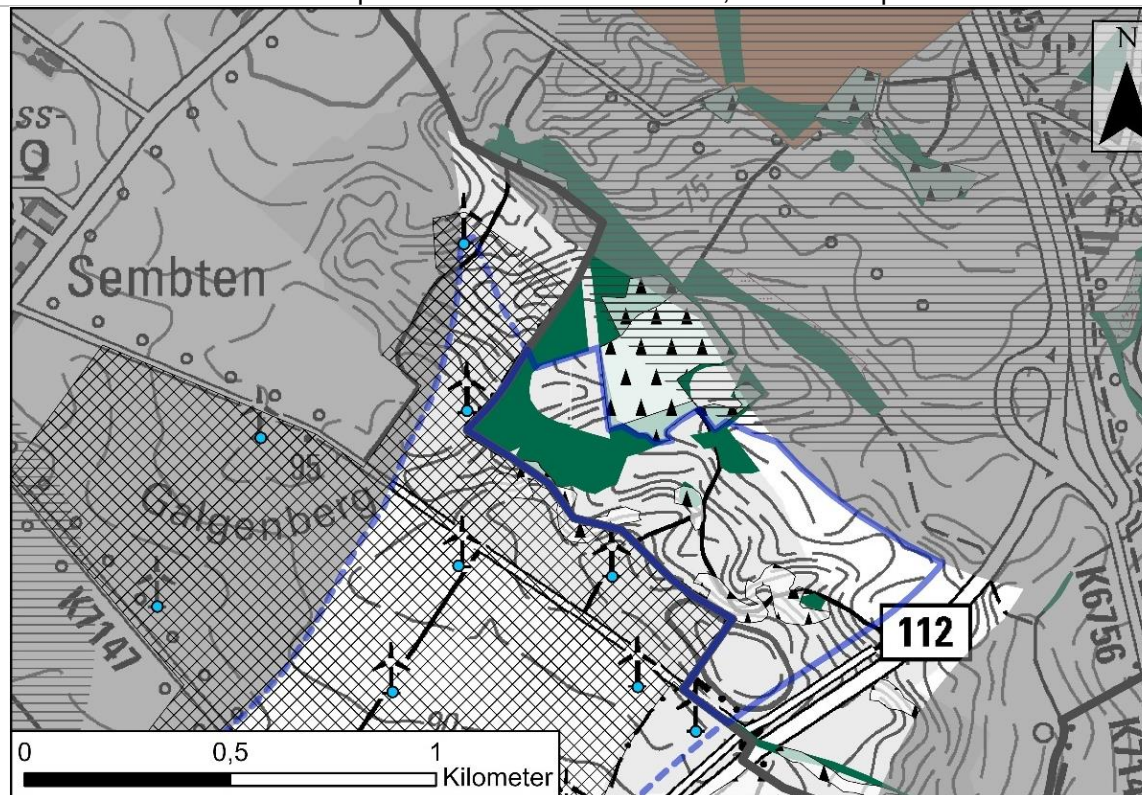
Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nördlich (Wulkow) und südlich (Trebnitz) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist östlich, südlich und westlich an Vorsorgeabständen von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Artenschutzrechtliche Belange, welche zur Abgrenzung führen, wurden mit der Fachbehörde (LfU) abgestimmt (**EK 03**). Im Nordosten grenzt das VR an die Bauhöhenbeschränkung des SLP Neuhardenberg (**NK 17**). Im Westen grenzt das VR an den Freiraumverbund des LEP HR (**NK 07**), an das Vogelschutzgebiet Märkische Schweiz (**NK 10**) und an das Fauna-Flora Habitat Müncheberg Ergänzung (**NK 11**). Das VR ist im Südosten durch das Kriterium Vermeidung der Umfassung von Ortslagen begrenzt (Trebnitz - **EK 21**). Das Gebiet ist durch eine Landesstraße mit Anbauverbotszone (L36 - **NK 19**) in eine östliche und eine westliche Teilfläche gegliedert.

VR WEN 67 Sembten Nord

Größe: 40 ha

Abgrenzungskriterien: **NK 02** 1.000 m Vorsorgeabstand; **NK 04** 800 m Vorsorgeabstand; **NK 19** Linienförmige Infrastruktur; **Regionsgrenze**;
EK 08 Wälder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen; **EK 20** Kompaktheit

Innergebietliche Bewertung:

Der angrenzende und in Aufstellung befindliche Bebauungsplan (Gem. Schenkendöbern BP NR. 30 „Windpark Sembten - Repowering“ - **PK 02**) und realisierte WEA (**PK 03**) stellen Positivkriterien dar, welche die Prüfung auf Eignung einer Ausweisung als Vorranggebiet erfordern. Im Planungsprozess stellt sich der Planungsraum als geeignetes VR heraus. Aufgrund der bereits realisierten WEA ist das VR ein Bestandswindpark und weist eine Vorprägung im Raum auf. Die Windenergienutzung hat sich in diesem Gebiet bereits durchgesetzt und das VR stellt eine Erweiterung des bereits realisierten Windparks dar. Eine Integration des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes in die Flächenkulisse des Regionalplans entspricht dem Planungsziel, bevorzugt konfliktarme Flächen festzulegen.

Die Flächeninanspruchnahme von Wäldern mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen (Wald auf exponierter Lage) erfolgt nach Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der den im Planentwurf dargestellten VR unter Beachtung der forstbehördlichen Gebote zur Waldumwandlung im Rahmen des anschließenden BlmSchG-Verfahren zugestimmt hat (**EK 08**).

Im nachgelagerten Plan-/Genehmigungsverfahren können vorhabenbezogen anlagentyp- und anlagenspezifisch folgende Belange sachgerecht bewältigt werden, da in einem zukünftigen VR nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen werden:

- **EK 04** LaPro (Trockenkernflächen), LRP LOS (Waldkernflächen)

Abgrenzungserläuterung:

Das VR ist nordöstlich (Steinsdorf Vorwerk) durch den erweiterten Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden nach § 30 und § 34 BauGB abgegrenzt (**NK 02**). Das VR ist nördlich an Vorsorgeabständen von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäuden im

Außenbereich abgegrenzt (**NK 04**). Im Norden grenzt das VR an Wälder mit nicht kompensierbare Waldfunktionen (Wald hoher ökologischer Bedeutung, Bestand Gewinnung forstl. Vermehrungsgut - **EK 08**). Das VR grenzt östlich an eine Bundesstraße mit Anbauverbotszone (B112 - **NK 19**). Im Süden grenzt das VR an die **Regionsgrenze** zur Nachbarregion Lausitz-Spreewald. Angrenzend befindet sich dort das im 1. Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans „Windenergienutzung“ Lausitz-Spreewald ausgewiesene VR-WEN-04 Sembten. Dort befinden sich unmittelbar angrenzend errichtete WEA (**PK 03**). Der Planungsträger grenzt das VR westlich an das angrenzenden VR-WEN-04 ab (Kompaktheit von VR WEN - **EK 20**), um den unvorbelasteten, nordwestlichen Raum nicht zusätzlich zu belasten.

5 Begründung zum Grundsatz G 1

Planungsanlass und Zielsetzungen

Nach der Einschätzung des Planungsträgers können solartechnische Anlagen als raumbedeutsam nach § 3 Absatz 1 Nr. 6 ROG klassifiziert werden. Diese raumordnerische Zuordnung basiert auf der Regionalplanmaßstab relevanten durchschnittlichen Größe der in Anspruch genommenen Fläche für Vorhaben von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) in der Planungsregion von 14,6 ha (Stand 31.12.2024).

Eine raumverträgliche Steuerung von raumbedeutsamen PV-FFA soll in der Planungsregion Oderland-Spree auf Grundlage gesamträumlich einheitlicher Kriterien PV-FFA erfolgen. Aufgrund der vielfach auftretenden Flächennutzungskonkurrenzen und -konflikte im Außenbereich bedarf es eines schlüssigen Planungskonzepts für eine raumverträgliche Nutzung. Dafür ist die regionale Planungsebene mit ihrer querschnittsorientierten, überörtlichen Betrachtung bei hinreichend gebietsscharfer Maßstäblichkeit besonders gut geeignet. Die Kriterien ermöglichen eine Lenkung von PV-FFA auf weniger konfliktreiche Standorte. Hierbei verfolgt das Kriteriengerüst das Ziel u.a. zahlreichen Raumnutzungsbelangen, die auf Grundlage der Richtlinie der GL für Regionalpläne als Vorrang- und Vorbehaltsgebiete im Integrierten Regionalplan der Region Oderland-Spree festgelegt werden sollen (IRP; Plankonzept zu Teil I IRP, Beschluss der Regionalversammlung RPG Nr. Beschluss-Nr. 21/05/30 und Plankonzept zu Teil II IRP, Beschluss der Regionalversammlung RPG, Beschluss-Nr. 22/07/38), Rechnung zu tragen. Nach dem Baugesetzbuch liegt die Planungshoheit für PV-FFA-Vorhaben auf kommunaler Ebene (mit Ausnahme von § 35 Absatz 1 Nr. 8b und Nr. 9 BauGB), weshalb die RPG Oderland-Spree nur textliche und keine zeichnerischen Festlegungen im Bereich der PV-FFA trifft.

Das Kriteriengerüst nimmt Bezug auf den Ausbau von konventionellen PV-FFA und schwimmenden-, Moor-Photovoltaikanlagen. Die raumordnerische Bewertung von Agri-PV-Anlagen und Biodiversitäts-PV-Anlagen erfolgt jedoch nicht über das Kriteriengerüst PV-FFA.

Neben der Raumbedeutsamkeit wird auch die Dynamik des Ausbauprozesses der PV-FFA als Planungsanlass für die Erstellung des Kriteriengerüsts gewertet. Seit 2019 sorgen die sich schnell ändernden rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine rasante Entwicklung von Photovoltaikprojekten in der Region Oderland-Spree. Die über die kommunale Bauleitplanverfahren vorgesehene Fläche für PV-FFA in der Region wuchs um 650% innerhalb von nur 4 Jahren: von 713 ha im Jahr 2020 auf 4.637 ha im Jahr 2024 (Stand 31.12.2024). Im Herbst 2024 verfügten nur 18 von 82 Gemeinden in der Region über kommunales Kriteriengerüst oder Konzept für einen planerisch gesteuerten PV-FFA-Ausbau (Kommunalgespräche 2024). Dieser hochdynamische und nur in wenigen Kommunen gesamträumlich geregelte Transformationsprozess soll durch das Kriteriengerüst PV-FFA des TRP EE bei Berücksichtigung der aktuellen energiepolitischen und rechtlichen Rahmensetzungen raumverträglich gesteuert werden.

Es ist gesetzlich vorgeschrieben, den räumlichen Erfordernissen einer kostengünstigen, sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung Rechnung zu tragen (§ 2 Absatz 2 Nr. 4 ROG). Dies bedeutet, dass die Auswirkungen des Ausbaus der PV-FFA auf alle Schutzgüter und das überragende öffentliche Interesse (vgl. § 2 EEG 2023) gegeneinander abgewogen werden müssen.

Um einen raumverträglichen Ausbau zu gewährleisten, wird die Entwicklung von PV-FFA auf bereits vorbelasteten Flächen als Ziel priorisiert (Richtlinie der GL für Regionalpläne, S. 1361, GA PV-FFA, S.15). Ein weiteres Ziel des Kriteriengerüsts PV-FFA ist es u.a., die land-

schaftsästhetischen Aspekte bei der Gebietsfestlegung auf kommunaler Ebene zu berücksichtigen (vgl. „Den Landschaftswandel gestalten!“ BfN, BBSR, 2014). Des Weiteren verfolgt das Kriteriengerüst das Ziel, eine Mindestgröße der PV-FFA zu benennen, um eine Konzentration der Anlagen im Sinne der Bündelung technischer Infrastruktur zu erreichen.

Die vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL), Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) 2023 herausgegebene „Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA), Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg“ dient im Land Brandenburg als Hilfe bei der kommunalen Entscheidungsfindung im Rahmen der Bauleitplanung für großflächige Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

Das Kriteriengerüst der RPG lehnt sich an die Gemeinsame Arbeitshilfe an. Gleichwohl vertieft es diese um die spezifischen, regionalen Belange der Region Oderland-Spree. So wird in dem regionalplanerischen Kriteriengerüst der Abstand zum Siedlungsbereich konkretisiert, um die Kulturlandschaften mit Dörfern und Kleinstädten der Region vor der technischen Überprägung zu schützen. Ein weiteres Beispiel betrifft das Kriterium „Böden mit einem hohen Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktion, besonders klimarobuste Böden und Böden höherer Ackerzahlen“.

Gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 3 ROG sind die Grundsätze der Raumordnung als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- und Ermessensentscheidungen, so auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung, zu berücksichtigen.

Planungsmethodik

Die aktuellen fachlichen und rechtlichen Grundlagen wurden analysiert. Im ersten Schritt wurden Kriterien ermittelt, die Flächen als besonders geeignet für PV-FFA qualifizieren. Danach wurden Kriterien ermittelt, die Flächen als bedingt geeignet für die PV-FFA einordnen und einer einzelfallbezogenen Prüfung bedarf. Anschließend wurden Kriterien ermittelt, die Flächen aufgrund entgegenstehender rechtlicher Sachverhalte oder begründet durch den Planungsträger als besonders ungeeignet für PV-FFA einstufen.

Planungskriterien (siehe Anlage Kriteriengerüst Photovoltaik-Freiflächenanlagen)

Das Kriteriengerüst ist in drei Stufen gegliedert, um sicherzustellen, dass möglichst wenige Raumnutzungskonflikte entstehen. Es dient der mehrstufigen Bewertung der einzelnen Flächen und besteht aus Positiv-, Einzelfallbezogenen und Negativkriterien. Diese werden nicht nur textlich beschrieben, sondern in Teilen auch auf Karten dargestellt (siehe Erläuterungskarte 2 Kriteriengerüst Photovoltaik-Freiflächenanlagen – Negativkriterien). In der Fachliteratur wird empfohlen, den Ausbau von PV-FFA über die Instrumente der Regionalplanung zu steuern, da hierdurch „eine höhere Verbindlichkeit als bspw. durch informelle Konzepte erreicht werden kann“ (Regionalplanung für einen raumverträglichen Ausbau von PV-FFA, Positionspapier aus der ARL 134, S. 13, 2022).

Erfüllt eine Fläche ein oder mehrere Positivkriterien, ist die Fläche für PV-FFA geeignet, sofern keine Negativ- oder einzelfallbezogenen Kriterien entgegenstehen. Die einzelfallbezogenen Kriterien dienen für Flächen, die, falls nicht ausreichend geeignete Flächen (vgl. Positivkriterien) zur Verfügung stehen, für die bauleitplanerische Festlegung als raumbedeutsame PV-FFA bedingt geeignet sind. Trifft mindestens ein Negativkriterium auf eine Fläche zu, auf der eine raumbedeutsame PV-FFA errichtet werden soll, ist diese Anlage voraussichtlich nicht genehmigungsfähig.

Die Erarbeitung von **Positivkriterien** erfolgte auf Basis der geltenden rechtlichen und fachlichen Grundlagen. Diese legen den Fokus hauptsächlich auf infrastrukturell vorgeprägte Flächen. Dazu gehören unter anderem Konversionsflächen, Landschaften mit einem von technischen Einrichtungen überprägten Landschaftsbild, Flächen neben Flugplätzen, sowie Flächen

im Anschluss an gewerbliche und industrielle Nutzung. Diese werden in der Gemeinsamen Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (GA PV-FFA) als prioritäre Flächen für die Errichtung von PV-FFA eingestuft (GA PV-FFA, S.15). Darüber hinaus können PV-FFA auch als Hauptanlagen in Gewerbegebieten errichtet werden (§37 EEG). Außerdem wird die Netzintegrationsfähigkeit des Vorhabens als Positivkriterium bewertet. Seit 2023 sind PV-FFA entlang von Autobahnen und Schienenwegen (§ 35 Absatz 1 Nr. 8b BauGB) und kleinere PV-Anlagen auf zugleich landwirtschaftlich genutzten Flächen (§ 35 Absatz 1 Nr. 9 BauGB) im Außenbereich privilegiert zulässig. Zusätzlich empfiehlt der Planungsträger, auch geringfügig klimarobuste Böden und Böden geringerer Ackerzahlen als Flächen für den Ausbau von PV-FFA zu erschließen (Czettritz, 2023). Alle Positivkriterien sind in der Anlage Kriteriengerüst Photovoltaik-Freiflächenanlagen aufgelistet.

Die rechtlichen und fachlichen Grundlagen sehen die Möglichkeit vor, Einzelentscheidungen für die Flächen zu treffen, die bedingt geeignete Standorte darstellen. Diese Grundlagen werden für die Ausarbeitung der **einzelfallbezogenen Kriterien** herangezogen. Dies betrifft vor allem Belange des Naturschutzes. In Landschaftsschutzgebieten und in Europäischen Vogelschutzgebieten (§25 BNatSchG, § 9 Absatz 6 Nr. 4 BbgNatSchAG und §§ 33,34 BNatSchG) ist die Entwicklung von PV-FFA nur unter Vorbehalt möglich. Auch die Belange der Ernährungssicherheit und der Wasserversorgung müssen ausführlich abgewogen werden. So können die Schutzzonen III, III A und B der Trinkwasserschutzgebiete nur unter bestimmten Voraussetzungen für die PV-FFA in Anspruch genommen werden (§§ 51, 52 WHG i. V. m. § 15 BbgWG, GA PV-FFA, S. 21).

Wiedervernässte Moorböden und künstliche Seen können prinzipiell als Flächen für Moor-PV-Anlagen oder Floating-PV-Anlagen dienen (GA PV-FFA, S.17). Darüber hinaus können Böden mittlerer Ackerzahlen und relativ klimarobuste landwirtschaftliche Böden für den Ausbau in Betracht gebracht werden (Czettritz, 2023). Alle einzelfallbezogenen Kriterien sind in der Anlage Kriteriengerüst Photovoltaik-Freiflächenanlagen aufgelistet.

Die rechtlichen und fachlichen Grundlagen schließen diejenigen Flächen aus, auf denen keine Bauvorhaben, einschließlich der Errichtung der PV-FFA, stattfinden können. Diese Grundlagen dienen zur Ausarbeitung der **Negativkriterien**. Dies betrifft vor allem ökologische Restriktionen. In Entwicklungszonen des Biosphärenreservats, Naturschutzgebieten, Flora-Fauna-Habitat-Gebieten, in den Gebieten der gesetzlich geschützten Biotop, Waldgebieten, auf natürlichen Stand- und Fließgewässern oder Böden mit einem hohen Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktion und Böden höherer Ackerzahlen kann die Solarenergienutzung mit dem Schutzzweck nicht in Einklang gebracht werden (§ 23 BNatSchG, 92/43/EWG, § 30 BNatSchG, § 1 BWaldG, § 36 Absatz 3 WHG, § 2 BBodSchG). Gemäß Ziel 6.2 LEP HR sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Raumbedeutsame Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) gehören in der Regel zu den beeinträchtigenden raumbedeutsamen Inanspruchnahmen des Freiraumverbundes. Räume mit hochwertigem Landschaftsbild (LaPro, Teilplan Landschaftsbild) sind gleichfalls nicht für PV-FFA geeignet.

Dem Ausbau von PV-FFA stehen auch bestimmte Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung entgegen. Aus diesem Grund werden die naturnahen Moorböden und Gebiete des 100-jährlichen Hochwassers HQ₁₀₀, sowie die festgesetzten Überschwemmungsgebiete als Negativkriterien in dem Kriteriengerüst erfasst (Nationale Moorschutzstrategie, § 78 Absatz 4 WHG). Ebenso sind Schutzzonen I und II der Trinkwasserschutzgebiete (§ 30 und § 34 BauGB, §§ 51, 52 WHG i. V. mit § 15 BbgWG) als Negativkriterien definiert. In den VR WEN sind weitere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen ausgeschlossen, sofern sie der

Windenergienutzung entgegenstehen (§ 7 Absatz 3 Nr. 1 ROG). Zu Negativkriterien zählen auch Betriebsflächen von regionalen Flugplätzen und militärische Bereiche (§ 6 LuftVG, § 3 Schutzbereichsgesetz), die durch die Reflektion der Sonnenstrahlung zu bestimmten Zeitpunkten in ihrem Betriebsablauf eingeschränkt wären. Alle Negativkriterien sind in der Anlage Kriteriengerüst Photovoltaik-Freiflächenanlagen aufgelistet.

6 Feststellung zum regionalen Teilflächenziel gemäß Artikel I BbgFzG

Der Sachliche Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree bedarf der Genehmigung durch die Landesplanungsbehörde (§ 2 Absatz 4 Satz 2 RegBkPIG). Die Feststellung, dass der Sachliche Teilregionalplan mit den Teilflächenzielen nach Artikel I des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes (BbgFzG) in Einklang steht, obliegt daher ebenfalls der Landesplanungsbehörde (§ 5 Absatz 1 Satz 2 WindBG).

Bei dieser Feststellung ist das Teilflächenziel unter Angabe des jeweiligen Stichtages zu bezeichnen und auszuführen, welche Flächen in Windenergiegebieten nach § 2 Nr. 1 WindBG sowie welche Flächen nach § 4 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 4 WindBG angerechnet wurden (§ 5 Absatz 1 Satz 2 WindBG). Der Umfang der angerechneten Fläche ist jeweils anzugeben. Die betreffende Feststellung nimmt an der Bekanntgabe der Genehmigung teil (§ 5 Absatz 1 Satz 3 WindBG i. V. mit § 2 Absatz 4 Satz 4 RegBkPIG).

Zu den in § 5 Absatz 1 Satz 1 WindBG benannten Sachverhalten trifft die Regionale Planungsgemeinschaft folgende Feststellungen:

Durch den Sachlichen Teilregionalplan werden Flächen in einem Umfang von 9.854 ha für die Windenergie an Land gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 i. V. mit § 3 Absatz 1 WindBG ausgewiesen und als Windenergiegebiet gemäß § 2 Nr. 1 a WindBG festgelegt.

Eine Verpflichtung, dass sich die Rotorblätter von WEA innerhalb der ausgewiesenen Fläche befinden müssen, besteht in den Vorranggebieten nicht. In den VR WEN sind keine Flächen enthalten, für die Bauleitpläne vorliegen, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und die Bestimmungen zu Höhe baulicher Anlagen enthalten.

Die Vorranggebiete können nach § 4 Absatz 3 Satz 1 WindBG vollständig auf das regionale Teilflächenziel angerechnet werden. Flächen anderer Planungsebenen werden, soweit sie sich auf die gleiche Fläche beziehen, gemäß § 4 Absatz 1 Satz 2 WindBG nicht zusätzlich in die Berechnung des regionalen Teilflächenziels einbezogen.

Als Ausgangsgröße für die Festlegung der Vorranggebiete Windenergienutzung dient die gesamte Fläche der Planungsregion (456.325 ha). Unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der Technik ist in der gesamten Planungsregion ein ausreichend großes Windpotenzial für eine wirtschaftliche Nutzung der Windenergienutzung vorhanden.

Die Gesamtfläche der Vorranggebiete für die Windenergienutzung erreicht einen Anteil von 2,16 % (= 9.854 ha) **der Fläche des Regionsgebiets** und übertrifft damit das nach Artikel I BbgFzG zum Stichtag 31.12.2027 maßgebliche regionale Teilflächenziel.

| Name | Nr. | Fläche (in ha) | Name | Nr. | Fläche (in ha) |
|--------------------------|-----|-------------------|-------------------------|-----|-------------------|
| Altlandsberg | 01 | 182 | Wulkow-Booßen | 28 | 413 |
| Beeskow „Neuendorf“ | 03 | 117 | Günthersdorf | 29 | 601 |
| Beeskow „Am Hufenfeld“ | 04 | 542 | Seelow-Vierlinden | 30 | 416 |
| Beiersdorf | 05 | 153 | BAB Dreieck Spreeau | 33 | 168 |
| Freudenberg | 06 | 311 | Beerfelde-Buchholz | 35 | 422 |
| Bliesdorf-Thöringswerder | 07 | 119 | Biegen Ost | 37 | 520 |
| Buckow Süd b. Beeskow | 08 | 34 | Diehlo-Fünfeichen | 38 | 262 |
| Carzig | 10 | 54 | Friedersdorf West | 39 | 447 |
| Glienicke | 12 | 174 | Ullersdorf-Groß Muckrow | 42 | 333 |
| Heckelberg | 13 | 183 | Müncheberg-Mittelheide | 51 | 445 |
| Herzfelde | 14 | 71 | Hangelsberg | 52 | 462 |
| Jacobsdorf-Sieversdorf | 17 | 503 | BAB12-Kersdorf | 53 | 187 |
| Lebus-Mallnow-Podelzig | 19 | 394 | Madlitz | 55 | 100 |
| Wriezener Höhe | 22 | 181 | Möbiskruge-Kobbeln | 58 | 123 |
| Müncheberg | 23 | 298 | Heinersdorf Ost | 60 | 219 |
| Prötzel-Herzhorn | 24 | 420 | Wulkow-Trebnitz | 63 | 151 |
| Werder-Zinndorf | 26 | 524 | Sembten Nord | 67 | 40 |
| Wölsickendorf-Wollenberg | 27 | 285 | | | |

Tabelle 5: Vorranggebiete Windenergienutzung (VR WEN) in der Region Oderland-Spree, inklusive Flächenangaben (geodätische Messung)

7. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

| | | |
|--------------|--|-------|
| Tabelle 1: | Vorranggebiete Windenergienutzung (VR WEN) in der Region Oderland-Spree | S. 10 |
| | | S. 16 |
| Abbildung 1: | Methodik – Arbeitsschritte 1.1-2.2 und optionaler Arbeitsschritt | |
| Tabelle 2: | Immissionsrichtwerte nach Baugebietstypen, Abschnitt 6.1 der TA Lärm | S. 21 |
| Tabelle 3: | Beurteilungspegel der Zusatz- und Gesamtbelastung nachts für eine Gruppe von drei Windenergieanlagen | S. 23 |
| Tabelle 4: | Korridore von Infrastrukturtrassen | S. 31 |
| Tabelle 5: | Vorranggebiete Windenergienutzung (VR WEN) in der Region Oderland-Spree, inklusive Flächenangaben | S.101 |

8. Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-------------|--|
| A... | Autobahn Nummer ... |
| Abb. | Abbildung |
| ABl. | Amtsblatt |
| Abs. | Absatz |
| Abt. | Abteilung |
| AGW | Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen |
| ALKIS | amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem |
| Änd. | Änderung |
| ARL | Akademie für Raumentwicklung in der Leibnitz-Gemeinschaft |
| b. | bei |
| B... | Bundesstraße Nummer ... |
| BAB | Bundesautobahn |
| BAF | Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung |
| BAIUDBw | Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr |
| BauGB | Baugesetzbuch |
| BauNVO | Baunutzungsverordnung |
| BbergG | Bundesberggesetz |
| BbgDSchG | Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz |
| BbgFzG | Brandenburgisches Flächenzielgesetz |
| BbgKOG | Brandenburgisches Kurortegesetz |
| BbgNatschAG | Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz |
| BbgStrG | Brandenburgisches Straßengesetz |
| BbgWEAAbG | Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg |
| BbgWG | Brandenburgisches Wassergesetz |
| BBodSchG | Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz) |
| BER | Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ |
| BGBI. | Bundesgesetzblatt |
| BImSchG | Bundes-Immissionsschutzgesetz |
| BLDAM | Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum |
| Bln.-Bbg., | Berlin-Brandenburg |
| BNatSchG | Bundesnaturschutzgesetz |
| BP | Bebauungsplan |
| BRPH | Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz |
| BVerwG | Bundesverwaltungsgericht |
| BWaldG | Bundeswaldgesetz |
| bzw. | beziehungsweise |
| d. h. | das heißt |
| dB | Dezibel |
| DFS | Deutschen Flugsicherung GmbH |
| DIN EN VDE | Deutsches Institut für Normung, Europäische Norm, Verband Deutscher Elektrotechniker |
| DME | Distance Measuring Equipment, in deutsch "Funkentfernungsmessanlage" |
| DTK | Digitale Topographische Karte |
| DVOR | Doppler Very High Frequency Omni Range (standardmäßige bodengestützte Funknavigationshilfe der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation) |

| | |
|------------|---|
| DWD | Deutscher Wetterdienst |
| ED-R | E = ICAO-Region Nordeuropa, D = Land Deutschland und R = restricted (ICAO = International Civil Aviation Organization, auf deutsch "Internationale Zivilluftfahrtorganisation") |
| EEG | Erneuerbare-Energien-Gesetz |
| EK | Einzelfallbezogene Kriterien |
| ES 2040 | Energiestrategie 2040 |
| EWG | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| FFH | Fauna-Flora-Habitat Gebiete |
| FFO | Frankfurt (Oder) |
| FNP | Flächennutzungsplan |
| forstl. | forstliche |
| FStrG | Bundesfernstraßengesetz |
| G | Grundsätze der Raumordnung |
| GA PV-FFA | Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen – Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg |
| GasHDrLtgV | Gashochdruckleitungsverordnung |
| Gem. | Gemeinde |
| gem. | gemäß |
| ggf. | gegebenenfalls |
| GIS | Geographische Informationssystem |
| GL | Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg |
| GLB | Geschützte Landschaftsbestandteile |
| GVBl. | Gesetz- und Verordnungsblatt |
| ha | Hektar |
| HQ 100 | 100-jährliches Hochwasser (d.h. Hochwasserabfluss, der im statistischen Mittel einmal in 100 Jahren erreicht oder überschritten wird) |
| HQextrem | Hochwasserabfluss, der ca. der 1,5-fachen Abflussmenge eines HQ100 entspricht |
| i. d. R. | in der Regel |
| i. S. | im Sinne |
| i. V. m. | in Verbindung mit |
| IRP | Integrierter Regionalplan |
| IRW | Immissionsrichtwert |
| K... | Kreisstraße Nummer ... |
| Kap. | Kapitel |
| km | Kilometer |
| kV | Kilovolt |
| L... | Landesstraße Nummer ... |
| LaPro | Landschaftsprogramm |
| LBGR | Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe des Landes Brandenburg |
| LEP FS | Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung |
| LEP HR | Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg |
| LEPro 2007 | Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg 2007 |
| LFB | Landesbetrieb Forst Brandenburg |
| LFE | Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde |
| LfU | Landesamt für Umwelt |
| LRP | Landschaftsrahmenplan |
| LRP FFO | Landschaftsrahmenplan Frankfurt (Oder) |
| LRP LOS | Landschaftsrahmenplan Landkreis Oder-Spree |
| LSG | Landschaftsschutzgebiet |
| LuBB | Gemeinsamen Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg |

| | |
|-----------|--|
| LuftVG | Luftverkehrsgesetz |
| LWaldG | Landeswaldgesetz |
| m | Meter |
| m/s | Meter pro Sekunde |
| MIL | Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung |
| MLEUV | Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg |
| MLUK | ehemals "Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg" jetzt MLEUV |
| MS | Mindestabstände der Gesamtbelastung mit Berücksichtigung Schallminderungspotenzial |
| MW | Megawatt |
| MWAEK | Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz |
| MWFK | Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur |
| NfL | Nachrichten für Luftfahrer |
| NK | Negativkriterien |
| Nr. | Nummer |
| NSG | Naturschutzgebiet |
| o. g. | oben genannt |
| OS | Mindestabstände der Gesamtbelastung ohne Berücksichtigung Schallminderungspotenzial |
| OVG | Oberverwaltungsgericht |
| PK | Positivkriterium |
| PSR | Point of Safe Return, auf deutsch "Punkt der sicheren Rückkehr" (erweiterte Anlagenschutzbereich der Primärradaranlage) |
| PV | Photovoltaik |
| PV-FFA | Photovoltaik-Freiflächenanlagen |
| QuWind100 | Quantitative Windklimatologie für Windenergieapplikationen in Höhen über 10 m |
| RB | Regionalbahnlinie |
| RegBkPIG | Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung des Landes Brandenburg |
| RL | Richtlinie |
| ROG | Raumordnungsgesetz |
| RPG | Regionale Planungsgemeinschaft |
| S. | Seite |
| s. | siehe |
| SchBerG | Schutzbereichsgesetz |
| SLP | Sonderlandeplatz |
| sog. | sogenannt |
| SPA | Europäische Vogelschutzgebiete (Special protection area) |
| SUP | Strategische Umweltprüfung |
| TA Lärm | Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm |
| Tab. | Tabelle |
| TRP EE | Sachlicher Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ |
| TWSZ | Trinkwasserschutzzone |
| u. a. | unter anderem |
| UIG | Umweltinformationsgesetz |
| UNESCO | United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (auf Deutsch: "Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur") |
| UWB | Untere Wasserbehörde |
| VBP | vorhabenbezogene Bebauungsplan |

| | |
|---------|---|
| VGH | Volksgerechtshof |
| vgl. | vergleiche |
| VOR | Very High Frequency Omnidirectional Radio Range (Flugzeugnavigationssystem), das im VHF-Band betrieben wird) |
| VOR FWE | VOR Fürstenwalde |
| VR | Vorranggebiet |
| VR WEN | Vorranggebiet/-e Windenergienutzung |
| VV EED | Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien |
| WaStrG | Bundeswasserstraßengesetzes |
| WEA | Windenergieanlagen |
| WHG | Wasserhaushaltsgesetz |
| WindBG | Windenergieflächenbedarfsgesetz |
| WMO | Weltorganisation für Meteorologie |
| WP | Windpark |
| WSA | Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt |
| WSG | Wasserschutzgebiet |
| WSG-VO | Wasserschutzgebietsverordnung |
| Z | Ziele der Raumordnung |
| z. B. | zum Beispiel |

9 Quellenverzeichnis

Rechtsgrundlagen

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. April 2020 (BAnz AT 30.04.2020 B4).

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist.

Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz, BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 3]), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 9], S.11).

Brandenburgisches Straßengesetz (BbgStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2009 (GVBl.I/09, [Nr. 15], S.358) zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 6 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 10], S.79).

Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. März 2012 (GVBl.I/12, [Nr. 20]), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 9], S.14).

Bundesberggesetz (BberG) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), das zuletzt durch Artikel 39 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist.

Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist.

Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2007 (BGBl. I S. 962; 2008 I S. 1980), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist.

Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie). Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen. (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7).

Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG) vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 52) geändert worden ist.

Gesetz über den Deutschen Wetterdienst (DWDG) vom 10. September 1998 (BGBl. I S. 2871), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. April 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 120) geändert worden ist.

Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz, BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 09], S.215), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 9], S.9).

Gesetz über die Anerkennung als Kurort und Erholungsort im Land Brandenburg (Brandenburgisches Kurortegesetz, BbgKOG) vom 14. Februar 1994 (GVBl.I/94, [Nr. 2], S.10), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 31], S.6).

Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsgesetz, SchBerG.) vom 7. Dezember 1956 (BGBl. I, S. 899), in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 54-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 13. Mai 2015 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist.

Gesetz über die Prüfung von Umweltauswirkungen bei bestimmten Vorhaben, Plänen und Programmen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, BbgUVP) vom 10. Juli 2002 (GVBl.I/02, [Nr. 07], S.62) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 9. Februar 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 6], S.22).

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist.

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz, BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist.

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz, BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist.

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz, BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 58) geändert worden ist.

Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz, BWaldG) vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), das zuletzt durch Artikel 112 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist.

Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (WaLG) vom 20. Juli 2022 (BGBl. 2022 I Nr. 28).

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz, WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist.

Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz, BbgWEAAbG) in der Fassung vom 20. Mai 2022 (GVBl. I/22, [Nr. 9]) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. März 2023 (GVBl. I/23, [Nr. 3]).

Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBl. I/12, [Nr. 13]) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 20]).

Gesetz zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (Brandenburgisches Flächenzielgesetz (BbgFzG) in der Fassung vom 2. März 2023 (GVBl. I/23, [Nr. 3]).

Luftverkehrsgesetz (LuftVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 698), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 327) geändert worden ist.

Raumordnungsgesetz (ROG) in der Fassung vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist.

Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim. Integrierter Regionalplan Uckermark-Barnim vom 02. Oktober 2024 (ABl./24, [Nr. 42], S. 1011

Richtlinie der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg für Regionalpläne vom 21. November 2019 (ABl./19, [Nr. 49], S.1351), zuletzt geändert durch Erlass der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg vom 14. Dezember 2022 (ABl./22, [Nr. 51], S.1015).

Staatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg über das Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) und die Änderung des Landesplanungsvertrages vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I, Nr. 17, S. 235).

Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm, TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BANz AT 08.06.2017 B5).

Verordnung über den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29. April 2019, in Kraft getreten am 1. Juli 2019 (GVBl. II/19, [Nr. 35]).

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung, BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist.

Verordnung über den Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) vom 28. Oktober 2003 (GVBl.II/03, [Nr. 27], S.594), geändert durch Verordnung vom 30. Mai 2006 (GVBl.II/06, [Nr. 13], S.154).

Weitere Planungsgrundlagen

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. (2022). Nationale Moorschutzstrategie, Berlin, Stand 19. Oktober 2022.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. (2023). Photovoltaik-Strategie. Handlungsfelder und Maßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der Photovoltaik, Berlin, Stand 05.05.2023.

Czettritz, H. v., Serna, S. d. I., Schuler, J., Zander, P. (2023) Wissenschaftliche Kurzstudie zur Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für die Landwirtschaft im integrierten Regionalplan Oderland-Spree, Müncheberg.

Landkreis Oder-Spree (2021). Landschaftsrahmenplan Landkreis Oder-Spree. Band 1: Grundlagen, Bestandsaufnahme und Bewertung, ausgeführt von Fugmann Janotta Partner Landschaftsarchitekten und Landschaftsplaner bdla, Stand Februar 2021.

Landkreis Oder-Spree. (2021). Landschaftsrahmenplan Landkreis Oder-Spree. Band 2: Planung, ausgeführt von Fugmann Janotta Partner Landschaftsarchitekten und Landschaftsplaner bdla, Stand Februar 2021.

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg. (2022). Arbeitshilfe Bebauungsplanung, Potsdam, Stand Dezember 2022.

Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg. (2003). Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, Landschaftsrahmenplan, Band I und II.

Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg. (2014). Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014. Potsdam, 2014.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL), Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE). (2023). Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA), Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg (GA PV-FFA), Stand August 2023.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK). (2023). - Erlass zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW-Erlass), Anwendung der §§ 45b bis 45d Bundesnaturschutzgesetz sowie Maßgaben für die artenschutzrechtliche Prüfung in Bezug auf Vögel und Fledermäuse in Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen, vom 07.06.2023, Fortschreibung vom 25.07.2023

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg. (2022). Landschaftsprogramm Brandenburg Sachlicher Teilplan „Landschaftsbild“, Stand 11.10.2022.

Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg. (2024). Rahmenbedingungen für die Zustimmung zu Bebauungsplänen für Photovoltaik- Freiflächenanlagen (PV-FFA) in großräumigen Landschaftsschutzgebieten (LSG). Potsdam, Stand 15.07.2024.

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg. Landschaftsprogramm Brandenburg (LaPro) (2001), Schutzgutbezogene Zielkonzepte, Gliederungspunkt 3.7. Landesweiter Biotopverbund, Entwurf Stand März 2016.

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg. (2018). Erlass zur Kompensation von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch Windenergieanlagen (Kompensationserlass Windenergie) vom 31.01.2018.

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg. (2023). Erlass zur Berücksichtigung von § 2 WWG im Umgang mit Entscheidungen zu Waldumwandlungen nach § 8 LWaldG vom 25.10.2023.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. (2023) Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (VV EED) vom 20. Juli 2023, Amtsblatt für Brandenburg - Nr. 32 vom 16 August 2023, S. 762.

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburgs. (2022). Energiestrategie 2040, Stand September 2022.

Nachrichten für Luftfahrer (NFL) (veröffentlicht am 02.05.2013 im NfL I 92/13), Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb, vom 03.08.2012

Oderbruch-Museum Altranft. (2022). Werkstatt für ländliche Kultur. Regionale Handlungsspielräume im Gespräch. Energie, Landschaft und Kulturerbe im Oderbruch.

Landesbetrieb Forst Brandenburg. (2023). Errichtung von Windenergieanlagen im Wald – Informationen für Planer.

Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree, Schallimmissionsprognose, Modellhafte Ermittlung der Schallimmissionen von 3 Windenergieanlagen, erstellt von Akustik Bureau Dresden Ingenieurgesellschaft mbH vom 11.11.2024

Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz Spreewald. (2023). Sachlicher Teilregionalplan „Windenergienutzung“, Entwurf.

Scholz, Eberhard. (1962). Die naturräumliche Gliederung Brandenburgs, Potsdam, Märkische Volksstimme.

Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, Gutachten zu „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ vom Januar 2013, erarbeitet durch die UmweltPlan GmbH Stralsund, vorgestellt von der UmweltPlan GmbH Stralsund am 23.08.2021

Geodaten

Quellen der Geodaten zum Sachlichen Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree

| Kriterium | Beschreibung | Abgerufen/letzter Stand | Quelle | Bereitstellung |
|-----------|--|--------------------------------|-----------------------------------|--|
| PK 01 | Festlegungen kommunaler Bauleitplanung | Kontinuierliche Aktualisierung | GL Geodatenmonitoring RPS | Rechtskräftige Bebauungspläne (WFS): https://plis-bb.de/plisproject/inspire/index.php/geoserver/bebauungsplaene_rechtswirksam_wfs/wfs?request%3DGetCapabilities&service%3DWFS Geodatenabfrage mit Beteiligung der RPG bei jeweiligen Planungsträgern |
| PK 02 | Planungsabsichten der Kommunen | Kontinuierliche Aktualisierung | GL Geodatenmonitoring RPS | In Aufstellung befindliche Bebauungspläne (WFS): https://plis-bb.de/plisproject/inspire/index.php/geoserver/bp_im_verfahren/wms? Geodatenabfrage mit Beteiligung der RPG bei jeweiligen Planungsträgern |
| PK 03 | Realisierte / genehmigte Windenergieanlagen | Kontinuierliche Aktualisierung | LfU Geodatenmonitoring RPS | Anlagen nach Bundesimmissionsschutzgesetz in Brandenburg - INSPIRE Service (WMS): https://inspire.brandenburg.de/services/wka_wms?language=ger&request=GetCapabilities&service=WMS Geodatenabfrage mit Beteiligung der RPG bei jeweiligen Planungsträgern |
| PK 04 | Beantragte Windenergieanlagen gemäß § 10 BImSchG | Kontinuierliche Aktualisierung | LfU Geodatenmonitoring RPS | Anlagen nach Bundesimmissionsschutzgesetz in Brandenburg - INSPIRE Service (WMS): https://inspire.brandenburg.de/services/wka_wms?language=ger&request=GetCapabilities&service=WMS Geodatenabfrage mit Beteiligung der RPG bei jeweiligen Planungsträgern |
| NK 01 | Siedlungsbestand u. rechtskräftige Bebauungspläne: Wohnbauflächen und gemischte, Gewerbliche Bauflächen und SO Kur- und Klinik | Kontinuierliche Aktualisierung | GL | Städtebauliche Satzungen im Land BB (WFS): https://plis-bb.de/plisproject/inspire/index.php/geoserver/satzungen_wfs/wfs?REQUEST=GetCapabilities&SERVICE=WFS Rechtskräftige Bebauungspläne (WFS): https://plis-bb.de/plisproject/inspire/index.php/geoserver/bebauungsplaene_rechtswirksam_wfs/wfs?request%3DGetCapabilities&service%3DWFS |

| Kriterium | Beschreibung | Abgerufen/letzter Stand | Quelle | Bereitstellung |
|-----------|--|--------------------------------|--|---|
| NK 02 | Erweiterter Vorsorgeabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden in Bereichen nach § 30 und § 34 BauGB | Kontinuierliche Aktualisierung | GL Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB) | Städtebauliche Satzungen im Land BB (WFS): https://plis-bb.de/plisproject/inspire/index.php/geoserver/satzungen_wfs/wfs?REQUEST=GetCapabilities&SERVICE=WFS Rechtskräftige Bebauungspläne (WFS) https://plis-bb.de/plisproject/inspire/index.php/geoserver/bebauungsplaene_rechtswirksam_wfs/wfs?request%3DGetCapabilities&service%3DWFS ATKIS (AX_Gebaeude, Kennung: 31001) Erweiterter Vorsorgeabstand wurde mit Hilfe von GIS erzeugt (Puffererstellung ausgehend von jeweiligen Gebäudekanten nach § 1 Abs. 2 BbgWEAAbG). |
| NK 03 | Erweiterter Vorsorgeabstand von 800 m zu Wohngebäuden in Bereichen nach § 30 und § 34 BauGB bei kommunalen Bauleitplänen mit Windenergiegebieten | Kontinuierliche Aktualisierung | GL LGB | Städtebauliche Satzungen im Land BB (WFS): https://plis-bb.de/plisproject/inspire/index.php/geoserver/satzungen_wfs/wfs?REQUEST=GetCapabilities&SERVICE=WFS Rechtskräftige Bebauungspläne (WFS): https://plis-bb.de/plisproject/inspire/index.php/geoserver/bebauungsplaene_rechtswirksam_wfs/wfs?request%3DGetCapabilities&service%3DWFS ATKIS (AX_Gebaeude, Kennung: 31001): https://geobroker.geobasis-bb.de/gbss.php?MODE=GetProductInformation&PRODUCTID=d2eaa212-f68d-4e2d-a7e7-8e8063d1b855 Erweiterter Vorsorgeabstand wurde mit Hilfe von GIS erzeugt (Puffererstellung ausgehend von jeweiligen Gebäudekanten nach § 1 Abs. 2 BbgWEAAbG). |
| NK 04 | Erweiterter Vorsorgeabstand von 800 m zu Splittersiedlungen und Wohngebäude im Außenbereich | Kontinuierliche Aktualisierung | GL LGB | Städtebauliche Satzungen im Land BB (WFS): https://plis-bb.de/plisproject/inspire/index.php/geoserver/satzungen_wfs/wfs?REQUEST=GetCapabilities&SERVICE=WFS ATKIS (AX_Gebaeude, Kennung: 31001): https://geobroker.geobasis-bb.de/gbss.php?MODE=GetProductInformation&PRODUCTID=d2eaa212-f68d-4e2d-a7e7-8e8063d1b855 Erweiterter Vorsorgeabstand wurde mit Hilfe von GIS erzeugt (Puffererstellung ausgehend von jeweiligen Gebäudekanten nach § 1 Abs. 2 BbgWEAAbG). |
| NK 05 | Erweiterter Vorsorgeabstand 1.500 m zu Sonderbauflächen | 10/2024 | AbL Nr. 48, 06.12.2023, AbL Nr. 28, | postalisch |

| Kriterium | Beschreibung | Abgerufen/letzter Stand | Quelle | Bereitstellung |
|-----------|--|----------------------------------|--------------------------------|---|
| | Kur- und Klinikgebiete | | 23.07.2021 Ausgabe S LGB | ATKIS (AX_Gebaeude, Kennung: 31001): https://geobroker.geobasis-bb.de/gbss.php?MODE=GetProductInformation&PRODUCTID=d2eaa212-f68d-4e2d-a7e7-8e8063d1b855 Erweiterter Vorsorgeabstand wurde mit Hilfe von GIS erzeugt (Puffererstellung). |
| NK 06 | Gestaltungsraum Siedlung des LEP HR | 10/2024 | GL | https://fbinter.stadt-berlin.de/fb/berlin/service_intern.jsp?id=a_lephrhk@sen-stadt&type=FEED |
| NK 07 | Freiraumverbund des LEP HR | 10/2024 | GL | https://fbinter.stadt-berlin.de/fb/berlin/service_intern.jsp?id=a_lephrhk@sen-stadt&type=FEED |
| NK 08 | Rechtsverbindlich festgesetzte und im Verfahren befindliche Naturschutzgebiete (NSG) | 10/2024 | LfU | https://metaver.de/trefferanzeige?docuuid=AB2F53A4-A68E-413F-84C4-A972D2A2DA0B#detail_use Schutzabstand Rotorradius wurde mit Hilfe von GIS erzeugt (Puffererstellung) |
| NK 09 | Gesetzlich geschützte Biotope | 10/2024 | MLUK | https://www.metaver.de/trefferanzeige?docuuid=95DC1532-DEDA-4B8A-B1E8-B3DCB50EB4E7&q=Biotope+nach+%C2%A7+30+BNatSchG&rstart=30&currentSelectorPage=1&f=Geometrien+kleiner+als+5+ha wurden nicht berücksichtigt. |
| NK 10 | Europäische Vogelschutzgebiete (SPA) | 10/2024 | LfU | https://metaver.de/trefferanzeige?docuuid=F88F1BEB-FD2C-41AE-B3A4-94711747DA7D Schutzabstand Rotorradius wurde mit Hilfe von GIS erzeugt (Puffererstellung) |
| NK 11 | Fauna-Flora-Habitat Gebiete (FFH) | 10/2024 | LfU | https://metaver.de/trefferanzeige?docuuid=7DE3A549-769C-4F01-A5E6-B3E25D40975E Schutzabstand Rotorradius wurde mit Hilfe von GIS erzeugt (Puffererstellung) |
| NK 12 | Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin | 10/2024 | LfU | https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/render?view=gdibb&url=https%3A%2F%2Fgeoportal.brandenburg.de%2Fgs-json%2Fxml%3Ffileid%3DD7B1B28A-10A6-41A0-8C94-C6FFFCE38EE9 |
| NK 13 | Geschützte Waldgebiete (§ 12 LWaldG) | 02/2025 | LFB | WFS: https://www.brandenburg-forst.de/geoserver/IWFK/ows Geometrien kleiner als 5 ha wurden nicht berücksichtigt. |
| NK 14 | Festgesetzte Überschwemmungsgebiete (§ 76 WHG) | 14/08/2024 Bzw. 30.04.2021 | LfU Referat W16 | Überschwemmungsgebiete im Land BB (Download): https://www.metaver.de/trefferanzeige?cmd=doShowDocument&docuuid=830D525C-66F1-4112-9EF5-E8341685CC9E |

| Kriterium | Beschreibung | Abgerufen/letzter Stand | Quelle | Bereitstellung |
|-----------|---|--------------------------------|---------------------------------------|--|
| | und HQ100-Gebiete außerhalb von festgesetzten Überschwemmungsgebieten | | | Hochwasserrisikogebiete im Land BB (Download): https://metaver.de/trefferanzeige?cmd=doShowDocument&docuuid=3836DB1B-9435-40DE-8FC4-BEAFFA472C8C |
| NK 15 | Oberflächengewässer | 10/2024 | LfU | https://umweltdaten.brandenburg.de/open-data/wasser |
| NK 16 | Trinkwasserschutzzonen I und II | 10/2024 | MLUK, UWB | https://umweltdaten.brandenburg.de/open-data/wasser |
| NK 17 | Bauschutzbereich und Bauhöhenbeschränkung des Flughafens BER | 05/2024 | BER – Flughafen Berlin Brandenburg | Stellungnahme 24.05.2024, Amtsblatt für Brandenburg (22. Jahrgang, Nr. 21, 01.06.2011) |
| NK 18 | Betriebsflächen von Flugplätzen und festgesetzte Platzrunden | 02/2025 | DFS | DFS pdfs georeferenziert https://aip.dfs.de/basicAIP/ |
| NK 19 | Linienförmige Infrastruktur mit Anbauverbotszone | 05/2024 | Landesbetrieb Straßenwesen LGB | Bundesautobahnen, Bundes-, Landes-, Kreisstraßen: https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/ren-der?view=gdibb&url=https%3A%2F%2Fgeoportal.brandenburg.de%2Fgs-json%2Fxml%3Ffileid%3Df1663eae-7802-4856-ba2f-2d0f26891f9a Schienennetze: https://geobroker.geobasis-bb.de/gbss.php?MODE=GetProductInformation&PRODUCTID=ede415d6-e635-4694-83c7-2719518af418 Anbauverbotszonen wurden mit Hilfe von GIS erzeugt (Puffererstellung) |
| NK 20 | Militärische Liegenschaften der Bundeswehr, deren Betreten verboten ist | 02/2023 bzw. 06/2024 | Bundeswehr | Per E-Mail: Geodaten und Stellungnahme vom 28.02.2023 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 9 ROG) und aktualisierte Stellungnahme und Geodaten zum 1. Entwurf im Rahmen des Beteiligungsverfahrens vom 06.06.2024 |
| NK 21 | Photovoltaik-Freiflächenanlagen mit Bebauungsplänen ohne | Kontinuierliche Aktualisierung | Geodatenmonitoring RPS | Geodatenabfrage mit Beteiligung der RPG bei jeweiligen Planungsträgern |

| Kriterium | Beschreibung | Abgerufen/letzter Stand | Quelle | Bereitstellung |
|-----------|---|-------------------------|--------------------|--|
| | Aussagen zur Windenergienutzung | | | |
| NK 22 | Bau-, Gartendenkmale und Denkmalsbereiche ab 5 ha | 10/2024 | Geoportal BLDAM | Baudenkmale gemäß § 2 (2) BbgDSchG, Bodendenkmale gemäß § 2 (2) BbgDSchG, Gartendenkmale gemäß § 2 (2) BbgDSchG https://gis-bldam-brandenburg.de/kvwmap/index.php |
| NK 23 | Flächen der aktiven Rohstoffgewinnung mit Rahmen-, Haupt- und Abschlussbetriebsplänen | 03/2025 | LBGR | https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/ren-der?view=gdibb&url=https%3A%2F%2Fgeoportal.brandenburg.de%2Fgs-json%2Fxml%3Ffileid%3Df1663eae-7802-4856-ba2f-2d0f26891f9a |
| EK 01 | Naturparke | 02/2025 | LfU | Schutzgebiete in Brandenburg - INSPIRE View-Service (WMS-LfU-SCHUTZG): https://inspire.brandenburg.de/services/schutzg_wms?language=ger& |
| EK 02 | Landschaftsschutzgebiete | 10/2024 | LfU | https://metaver.de/trefferanzeige?docuuiid=AB2F53A4-A68E-413F-84C4-A972D2A2DA0B#detail_use |
| EK 03 | Artenschutzrechtliche Belange | 02/2023-02/2025 | LfU | Per Datenträger 02/2023, alle avifaunistischen Belange aus dem Beteiligungsverfahren zum 1. Entwurf wurden dem LfU (N1) zur Prüfung bereitgestellt. Die Aktualisierung der Daten erfolgte auf Grundlage der Stellungnahmen des LfU (12/2024, 01/2025, 02/2025) |
| EK 04 | Biotopverbundkonzept/ Kernflächen gemäß LaPro und LRP | 10/2024 | MLUK, UNB LOS, FFO | Landschaftsprogramm, verfestigter Entwurf sachlicher Teilplan 3.7 "Biotopverbund Brandenburg" https://mleuv.brandenburg.de/mleuv/de/umwelt/natur/landschaftsplanung/landschaftsprogramm-brandenburg/ LRP LOS: per Datenträger 01/2025 LP FFO: per E-Mail 01/2025 |
| EK 05 | Landschaftsprogramm Brandenburg, Sachlicher Teilplan „Landschaftsbild“ | 10/2024 | MLUK | Landschaftsprogramm Brandenburg, sachlicher Teilplan 3.5 2022: - Landschaften mit besonderem Erlebniswert - Landschaftsbild https://mleuv.brandenburg.de/mleuv/de/umwelt/natur/landschaftsplanung/landschaftsprogramm-brandenburg/ |
| EK 06 | Landschaftsprogramm Brandenburg, | 10/2024 | MLUK | Landschaftsprogramm Brandenburg - Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung https://mleuv.brandenburg.de/mleuv/de/umwelt/natur/landschaftsplanung/landschaftsprogramm-brandenburg/ |

| Kriterium | Beschreibung | Abgerufen/letzter Stand | Quelle | Bereitstellung |
|-----------|---|-------------------------|--------------------|---|
| | Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung | | | |
| EK 07 | Geschützte Landschaftsbestandteile (GLB) | 10/2024 | UNB LOS, MOL, FFO | Geschützte Landschaftsbestandteile (GLB), Flächennaturdenkmäler und ein Geschützter Landschaftsteil (GLT) gemäß § 29 BNatSchG |
| EK 08 | Wälder mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen | 02/2025 | LFB | WFS: https://www.brandenburg-forst.de/geoserver/IWFK/ows Geometrien kleiner als 5 ha wurden nicht berücksichtigt. |
| EK 09 | Trinkwasserschutzzonen III, III A und III B | 10/2024 | MLUK, UWB | https://umweltdaten.brandenburg.de/open-data/wasser |
| EK 10 | HQ _{extrem} Gebiete | 30/04/2021 | LfU Referat W16 | Hochwasserrisikogebiete im Land BB (Download): https://metaver.de/trefferanzeige?cmd=doShowDocument&docuuid=3836DB1B-9435-40DE-8FC4-BEAFFA472C8C |
| EK 11 | Prüfbereich von 5 km um Wetterradarstationen des Deutschen Wetterdienstes | 10/2024 | RPS Oderland-Spree | Lokalisierung der Standorte durch Punkt-Layer und anschließender Puffererstellung mit Hilfe von GIS erzeugt. |
| EK 12 | Interessensgebiete von Luftverteidigungsradaranlagen und Flugbeschränkungsgebiete | 02/2023 bzw. 06/2024 | Bundeswehr | Per E-Mail: Geodaten und Stellungnahme vom 28.02.2023 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 9 ROG) und aktualisierte Stellungnahme und Geodaten zum 1. Entwurf im Rahmen des Beteiligungsverfahrens vom 06.06.2024 |
| EK 13 | Bauschutzbereiche und Hindernisbegrenzungsflächen von Flugplätzen | 02/2025 | DFS | https://aip.dfs.de/basicAIP/ DFS pdfs georeferenziert |
| EK 14 | Anlagenschutzbereiche von Flugsicherungseinrichtungen | 10/2024 | RPS Oderland-Spree | Lokalisierung der Standorte durch Punkt-Layer und anschließender Puffererstellung mit Hilfe von GIS erzeugt. |

| Kriterium | Beschreibung | Abgerufen/letzter Stand | Quelle | Bereitstellung |
|-----------|---|-------------------------|--|---|
| | u. Beeinflussungsbereiche von Telekommunikationsanlagen | | | |
| EK 15 | Wirkungsräume von Denkmälern mit besonderem Raumbezug | 10/2024 | BLDAM | Denkmalbereiche gemäß § 4 BbgDSchG |
| EK 16 | Bodendenkmale | 05/2024 | BLDAM | Per E-Mail im Beteiligungsverfahren zum 1. Entwurf TRP EE (16.05.2024) |
| EK 17 | Europäisches Kulturerbe | 06/2024 | Kommunale Arbeitsgemeinschaft Kulturerbe Oderbruch | 44 Kulturerbeorte nach www.kulturerbe-oderbruch.de/orte Puffererstellung mit Hilfe von GIS. |
| EK 18 | Rohstoffpotenzialflächen mit Bewilligung | 03/2025 | LBGR | https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/render?view=gdibb&url=https%3A%2F%2Fgeoportal.brandenburg.de%2Fgs-json%2Fxml%3Ffileid%3Df1663eae-7802-4856-ba2f-2d0f26891f9a |
| - | Verwaltungsgrenzen | 10/2024 | LGB | Region Oderland-Spree, Landkreise, Gemeindeverbände Digitale Verwaltungsgrenzen Land Brandenburg © GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2-0 https://geobroker.geobasis-bb.de/gbss.php?MODE=GetProductInformation&PRODUCTID=00fdc3fb-3bc1-4548-bca2-e735fb11c974 |
| - | Hintergrundkarte Festlegungskarte | 10/2024 | LGB | Digitale Topografische Karte (DTK 100), © GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2-0 https://isk.geobasis-bb.de/mapproxy/dtk100grau/service/wms? |

